SERVICEAGENTUR DEMOGRAFISCHER WANDEL

THÜRINGER DEMOGRAFIERATGEBER

3. AUFLAGE

www.serviceagentur-demografie.de

Inhalt

Vorwort **1**
I. Einleitung **2**
II. Bevölkerungsentwicklung in Thüringen **3**
III. Herangehensweise und Zielsetzung **7**
IV. Handlungsfelder **8**
1. Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung (FBBE) 9
2. Allgemeinbildende Schulen 12
3. Berufsbildende Schulen 15
4. Hochschulen 18
5. Kinder- und Jugendhilfe 20
6. Familie 23
7. Senioren 26
8. Pflege 29
9. Medizinische Versorgung 32
10. Sport 35
11. Kultur 38
12. Nahversorgung 41
13. Siedlungsentwicklung 44
14. Leerstand 46
15. Öffentlicher Verkehr 49
16. Feuerwehrwesen 52
17. Verwaltung 55
18. Wirtschaftsförderung 58
19. Energieversorgung 61
20. Wasserversorgung 64
21. Abwasserentsorgung 66
22. Bürgerschaftliches Engagement 68
23. Interkommunale Zusammenarbeit 71
24. Digitalisierung 74
V. Weiterführende Informationen **78**

Vorwort

Seit allen Zeiten ist Thüringen vom stetigen Wandel geprägt. So ist z. B. die langfristige Bevölkerungsentwicklung insbesondere durch die geringe Anzahl von Kindern, die höhere Lebenserwartung und durch Zu- und Abwanderung gekennzeichnet. Der demografische Wandel ist darum keine theoretische, wissenschaftliche Angelegenheit, sondern er ist eine konkrete Herausforderung für die Sicherung der Daseinsvorsorge. Es gilt, diese Herausforderung konsequent anzunehmen und sich bietende Chancen beherzt zu nutzen.

Bei diesem Thema geht es deshalb um ganz praktische Fragen, die das Leben der Menschen in ihrem persönlichen Umfeld betreffen, um Elemente der Daseinsvorsorge.
Gemeint sind beispielsweise der Erhalt des Kindergartens, das Angebot an Bildung und Kultur, die medizinische Versorgung, Gebühren für Wasser und Strom, Mobilitätsfragen, Digitalanschlüsse und viele andere mehr.
Die Gestaltung dieses Prozesses trägt dazu bei, allen Thüringerinnen und Thüringern eine sozial gerechte Teilhabe an unserer Gesellschaft zu ermöglichen. Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang werden nicht abgehängt, sondern mit den zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützt. Eine wohnortnahe Daseinsvorsorge ist das Ziel. Dafür fördern wir unter anderem die Entwicklung der Dörfer, Kleinstädte und Städte, denn ganz entscheidend ist das Handeln in den Kommunen vor Ort. Klar ist: Gestalten können wir den demografischen Wandel nur, wenn alle Akteure bereit sind, Gewohntes zu hinterfragen und Neues auszuprobieren.

Für diesen Prozess soll der „Thüringer Demografieratgeber“ Ihnen in seiner aktuellen Fassung Anregungen und Hinweise geben. In diesem Ratgeber finden Sie wertvolle Ansätze aus dem Alltag für den Alltag. Sie sollen den kommunalen und zivilgesellschaftlichen Vertreterinnen und Vertretern als Impulsgeber im Umgang mit dem demografischen Wandel dienen.

Lassen Sie sich einladen zu einer spannenden Lektüre und nutzen Sie die Angebote der Serviceagentur Demografischer Wandel, die Ihnen gern bei allen hierzu auftretenden Fragen beratend zur Verfügung steht.

Prof. Dr. Benjamin-Immanuel Hoff
Thüringer Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft

I. Einleitung

Der demografische Wandel stellt die Kommunen vor die Herausforderung, zukunftsfeste Lösungen zu seinen Prozessen – Bevölkerungsrückgang, Veränderungen der Bevölkerungsstruktur, Alterung, Zu- und Abwanderung sowie die fortschreitende Individualisierung und Internationalisierung – zu finden. Es ist Aufgabe der Politik auf allen Ebenen, auch langfristige Perspektiven zu entwickeln und komplexe Verhältnisse eines sehr viel weitreichenderen gesellschaftlichen Umbruchs zu berücksichtigen.

Es geht um Veränderungsprozesse, die miteinander verknüpft sind und alle kommunalen Handlungsfelder der Daseinsvorsorge betreffen. Gleichzeitig führt die Bevölkerungsentwicklung vielerorts zu sinkenden finanziellen Gestaltungsspielräumen der öffentlichen Hand.

Aufgrund der zeitlich und räumlich unterschiedlich verlaufenden demografischen Entwicklungen gibt es keine Patentrezepte im Umgang mit deren Folgen. Es bedarf lokal passender und regional abgestimmter Strategien, welche die jeweiligen Perspektiven und Potenziale vor Ort berücksichtigen.

Wenn Kommunen ihre Entwicklung beurteilen, müssen sie die demografischen Prozesse beachten, um daraus eigene Handlungs- und Kommunikationsstrategien abzuleiten. Eine der drängenden Aufgaben der kommenden Jahre wird es sein, die soziale und technische Infrastruktur an die demografische Entwicklung anzupassen, aber auch nachhaltig zu gestalten. Diese Veränderungen erfordern innovative Konzepte und sowohl bauliche als auch organisatorische Anpassungsmaßnahmen, um die Daseinsvorsorge langfristig zu gewährleisten.

Quelle: TMIL, eigene Darstellung

Eine bedeutende Determinante bei der Beschreibung des demografischen Wandels ist das Verhältnis von Zu- und Abwanderung. Gerade die kommunale Ebene ist gefordert, wenn es darum geht, neu in Thüringen ankommenden Menschen Integrationsangebote zu machen und Rahmenbedingungen zu schaffen, die das Miteinander und die Teilhabe aller Menschen bestmöglich unterstützen. Auch dem ehrenamtlichen Engagement kommt hier eine große Bedeutung zu, zum Beispiel bei der Integration von Flüchtlingen. Dies reicht von der Unterstützung beim Erlernen der Sprache, über Hilfe bei Behördengängen bis hin zur Suche nach einer Arbeitsstelle oder gemeinschaftliche sportliche Aktivitäten.

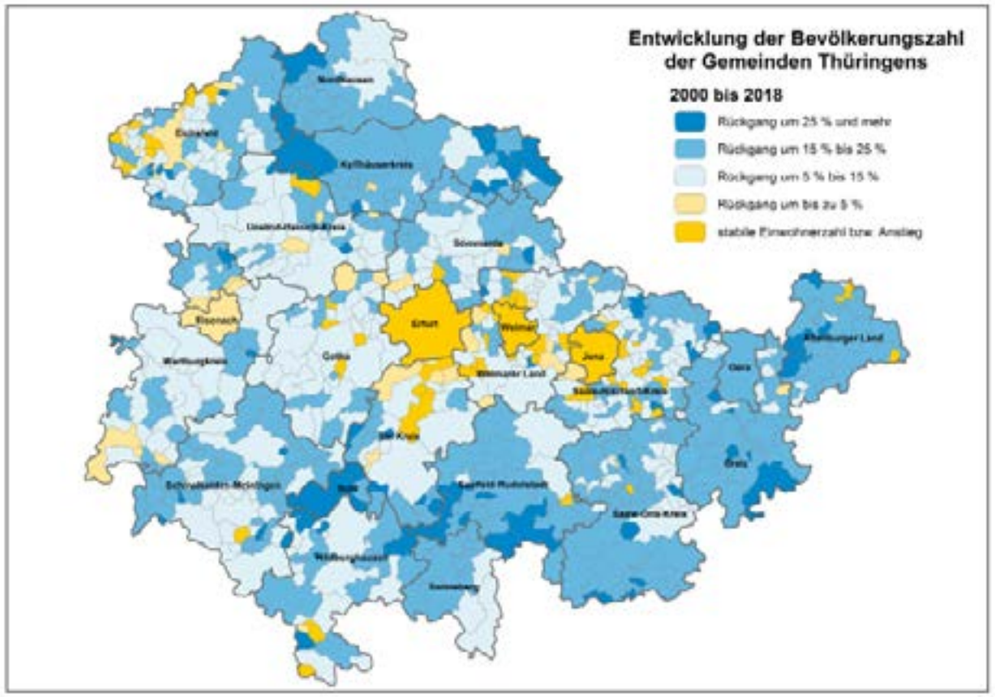
Auf ein eigenes Kapitel zum Thema „Migration“ wurde bei der Erstellung des Thüringer Demografieratgebers dennoch verzichtet. Die Systematik dieser Handreichung für die kommunale Praxis würde der Komplexität dieses Themas nicht gerecht, für das eine Vielzahl einschlägiger Publikationen (z. B. Thüringer Integrationskonzept, Thüringer Zuwanderungs- und Integrationsbericht) bereits vorliegt.

Es ist das Ziel der Thüringer Landesentwicklung, die Kommunen bei der Gestaltung des demografischen Wandels zu unterstützen. Der von der „Serviceagentur Demografischer Wandel“ gemeinsam mit der Regionalen Planungsstelle Nordthüringen erarbeitete Thüringer Demografieratgeber verfolgt das Ziel, kommunale Verantwortungsträger für die Auswirkungen der demografischen Entwicklung in ihrem Handlungsraum zu sensibilisieren, Handlungsoptionen aufzuzeigen und ihnen gute aktuelle Beispiele für die Gestaltung an die Hand zu geben. Er soll als Ideen- und Ratgeber dazu dienen, die Auseinandersetzung mit den Folgen der Bevölkerungsentwicklung in Thüringen zu unterstützen. Er soll anregen, Altbewährtes zu hinterfragen, neue Ideen zu entwickeln und diese offen umzusetzen.

II. Bevölkerungsentwicklung in Thüringen

Die Thüringer Bevölkerung ist historisch bedingt im Vergleich zu den meisten anderen Flächenländern in Deutschland relativ homogen auf die Landesfläche verteilt. Einerseits gibt es keine großen Agglomerationsräume, andererseits fehlen durch die klassische dörfliche Siedlungsstruktur umfangreiche siedlungsarme Gebiete mit sehr geringer Einwohnerdichte.

Thüringen ist seit den Jahren 1989/1990 besonders stark von demografischen Veränderungen betroffen. Die Ursachen hierfür liegen in den wirtschaftlichen und sozialen Umbrüchen der Wiedervereinigung und damit verbundenen persönlichen Unsicherheiten, in deren Folge eine starke Abwanderung insbesondere junger Menschen und Familien sowie ein erheblicher Rückgang der Geburtenrate einsetzte. Gerade dieser Geburtenrückgang offenbart sich für die heutige und zukünftige Entwicklung als Hemmschuh. Die damals nicht geborenen Kinder fehlen heute und in den nächsten Jahren als potenzielle Eltern, so dass die Zahl der Geborenen trotz leicht steigender Geburtenraten voraussichtlich weiter abnehmen wird – diese negative Rahmenbedingung wird als „demografisches Echo“ bezeichnet. Parallel dazu erhöht sich die Zahl älterer und hoch betagter Thüringer beständig und erfordert einen Umbau des öffentlichen Raums und der Infrastrukturen, um deren Zugang und Teilhabe zu ermöglichen. Für den Freistaat lässt sich im Rückblick auf die Jahre nach 1990 bilanzieren: Thüringen hat von 1990 bis 2018 rd. 468.000 Einwohner verloren und das Durchschnittsalter hat sich von vergleichsweise „jungen“ 37,9 Jahren auf heute relativ „alte“ 47,2 Jahre (2018) erhöht.

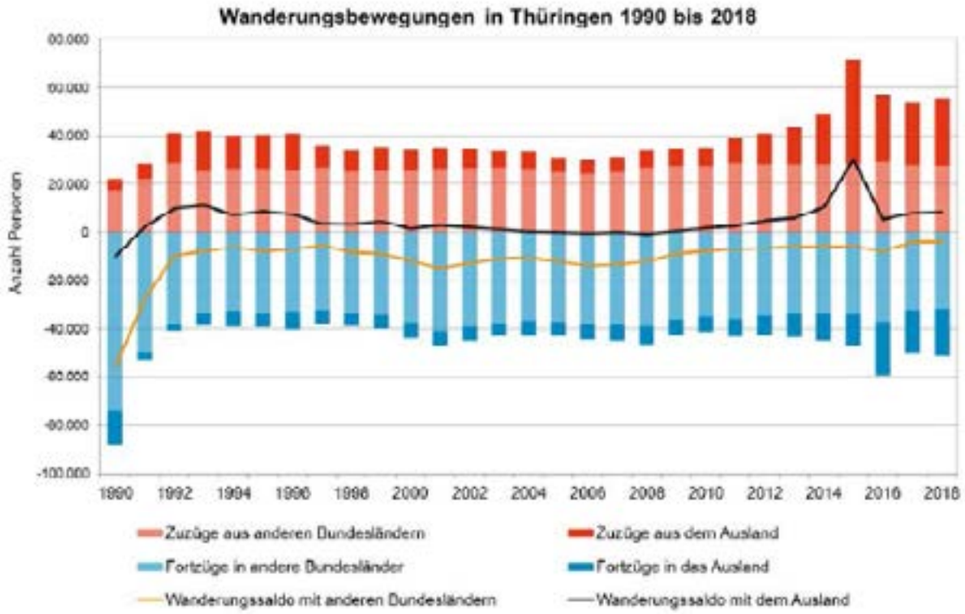


Quelle: TLS 2019

II. Bevölkerungsentwicklung in Thüringen

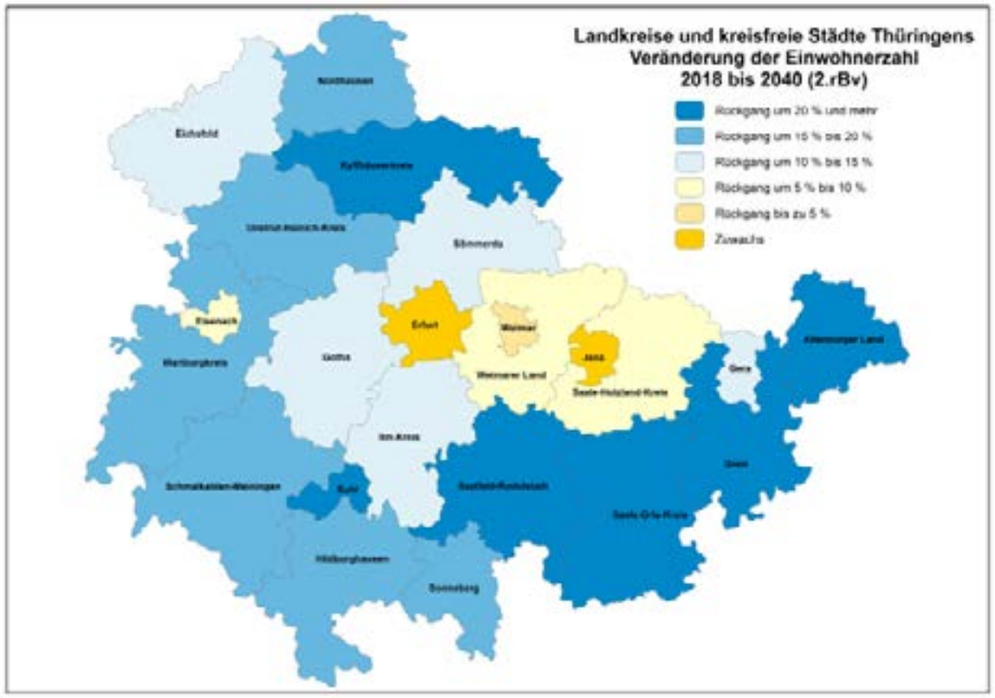
Die Zahl der Geburten hat sich von 1988 bis 1991 halbiert. Gerade die durch den wirtschaftlichen Transformationsprozess besonders betroffenen Regionen in Nord- und Ostthüringen sowie Teile des Thüringer Schiefergebirges und des Thüringer Waldes mussten starke Bevölkerungsverluste verkraften, während sich der Raum entlang der Thüringer Städtekette verhältnismäßig stabil entwickelte. Ende der 1990er Jahre schwächte sich zudem die Phase der Suburbanisierung ab und die großen Städte Erfurt, Jena und Weimar konnten wieder vermehrt Einwohner gewinnen.

Thüringen kann nach fast zwei Jahrzehnten überwiegend starker Wanderungsverluste, davon alleine 90.000 Menschen in den Jahren 1990/91, seit dem Jahr 2013 wieder einen positiven Wanderungssaldo verzeichnen. Begründet ist der Wanderungsgewinn der vergangenen fünf Jahre in den Wanderungssalden mit dem Ausland. Die Dynamik der Wanderung nach Thüringen hatte 2015 mit über 30.000 Menschen ihren Höhepunkt, seitdem geht sie wieder zurück und bewegt sich bei jährlich unter 10.000 Personen. Die lokale Verteilung der ausländischen Bevölkerung ist unterschiedlich, konzentriert sich jedoch v. a. auf die größeren Städte. Die Wanderungssalden des Freistaates mit den anderen Bundesländern sind fast durchweg negativ.



Quelle: TLS 2019

Thüringen hat schon heute eine vergleichsweise unausgewogene Altersstruktur. Im Jahr 2018 waren bereits über 550.000 Thüringer bzw. 26 % der Gesamtbevölkerung 65 Jahre und älter, in manchen Landkreisen und Städten liegt deren Anteil bei über 30 % (z. B. Altenburger Land, Suhl). Gegenüber dem Jahr 2000 ist dies eine Zunahme in dieser Altersgruppe um über 141.000 Personen und steht deutlich im Kontrast zum Rückgang in der Gruppe der 20- bis unter 65-Jährigen um 304.000 Personen im gleichen Zeitraum. Diese Entwicklung wird sich in Zukunft weiter fortsetzen. Die 2. regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (2. rBv) des Thüringer Landesamtes für Statistik (TLS) geht bis zum Jahre 2040 von einem weiteren Bevölkerungsrückgang um 13 % aus.

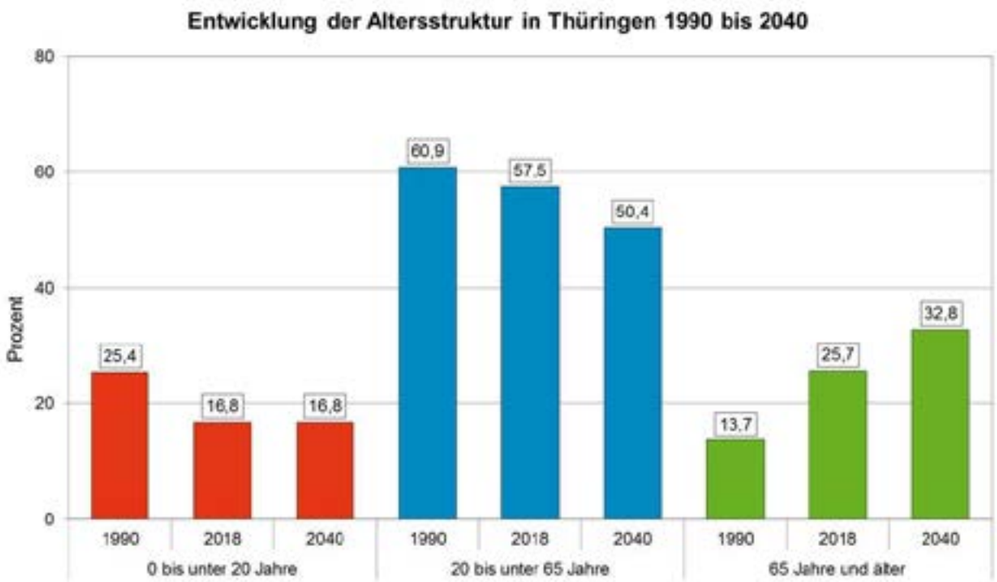


Gebietsstand: 01.01.2019 / Quelle: TLS 2019

Die Zahl der über 65-Jährigen wird bis 2040 um weitere 60.000 Personen steigen, während die Anzahl der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen sowie besonders der Menschen im Erwerbsalter (-294.000 Personen) abnehmen wird. Nur durch eine verstärkte Zuwanderung, insbesondere junger Menschen und Familien, aus dem In- und Ausland kann diese Entwicklung abgeschwächt werden. Aber auch bei Zuwanderungsgewinnen und trotz derzeit leicht steigenden Geburtenraten wird Thüringen aufgrund der Altersstruktur seiner Einwohner weiterhin kontinuierlich schrumpfen.

Aus räumlicher Sicht ist den derzeitigen Prognosen zufolge von einer weiteren Zunahme der Disparitäten zwischen Stadt und Land, insbesondere zwischen den leistungsstarken Mittel- und Großstädten sowie den strukturschwachen, peripher gelegenen ländlichen Regionen, auszugehen. Insbesondere in weiten Teilen Nord- und Ostthüringens sowie in weiten Teilen des Thüringer Waldes wird die Bevölkerung in den kommenden 20 Jahren in besonderem Maße sukzessive weiter abnehmen und altern.

II. Bevölkerungsentwicklung in Thüringen



Quelle: TLS 2019

Von besonderer Bedeutung für die Planungen der Kommunen sind die Bevölkerungszahl und die altersstrukturelle Entwicklung der Bevölkerung. Sie bestimmen maßgeblich die lokale Nachfrage nach öffentlichen und privaten Dienstleistungen und sind somit der Gradmesser für den örtlichen Bedarf nach sozialen und technischen Infrastruktureinrichtungen. So wird beispielsweise die Zahl der Thüringer, die 80 Jahre und älter und damit potentiell auf Hilfe angewiesen sind, weiter erheblich zunehmen. Gerade der Anteil dieser hoch betagten Bürger wird die Gesellschaft vor große Herausforderungen stellen, um wohnortnah eine angemessene und bezahlbare Pflegeinfrastruktur vorzuhalten.

Andererseits kann die Unterauslastung der vorhandenen Infrastruktur in Regionen mit einer rückläufigen Bevölkerungsentwicklung zu steigenden Kosten und einem abnehmenden Angebot führen. Dies wiederum senkt die Attraktivität der betroffenen Regionen und kann eine negative Entwicklung verstärken.

Demografische Veränderungsprozesse erfolgen räumlich und zeitlich sehr unterschiedlich, sodass Wachstum, Stabilität und Schrumpfung in manchen Fällen in direkter Nachbarschaft beobachtet werden können. Die lokale Entwicklung weicht bisweilen erheblich von der landesweiten Entwicklung ab. Um ein möglichst aktuelles Bild der Situation in Thüringen zu liefern, beziehen sich die in diesem Thüringer Demografieratgeber verwendeten Daten daher auf den jeweils letzten verfügbaren Erhebungszeitpunkt.

Insgesamt jedoch ist der demografische Wandel ein kontinuierlicher Prozess, in dem durch frühzeitiges und vorausschauendes Planen und Handeln Gestaltungsspielräume erschlossen werden können. Daher gilt es, bereits heute die Weichen richtig zu stellen, um in Zukunft auch einer kleineren, in jedem Fall älter werdenden Bevölkerung Lebensqualität, Versorgungssicherheit und nachhaltigen Wohlstand bieten zu können.

THÜRINGER DEMOGRAFIERATGEBER

III. Herangehensweise und Zielsetzung

Die Gestaltung des demografischen Wandels beginnt mit der Diagnose, dem Erkennen der demografischen Veränderungen, deren Auswirkungen, den daraus resultierenden Folgen und Handlungserfordernissen auf die eigenen Gestaltungsbereiche.

Dies gilt es durch eine fundierte Analyse der ortsspezifischen Ist-Situation und der prognostizierten zukünftigen Entwicklung zu unterlegen. Nur so kann eine systematische, planerische Auseinandersetzung mit den Folgen des demografischen Wandels nachhaltige Wirkung hervorrufen. In Thüringen ist inzwischen eine umfangreiche Datengrundlage zur Analyse der Bevölkerungsentwicklung vorhanden. Das Thüringer Landesamt für Statistik bietet im Internet sowie auf Anfrage aussagekräftige Datenreihen und Vorausberechnungen an. In den Bürgerämtern liegen darüber hinaus Daten vor, die auch ortsteilscharfe Analysen ermöglichen. Als Partner für Auswertungen und Analysen steht den Kommunen zudem die „Serviceagentur Demografischer Wandel“ im Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft zur Verfügung.

Die Analyse sowie die Ableitung von Folgen und Handlungsansätzen sollten sektorenübergreifend und vorausschauend erfolgen und die Wechselwirkungen der demografischen Entwicklung auf die verschiedenen Bereiche der Daseinsvorsorge berücksichtigen. Empfehlenswert ist die Initiierung und Organisation eines kommunalen oder besser noch regionalen Diskussions- und Planungsprozesses, in den möglichst viele lokale und regionale Akteure (z. B. Kommunalpolitik, Träger der betreffenden Infrastrukturen) einbezogen werden.[1]

Gerade bei kritischen Diskussionen und Entscheidungen sollte zudem eine transparente Information und Beteiligung der Bevölkerung (z. B. in Bürgerversammlungen) erfolgen.

Die Erfahrungen zeigen, dass eine strategische Befassung mit dem demografischen Wandel vor Ort zumeist auf Initiative kommunaler Entscheidungsträger oder Schlüsselakteure erfolgt. Daher dient der hier vorliegende Thüringer Demografieratgeber auch in der dritten Auflage der Identifizierung von Handlungserfordernissen, die sich aus der demografischen Entwicklung ergeben. Er soll einzelne Denkanstöße und Anregungen zur Analyse der Folgen der Bevölkerungsentwicklung in ihren Kommunen geben und den fachlichen Diskurs vor Ort anstoßen.

Eines muss jedoch klar sein: Der Thüringer Demografieratgeber liefert keine universell übertragbaren Patentrezepte zur Gestaltung des demografischen Wandels. Er erhebt weder Anspruch auf Vollständigkeit, noch können im Einzelfall auftretende rechtliche Schranken ausgeschlossen werden. Die lokal passenden Strategien, Lösungsansätze und Entscheidungen sind durch die kommunalen Akteure vor Ort zu entwickeln, da diese über lokale Kompetenzen und Zuständigkeiten verfügen und die Entwicklung ihrer Gemeinde oder Region letztlich auch gegenüber ihren Bürgern zu verantworten haben.

Der Thüringer Demografieratgeber steht zusätzlich zu dieser Broschüre auch online unter:

www.serviceagentur-demografie.de

zur Verfügung. Dort gibt es zudem weitere detaillierte Informationen zu den hier aufgezeigten Beispielen, umfangreicheres statistisches Material und einen direkten Zugriff auf eine Vielzahl weiterführender Dokumente.

WEITERE INFORMATIONEN:

- Thüringer Landesamt für Statistik
- Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft (TMIL)
- Serviceagentur Demografischer Wandel

1 Eine ausführliche Sammlung von Methoden und Leitfäden findet sich unter: http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/themen/demografischer-wandel/instrumente/

IV. Handlungsfelder

Der Thüringer Demografieratgeber umfasst 22 unabhängig voneinander lesbare Handlungsfelder, zwei Querschnittsthemen sowie weiterführende Informationen zu relevanten Handlungshilfen, Studien und Berichten.

Die einzelnen Kapitel gliedern sich in:

- ausgewählte handlungsfeldspezifische Daten und grundlegende Fakten,
- spezifische Auswirkungen durch die demografische Entwicklung,
- konkrete Handlungsoptionen mit dem Fokus auf kommunale Handlungsmöglichkeiten,
- Beispiele,
- weitere Informationen zu möglichen Verantwortlichen, Ansprechpartnern oder besonders passender Fachliteratur.

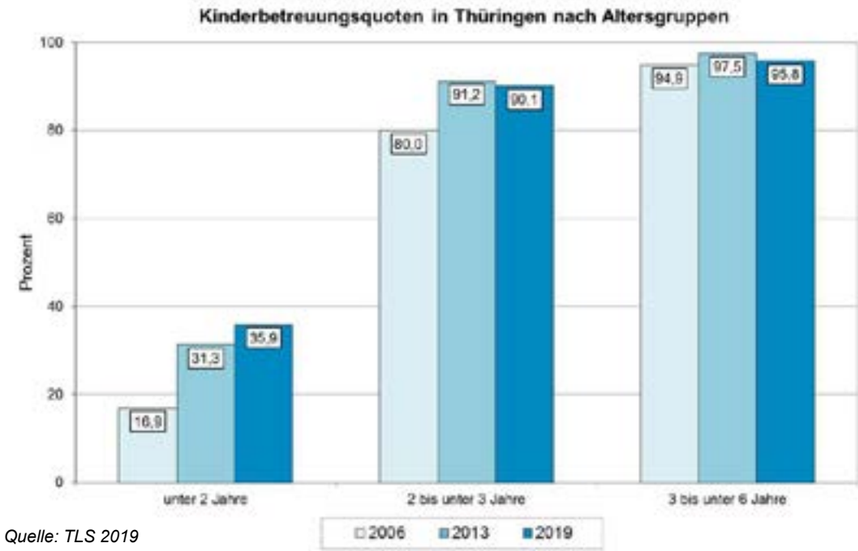
Der Thüringer Demografieratgeber soll eine fachliche Grundlage im fortlaufenden fachlichen Diskussionsprozess in Thüringen bilden und ist daher offen für Ergänzungen, Korrekturen und Erweiterungen.

Anregungen und Hinweise aus der kommunalen Praxis zur stetigen Aktualisierung und Fortschreibung des Dokuments sind daher ausdrücklich willkommen, um den Thüringer Demografieratgeber qualitativ weiterzuentwickeln.

IV. 1. Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung (FBBE)

Ende 2018 lebten im Freistaat Thüringen rd. 111.000 Kinder unter sechs Jahren. Der Anteil an der Gesamtbevölkerung betrug 5,2 %. Aufgrund der geburtenstarken Jahrgänge und migrationsbedingten Zuzüge ist die Zahl der Kinder in dieser Altersgruppe, anders als noch in der 1. regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung (1. rBv) prognostiziert, nicht gesunken, sondern gestiegen. Da die Sicherstellung eines bedarfsgerechten Angebotes der Kinderbetreuung ein wichtiger Standortfaktor ist, muss auf die Steigerung kurzfristig adäquat reagiert werden.

Die Inanspruchnahme und die Entwicklung der Kindertagesbetreuung der unter 6-Jährigen stellten sich in den vergangenen Jahren wie folgt dar:



Quelle: TLS 2019

Insoweit bleibt festzustellen, dass in der Altersgruppe der 3- bis unter 6-Jährigen nahezu alle Kinder eine Kindertageseinrichtung besuchen oder Angebote der Kindertagespflege wahrnehmen. Dabei ist die Betreuungsdauer als weiteres Element der Kindertagesbetreuung im Freistaat Thüringen im Vergleich mit den anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland sehr hoch. So haben 95 % der betreuten Kinder (ohne Schulkinder) eine Ganztagsbetreuung (durchgängige Betreuungszeit von mehr als 7 Stunden pro Betreuungstag) in Anspruch genommen. Im bundesweiten Vergleich ist dies der höchste Wert aller Bundesländer, wobei der deutsche Durchschnitt bei 53 % liegt.

Im Jahr 2018 wurden die Kinder in Thüringer Kindertageseinrichtungen rund 9 Stunden pro Tag und in der Kindertagespflege rund 8 Stunden pro Tag betreut (Montag bis Freitag). Die Betreuungsdauer hat sich gegenüber den Vorjahren auf einem vergleichsweise hohen Niveau eingependelt.

Des Weiteren waren die Thüringer Kindertageseinrichtungen im Jahr 2018 durchschnittlich zu rund 92 % ausgelastet. Dabei wiesen die Auslastungsgrade teilweise deutliche Unterschiede auf. Insbesondere in den kreisfreien Städten war ein sehr hoher Auslastungsgrad der Kindertageseinrichtungen zu verzeichnen (außer in der kreisfreien Stadt Eisenach). So weisen Erfurt und Jena mit einem Auslastungsgrad von 97 % die landesweit höchsten Werte auf. In ländlichen Regionen bestehen hingegen durchaus Kapazitätsreserven, wie z. B. im Landkreis Greiz mit einem Auslastungsgrad von 84 %.

Bezüglich weiterer Ausbaubedarfe im frühkindlichen Bereich müssen die demografische Entwicklung und Reurbanisierungseffekte steuernd im Blick behalten werden.

THÜRINGER DEMOGRAFIERATGEBER

IV. 1. Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung (FBBE)

Auswirkungen

Mit dem demografischen Wandel und veränderten gesetzlichen Rahmenbedingungen von Seiten des Freistaats und des Bundes existieren zum Teil noch nicht abschätzbare Auswirkungen auf die Situation der Kindertagesbetreuung in Thüringen. Die für die Zukunft prognostizierte sinkende Anzahl der Kinder, die Angebote der frühkindlichen Betreuung in Anspruch nehmen, führt dazu, dass die vorhandenen Plätze in Kindertageseinrichtungen und ggf. auch in der Kindertagespflege nicht mehr genügend nachgefragt und ausgelastet werden. Gleichzeitig steigen die qualitativen Ansprüche an die Kindertagesbetreuung und machen Investitionen, zum Beispiel im Bereich inklusiver Bildung, notwendig.

Zusätzlich garantiert das „Thüringer Kindertagesbetreuungsgesetz“ (ThürKitaG) einen Rechtsanspruch für jedes Kind ab dem vollendeten ersten Lebensjahr auf ganztägige Bildung, Erziehung und Betreuung in einer Kindertageseinrichtung. Insgesamt stellt sich die FBBE im Freistaat Thüringen derzeit als entwicklungsstarker und dynamischer Bereich dar, für den es auch zwischen wechselnden gesellschafts- und familienpolitischen Ansprüchen gilt, Verlässlichkeit zu gewährleisten.

Die mit der Novellierung des ThürKitaG und der Umsetzung des „Gesetzes zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbetreuung“ (KiQuTG) des Bundes im Freistaat Thüringen veränderten Vorgaben in Bezug auf den Fachkraft-Kind-Schlüssel erfordern darüber hinaus mehr Personal. Angesichts der Entwicklungen von Nachfragerückgang (weniger Kinder) und Angebotsausweitung (Gesetzesvorgaben) ist eine vorausschauende und maßvolle Planung notwendig, um die Nachhaltigkeit der Investitionen zu sichern und die Schaffung von Überkapazitäten zu vermeiden. Weiterhin erfordern die Veränderungen im Hinblick auf den Fachkraft-Kind-Schlüssel auch Maßnahmen zur Fachkräftegewinnung und -sicherung. Hierzu partizipiert der Freistaat Thüringen an der sogenannten „Fachkräfte-Offensive“ des Bundes und erprobt in den Jahren 2019 bis 2022 die Praxisintegrierte Erzieher/innen-Ausbildung im Rahmen eines Modellprojekts.

Handlungsoptionen

- Einrichtung einer Arbeitsgruppe auf Landesebene unter Beteiligung aller wesentlichen Partner der FBBE, in der Zukunftsstrategien für die strukturelle und qualitative Weiterentwicklung des Bereichs der FBBE beraten werden,
- Zusammenlegung von Kindertageseinrichtungen, um die Tragfähigkeit und Qualität der Einrichtungen sicherzustellen,
- Gemeindegrenzen überschreitende Zusammenarbeit, besonders bei der Bedarfsplanung,
- Aktivierung der investiven und personellen Ressourcen zur Verbesserung der Teilhabe von behinderten Kindern an einer gemeinsamen Förderung mit Kindern ohne Behinderung in der Kindertagesbetreuung (§ 8 Abs. 1 ThüKitaG),
- Bildung von Trägerverbünden, um den gewachsenen qualitativen Erfordernissen an eine hochwertige Kindertagesbetreuung gerecht zu werden,
- Kooperation von Kindertageseinrichtungen mit Schulen und Schulhorten, um gemeinsam Funktionsräume, Freiflächen und Personal zu nutzen,
- Personalaustausch zwischen Einrichtungen bei temporären Engpässen,
- Verfügbarkeit von bedarfsorientierten Öffnungszeiten und Angeboten der Kindertagesbetreuung,
- Entwicklung von Strategien zur langfristigen Bindung von Fachkräften an die Träger von Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege,
- Entwicklung von ehrenamtlichen Strukturen und Kooperationen, z. B. Großelterndiensten, außerhalb der öffentlich geförderten Kindertagesbetreuung nach dem SGB VIII zur Entlastung berufstätiger Eltern,
- Einbeziehung von Externen in den Betreuungs- und Bildungsprozess, z. B. Musikschulen oder Projekte der Thüringer Sportjugend, über Kooperationen,
- Erweiterung von Kindertagesstätten zu Begegnungs- und Bildungszentren für mehrere Generationen durch ehrenamtliche Angebote (vgl. Eltern-Kind-Zentren in Thüringen, ThEKiZ),
- Funktionsbündelung mittels Integration von Angeboten wie sozialen oder medizinischen Diensten und dadurch Ausbau zu Familienzentren.

Beispiele

Thüringer Eltern-Kind-Zentren (ThEKiZ): Das Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie unterstützt im „Landesprogramm für solidarisches Zusammenleben der Generationen“ die Neuentstehung und Weiterentwicklung von Kindertagesstätten zu Thüringer Eltern-Kind-Zentren. Neben Kinderbetreuungsangeboten werden Beratungs-, Begegnungs- und Bildungsangebote für Familien etabliert und eine intensive Vernetzung im Sozialraum realisiert.

Thüringer Allianz für Berufsbildung und Fachkräftegewinnung: Die Allianzpartner unterstützen durch Beratung, über Unterstützersysteme, Information über Netzwerke, Beteiligung an Lokalen Bündnissen und Organisation von Fachtagungen zur Schaffung familienfreundlicher Rahmenbedingungen.

Bundesprogramm „Sprach-Kitas“: Der Freistaat Thüringen beteiligt sich am Bundesprogramm „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“. Mit dem Programm werden Angebote alltagsintegrierter sprachlicher Bildung in Kindertageseinrichtungen sowie Inklusion und Zusammenarbeit mit den Familien gefördert. In Thüringen beteiligt sich etwa jede fünfte Kita an dem Programm.

Bundesprogramm „KitaPlus“: Ebenfalls partizipiert der Freistaat Thüringen an dem seit 2016 laufenden Bundesprogramm „KitaPlus: Weil gute Betreuung keine Frage der Uhrzeit ist“. Damit fördert das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erweiterte Betreuungszeiten in Kitas, Horten und in der Kindertagespflege, um Eltern eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen.

24-Stunden-Kita: Flexibles, rund um die Uhr verfügbares Betreuungsangebot, das besonders für Eltern, die in Schichten arbeiten oder unregelmäßige Arbeitszeiten haben, interessant ist.

Der Großelterndienst Erfurt e. V.: Auf ehrenamtlicher Basis werden junge Familien oder Alleinerziehende mit Kindern an junggebliebene Senioren, die Freude daran haben, Kinder durch regelmäßige Treffen auf ihrem Lebensweg zu begleiten, vermittelt.

Projekt Schatzheber (Jena): Kindertageseinrichtungen suchen freiwillige „Schatzheber“, die regelmäßig in die Einrichtungen gehen, in denen sie die Interessen der Kinder aufdecken und deren Kompetenzen ehrenamtlich fördern.

WEITERE INFORMATIONEN:

- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport
- Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie
- Thüringer Servicestelle Beruf und Familie der Thüringer Agentur für Fachkräftegewinnung
- Serviceagentur Demografischer Wandel

THÜRINGER DEMOGRAFIERATGEBER

IV. 2. Allgemeinbildende Schulen

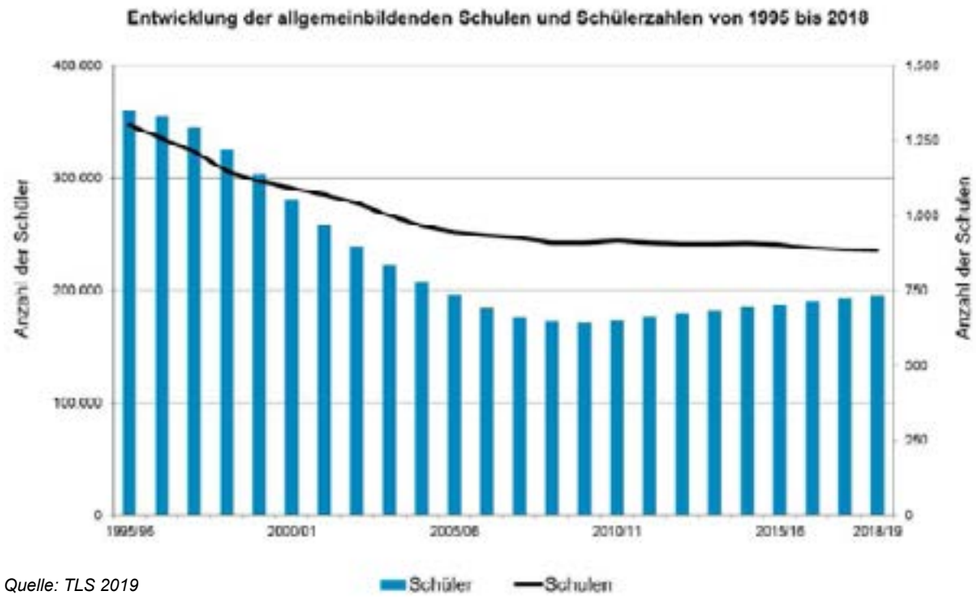
Zwischen 1995/96 und dem Schuljahr 2018/19 hat sich die Schülerzahl in Thüringen mit einem Rückgang auf rd. 195.000 fast halbiert. Inzwischen ist wieder ein leichter Anstieg festzustellen. Bei den Einschulungen ist landesweit die gleiche Entwicklung nachzuvollziehen: Nach einem dramatischen Einbruch um die Jahrtausendwende hat sich die Zahl der Einschulungen bei rd. 18.500 pro Jahr stabilisiert.

Der Rückgang der Schülerzahlen führte zu einer umfangreichen Reduzierung von Schulstandorten. Im Schuljahr 2018/19 gab es im Freistaat rd. 400 Schulen weniger als 1995/96. Bemerkenswert jedoch ist die Zunahme der Schulen in freier Trägerschaft von 30 im Schuljahr 1995/96 auf 102 im Schuljahr 2018/19. Die Anzahl der Gemeinschaftsschulen, welche ein gemeinsames Lernen wenigstens bis zur 8. Klasse gewährleisten, hat sich seit ihrer Einführung im Schuljahr 2011/12 von 14 auf 68 im Schuljahr 2018/19 sogar fast verfünffacht.

Trotz der zuletzt leichten Erholung der Schülerzahlen ist es wichtig, das „demografische Echo“ – die nicht geborenen Kinder der 1990er Jahre fehlen heute und in den nächsten Jahren als potenzielle Eltern (s. Kap. II) – bei künftigen Planungen der Thüringer Schullandschaft zu berücksichtigen.

Nach der 2. regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung (2. rBv) steigt die Anzahl der Bevölkerung in der Altersgruppe der 6- bis unter 15-Jährigen in den nächsten sechs Jahren an. Bis 2040 wird jedoch gegenüber 2018 insgesamt ein Rückgang um 13,2 % erwartet. Dabei treten starke regionale Unterschiede auf. Positive Entwicklungen, also Zuwächse, werden in dieser Altersgruppe ausschließlich für die Stadt Erfurt vorausberechnet, dagegen gibt es erhebliche Rückgänge z. B. in der Stadt Suhl sowie den Landkreisen Kyffhäuserkreis und Saale-Orla-Kreis.

Im Hinblick auf einen zu erwartenden Fachkräftemangel ist es wichtig, die Zahl von Schulabbrechern und damit verbunden auch die der Schulverweigerer zu reduzieren. Ein weiterer Schwerpunkt in der zukünftigen Schulnetzplanung ist die Realisierung des „Thüringer Entwicklungsplanes Inklusion“.



Quelle: TLS 2019

Auswirkungen

Durch langfristig sinkende Schülerzahlen werden oftmals die von den Kommunalen Spitzenverbänden und dem zuständigen Thüringer Bildungsministerium empfohlenen Schülerzahlen für Klassenstärke und Zügigkeit nicht mehr erreicht. Die Tragfähigkeit der Schulen sinkt bei weitgehend gleichbleibenden Fixkosten. Mit den daraus resultierenden Schließungen von Schulstandorten werden Schulwege länger und Transportkosten höher.

Neben der Bildung haben Schulgebäude, gerade in ländlichen Gebieten, weitere Funktionen, die bei einer ganzheitlichen Betrachtung nicht außer Acht gelassen werden sollten. Es werden dort z. B. Räumlichkeiten für Volkshochschulen, Vereine und Musikschulen bereitgestellt sowie Veranstaltungen und Ausstellungen durchgeführt. Sie dienen als Wahllokale und bieten vielerorts einen Rahmen für gesellschaftliches Leben. Schulen beleben Orte und steigern ihre Wohnattraktivität. Zudem wird der öffentliche Verkehr in ländlichen Regionen maßgeblich auf den Schülertransport ausgerichtet, so dass Schulschließungen für die betreffenden Gemeinden auch direkte Auswirkungen auf ihre Erreichbarkeit haben.

Handlungsoptionen

- Schaffung von Schulverbünden und Kooperation mit außerschulischen Partnern,
- Bündelung schulischer Angebote,
- In besonderen Ausnahmefällen: Errichtung von „Kleinen Schulen“ mit jahrgangsübergreifendem Unterricht,
- Verknüpfung mit anderen Einrichtungen, Kooperation mit außerschulischen Partnern, wie z. B. Horte und Kindertagesstätten zur besseren Gebäudeauslastung, Umsetzung pädagogischer und sozialer Ziele durch Zusammenarbeit,
- Einrichtung von Internaten zur Vermeidung zu langer Schulwege und zur Absicherung eines breiten, hochwertigen Bildungsangebotes,
- Schließung von Schulstandorten unter Berücksichtigung von Mittelbindungsfristen (Fördermittel) und der Erreichbarkeit alternativer Standorte,
- Einrichtung eines inklusiven Bildungswesens auf allen Ebenen.

IV. 2. Allgemeinbildende Schulen

Beispiele

Die Thüringer Gemeinschaftsschule (TGS): An der Gemeinschaftsschule lernen alle Schülerinnen und Schüler gemeinsam mindestens bis zur Klassenstufe 8 und werden entsprechend ihrer Leistungsmöglichkeiten, Begabungen und Interessen im vorwiegend binnendifferenzierenden Unterricht individuell gefördert.

Kita und Grundschule unter einem Dach in Ruppersdorf (Saale-Orla-Kreis): Grundschule mit integrierter Kindertagesstätte und Hort. Durch die räumliche Nähe wird versucht, einen engen Kontakt zwischen den Kindern zu ermöglichen und so die Umgewöhnung vom Kindergarten zur Schule zu erleichtern.

Kleine Grundschule Großwudicke (Landkreis Havelland/ Brandenburg): „Das Leben im Dorf lassen“ – unter diesem Motto wird qualitativ hochwertige Bildung mit einem durchgängigen, jahrgangsübergreifenden Lernkonzept auf der Basis von vielfältigen Lernwerkstätten gesichert.

Freie Schule Heckenbeck (Bad Gandersheim, Niedersachsen): Diese Einrichtung ist eine altersübergreifende, von Jahrgangstufe 1 bis 10 in drei Gruppen arbeitende Grund-, Haupt- und Realschule in Heckenbeck. In dieser Schule zwischen Göttingen und Hannover lernen etwa 100 Kinder und Jugendliche. Ein Kindergarten ist angeschlossen.

Laufbus: Schulbus auf Füßen – eine organisierte Laufgemeinschaft: Eine Gruppe von Kindern geht zusammen über verschiedene Haltestellen (Sammelpunkte für weitere Schülerinnen und Schüler) zur Schule und wird dabei von Erwachsenen begleitet, bis die Gruppe sicher genug ist, um alleine den Schulweg zu bewältigen.

Beispiel für Schulverbünde und Kooperation mit außerschulischen Partnern „Kräfte bündeln – Kraft entfalten“: Unter dieser Leitidee hat sich ein Netzwerk gebildet, welches sich gemeinsam neuen schulischen Herausforderungen stellt.

Bildungskooperationen im Bereich „Bildung für nachhaltige Entwicklung“: Unter Vermittlung des Nachhaltigkeitszentrums Thüringen zielen Kooperationen zwischen verschiedenen Bildungsträgern auf eine längerfristige und anschauliche Umsetzung von konkreten Bildungsinhalten als Unterstützung des Unterrichts in der Schule.

WEITERE INFORMATIONEN:

- Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport
- Thüringer Schulämter
- Bundesministerium des Inneren (2010), Endbericht Kurzexpertise: Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Organisation der Schulbildung in ländlichen Räumen bis 2025
- Serviceagentur Demografischer Wandel

IV. 3. Berufsbildende Schulen

Die Zahl der Berufsbildenden Schulen verringerte sich seit 1995/96 um etwa 13 %. Zudem verschob sich die Anzahl der staatlichen Berufsbildenden Schulen zugunsten von Schulen in freier Trägerschaft. Inzwischen befinden sich 65 % der Berufsbildenden Schulen in freier Trägerschaft.

Die Zahl der Berufsschülerinnen und Berufsschüler reduzierte sich im Zeitraum von 1995/96 bis zum Schuljahr 2018/19 um rd. 40 % auf etwa 49.000. Die Zahl der Absolventen/Abgänger verringerte sich in diesem Zeitraum ebenfalls um 40% von ca. 28.000 auf ca. 16.600.

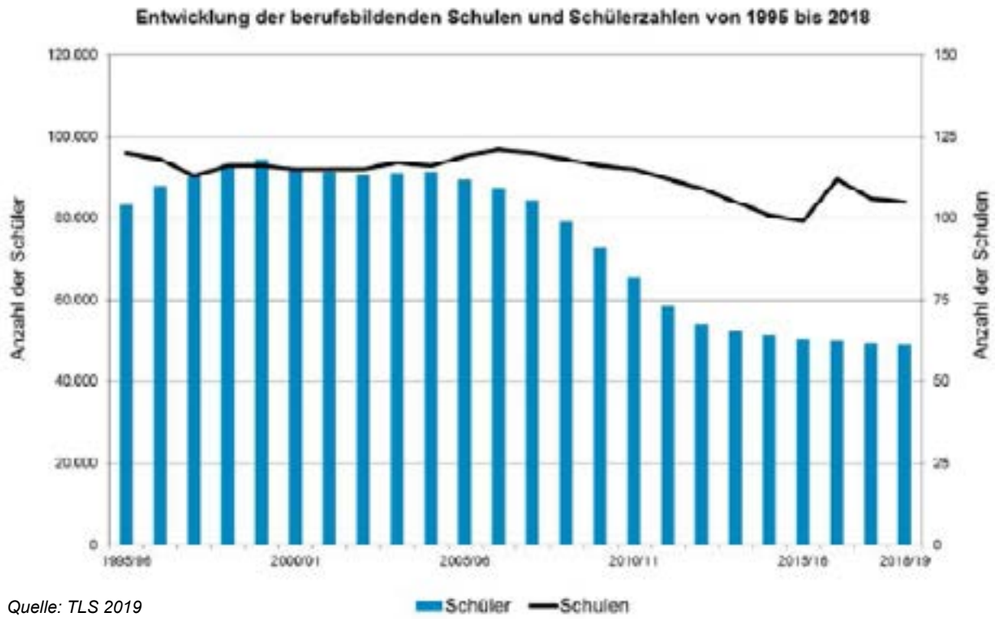
Für die kommenden Jahre wird ein moderater Anstieg der Schüler an Berufsbildenden Schulen prognostiziert. Bis zum Ende des Prognosezeitraums 2035/36 werden auf der Grundlage der 1. rBv rund 54.000 Schüler erwartet (TMBJS, Statistisches Informationssystem).

Berufsbildende Schulen sind ein wichtiges Ausstattungskriterium für zentrale Orte höherer Stufe und steigern dadurch die Attraktivität der Regionen.

Auswirkungen

Die Berufsbildenden Schulen weisen ein breites Spektrum an Schulformen mit unterschiedlichen Berufsbildungsmöglichkeiten auf: Die Angebote erstrecken sich von ein- und zweijährigen berufsvorbereitenden Maßnahmen, über die duale Erstausbildung in vielen Berufsfeldern, bis zu den beruflichen Gymnasien, die zur allgemeinen Hochschulreife führen. Auch werden Umschülern vielfältige Möglichkeiten individueller beruflicher Förderung eingeräumt.

Trotz dieser breiten Angebotspalette sind nicht mehr alle berufsbildenden Einrichtungen ausgelastet. Zugleich führt die vermehrte Differenzierung der Ausbildungsberufe mit speziellen Anforderungskriterien zu erhöhten Anforderungen an das Lehrpersonal und die technische Ausstattung. Dadurch wird die wirtschaftliche Tragfähigkeit weiter erschwert.



Quelle: TLS 2019

THÜRINGER DEMOGRAFIERATGEBER

IV. 3. Berufsbildende Schulen

Handlungsoptionen

- Kreisübergreifende Schulnetzplanung und Zusammenarbeit zur Koordinierung und Konzentration der beruflichen Bildung,
- Bildung von Schulverbünden, um den gewachsenen Ansprüchen gerecht zu werden,
- Personalaustausch zwischen Einrichtungen bei temporären Engpässen,
- Räumliche Integration von kleineren eigenständigen berufsbildenden Einrichtungen,
- Schaffung von Unterbringungsmöglichkeiten (vergleichbar mit Internaten) vor allem bei Einrichtungen mit breitgefächertem bzw. spezialisiertem Angebot,
- Zusammenarbeit mit Stiftungen, internationalen Projekten oder durch Partnerschaften mit ausländischen Schulen, um den wettbewerbsbedingten Bedarf an vielseitigen Arbeitskräften bei den Unternehmen abzudecken,
- Reduzierung der Abbrecherquoten durch stärkere Zusammenarbeit mit Allgemeinbildenden Schulen und Unternehmen,
- Engere Zusammenarbeit mit Betrieben und Einrichtungen (IHK, HWK) bei der Ermittlung tatsächlicher Ausbildungsbedarfe und bei der Berufswerbung,
- Inhaltliche Ausrichtung der Angebote auf Trends der Berufsfeldentwicklung und Bedarfe der jeweiligen wirtschaftsgeografischen Teilräume (z. B. Branchenkonzentration).

Beispiele

Erasmus+: Dieses EU-Förderprogramm ermöglicht es Jugendlichen und jungen Erwachsenen, einen Teil ihrer Berufsausbildung in einem anderen EU-Land zu absolvieren. Es kann auch von Einrichtungen der beruflichen Bildung, Unternehmen und Sozialpartnern genutzt werden.

Die „Jobmesse Erfurt“ ist ein Netzwerk vieler wichtiger Akteure am Arbeitsmarkt in Erfurt und ganz Thüringen. Die Besucher finden hier interessante Informationen rund um Stellenangebote, Jobs, Ausbildung, Weiterbildung und Existenzgründung. Aussteller lernen interessierte Bewerber, Auszubildende und Existenzgründer kennen. Arbeitgeber können hier effektiv Fachkräfte sowie Personal finden und ihre Stellen besetzen.

Berufsmessen der Industrie- und Handelskammern in Thüringen: Die Wahl des richtigen Ausbildungsberufes steht für viele Jugendliche und junge Erwachsene an erster Stelle. Die Entscheidung ist nicht einfach, denn zahlreiche Trendberufe beeinflussen die Entscheidung und die Auswahl aus etwa 350 Berufen stellt die jungen Menschen vor fast unlösbare Aufgaben. Diese grundlegende Entscheidung ist wichtig für den beruflichen Werdegang. Die Industrie- und Handelskammern unterstützen Schüler, Eltern, Lehrer und Unternehmen dazu in verschiedenen Projekten.

Tag des Handwerks: Die Betriebe und Handwerksorganisationen laden bundesweit dazu ein, an Mitmach-Stationen, Info-Veranstaltungen und Wettbewerben teilzunehmen. Die Teilnehmer können sich so über das Handwerk und seine vielfältigen Karriere-Chancen informieren und wer möchte, kann gleich mit anpacken und herausfinden, welcher Job am besten zu ihm passt.

Praxisnahe Berufsorientierung (Landkreis Gotha): Praxisnahe Berufsfelderkundung und -erprobung in einer großen Vielfalt grundlegender Berufsfelder und Reflexion der Projektwochen zur individuellen Berufswahlentscheidung für Schüler der Sekundarstufe I.

Das „AZUBI-Speed-Dating“ der IHK Südthüringen vermittelt persönliche Gespräche zwischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen auf der Ausbildungssuche und potenziellen Arbeitgebern.

SCHULEWIRTSCHAFT Thüringen: vom Bildungswerk der Thüringer Wirtschaft initiiert, bringt Unternehmen und Schulen zusammen, um den Übergang von der Schule in das Berufsleben für junge Menschen zu verbessern.

WEITERE INFORMATIONEN:

- Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (TMBJS)
- Statistikstelle im TMBJS
- Thüringer Schulämter
- Handwerkskammern
- Industrie- und Handelskammern
- Serviceagentur Demografischer Wandel

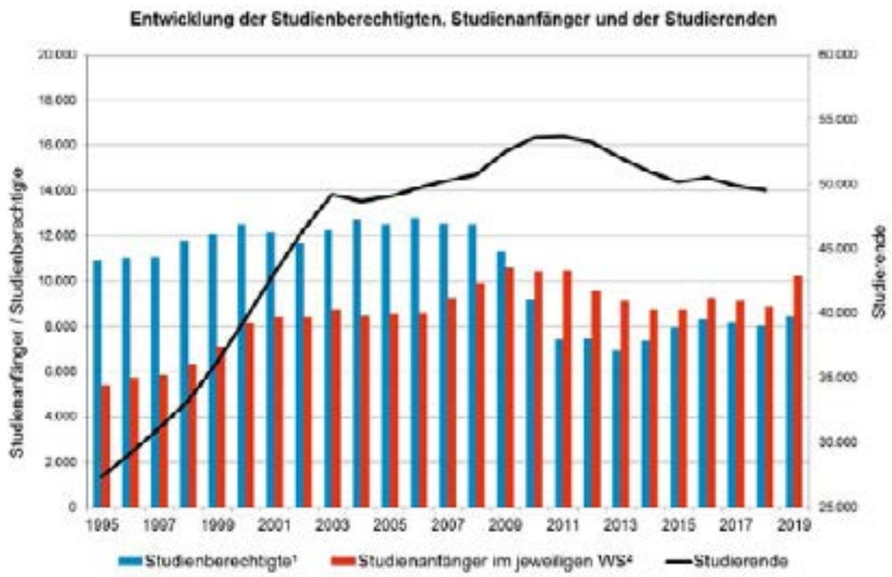
THÜRINGER DEMOGRAFIERATGEBER

IV. 4. Hochschulen

Die Zahl der Studierenden hat sich in Thüringen in den vergangenen 24 Jahren fast verdoppelt. Dieser Zuwachs ist u. a. begründet im Ausbau der Hochschulkapazitäten, in der Erhöhung der Abiturquote bei den geburtenstarken Jahrgängen der 1980er Jahre sowie in einem immer größeren Zuzug Studierender aus anderen Bundesländern. Dadurch konnte auch die über längere Zeit rückläufige Zahl Thüringer Absolventen mit Hochschulreife kompensiert werden. Aktuell ist jedoch wieder eine leicht zunehmende Zahl der Studienberechtigten und der Studienanfänger zu erkennen. Das Land unterstützt die Hochschulen dabei, ihre Attraktivität und das Image an ihrem jeweiligen Standort und im Land insgesamt zu steigern. Hochschulen bringen Kaufkraft, Wissen und Leben in die Regionen.

Auswirkungen

Auch wenn die Nachfrage nach Studienplätzen in manchen Fachgebieten die vorhandenen Angebote übersteigt, so ist auf Dauer damit zu rechnen, dass es in einigen Bereichen zu Entlastungen kommen wird. Entsprechend einer Vorausberechnung der Kultusministerkonferenz ist bis 2025 weiter mit einer Stagnation der Studienanfänger auf hohem Niveau zu rechnen. Durch diese Entwicklung hat sich unter den Hochschulen bundesweit ein Wettbewerb um Studierende entwickelt, der auch für die regionale Wirtschaft und deren wachsenden Bedarf an hochqualifizierten Fachkräften von großer Bedeutung ist. Eine wichtige Aufgabe wird darin bestehen, nach dem Studium möglichst viele Absolventen im Land zu halten.



Quelle: TMBJS 2019

1) Schulabsolventen mit allgemeiner, fachgebundener HZB oder FH -Reife (ohne Externe); Zuarbeit TMBJS
2) Studienanfänger, Studierende bis 2018 Ist - Zahlen

Handlungsoptionen

- Bessere Zusammenarbeit mit Gymnasien und berufsbildenden Einrichtungen, um Absolventen auf das Studium vorzubereiten,
- Erhöhung der Bildungsbeteiligung an den Gymnasien und berufsbildenden Einrichtungen mit gymnasialem Abschluss, um eine Steigerung der Anzahl Studienberechtigter und der Studienanfänger zu erreichen,
- Entwicklung von Marketingstrategien zur verstärkten Anwerbung von Studierenden aus allen Bundesländern sowie aus dem Ausland,
- Investitionen in Hochschulbauten zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Thüringer Hochschulen,
- Erhöhung der Angebote an kostengünstigen Unterbringungsmöglichkeiten,
- Stärkere Integration von Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund, beginnend bei gleichen Bildungschancen in den Allgemeinbildenden Schulen bis hin zu Möglichkeiten, die im Ausland erworbenen Bildungsabschlüsse anzuerkennen bzw. diese in verkürzten Studiengängen auf bundesdeutsches Niveau anzugleichen,
- Ausbau der Angebote an dualen und berufsbegleitenden Studiengängen und Weiterbildungsangeboten im Sinne des lebenslangen Lernens,
- Integration und Schaffung von modernen Forschungsinstituten an Hochschulen,
- Erhöhung der Studienerfolgsquoten,
- Stärkere Orientierung des Studienangebots insbesondere der Fachhochschulen am regionalen Fachkräftebedarf,
- Bildung von Netzwerken in Lehre und Forschung mit Partnerhochschulen, Unternehmen, Verbänden und Stiftungen, z. B. um an internationalen Projekten mitzuarbeiten,
- Engere Kooperation der Hochschulen im Verwaltungs- und Liegenschaftsmanagement.

Anknüpfungspunkte für kommunale und regionale Verantwortliche:

- Engere Vernetzung zwischen Hochschulen, Städten und Studierendenwerken, um gemeinsame Strategien für Wohnungsmarkt, Stadtmarketing oder Familienfreundlichkeit zu entwickeln:
  - Ausschöpfen der Potenziale von Hochschulen für die Kommune (z. B. Marketing, Image, Kultur, Wissen, Kaufkraft, Innovation),
  - Erhöhung der Identifikation und Bindung der Studierenden an die Stadt bzw. Region,
- Engere Vernetzung der Hochschulen mit Unternehmen und Instituten, um Absolventen über die Perspektiven des lokalen und regionalen Arbeitsmarkts zu informieren mit dem Ziel, den Verbleib von Fachkräften in Thüringen zu sichern.

WEITERE INFORMATIONEN:

- Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft
- Informationen für Schülerinnen und Schüler sowie Studierende auf www.campus-thueringen.de
- Leitlinien zur Hochschulentwicklung in Thüringen bis 2025
- Serviceagentur Demografischer Wandel

THÜRINGER DEMOGRAFIERATGEBER

IV. 5. Kinder- und Jugendhilfe

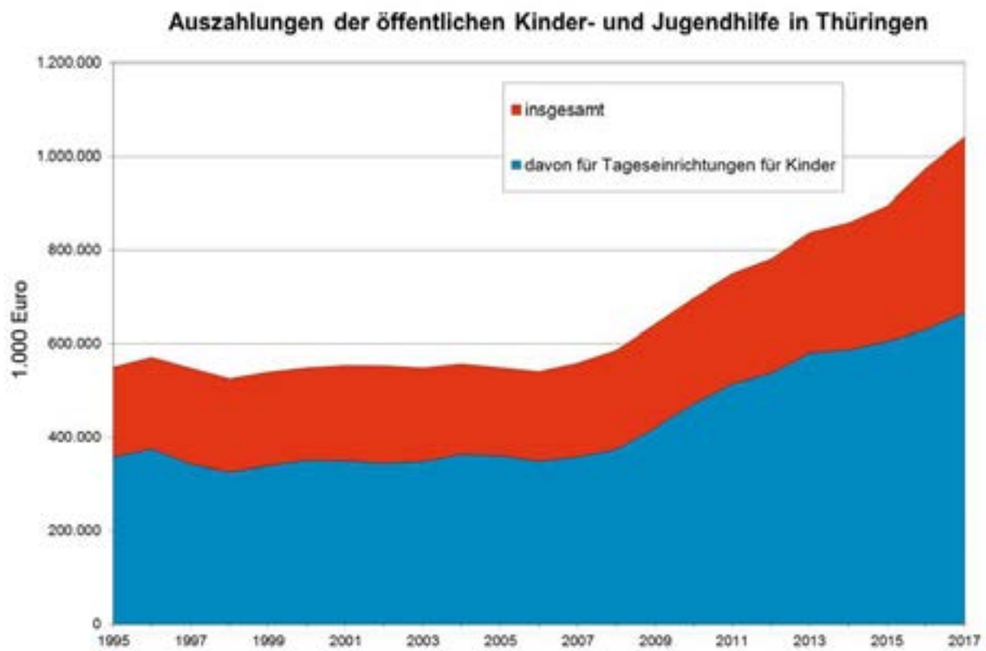
Die Zukunftsfähigkeit der Thüringer Kommunen hängt vor allem davon ab, dass es gelingt, Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen gute Entwicklungsperspektiven zu bieten und sie an die Region zu binden.
Die Zahl der Kinder und Jugendlichen hat direkten Einfluss auf die Auslastung der sozialen Infrastruktur vor Ort – seien es Kindergärten, Schulen, Jugendeinrichtungen oder auch kulturelle oder Sporteinrichtungen. Weiterhin wirkt sich die Anzahl dieser Personengruppe auf die vorzuhaltenden Leistungen der Jugendarbeit aus.

Auswirkungen

Während die Zahl der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in den vergangenen Jahren kontinuierlich sank, hat gleichzeitig der Bedarf an staatlicher Unterstützung im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe zugenommen. Angesichts der knapper werdenden kommunalen Finanzmittel wird die Gestaltung vielfältiger Angebote der Kinder- und Jugendarbeit für weniger Nutzer noch schwieriger. Zukünftig wird es darauf ankommen, sowohl Kindern und Jugendlichen sinnvolle Freizeitgestaltungsmöglichkeiten anzubieten und sie bei Problemlösungen zu unterstützen, als auch eine Einbindung in das gesellschaftliche und öffentliche Leben vor Ort zu organisieren, um die lokale bzw. regionale Bindung zu stärken. Dabei spielt das Ehrenamt eine große Rolle.

Faktencheck

Die Zahl der unter 15-Jährigen in Thüringen wird sich nach Prognosen der 2. rBv von 2018 bis zum Jahr 2040 voraussichtlich um 16 % verringern. Im Jahr 2018 wurden nach Mitteilung des Thüringer Landesamtes für Statistik in Thüringen 1.093 Mio. Euro für öffentliche Jugendhilfe investiert. Dies entspricht durchschnittlich rd. 510 Euro pro Einwohner, 123 Euro mehr als fünf Jahre vorher. Insgesamt waren die Ausgaben um 257 Mio. Euro höher als noch fünf Jahre zuvor.



Quelle: TLS 2019

Die meisten Ausgaben (713 Mio. Euro) wurden 2018 für Kindertageseinrichtungen ausgegeben. Rund 20 Mio. Euro wurden für Einrichtungen der Jugendarbeit verwendet.

Handlungsoptionen

- Motivation zum ehrenamtlichen Engagement in den örtlichen Jugendhilfeausschüssen sowie in Jugend- und Sportvereinen/-verbänden,
- Verstärkte Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen in dörfliche und regionale Entscheidungsprozesse, z. B. durch Gründung von Jugendparlamenten,
- Vermittlung von Wertschätzung und Akzeptanz der Kompetenz von Kindern und Jugendlichen, z. B. Verantwortungsübertragung in Vereinen, Feuerwehren usw.,
- Aktive Jugendarbeit und -ansprache der örtlichen Vereine,
- Bereitstellung von Jugendräumen/-clubs,
- Erhalt von Angeboten zur Jugendfreizeitgestaltung innerhalb der örtlichen Gemeinschaft oder auf interkommunaler Ebene,
- Kreative Mitmachangebote aus den Gebieten Kultur, Sport und Wissenschaft,
- Angebot der Nutzung neuer Medien, z. B. in Bibliotheken und Jugendräumen,
- Verbesserung der Erreichbarkeit von Jugendeinrichtungen,
- Wertschätzung und Unterstützung von Jugendarbeit auf kommunaler Ebene (haupt- und ehrenamtlich),
- Gründung von Fördervereinen für die Jugendarbeit innerhalb der Kommunen,
- Zusammenbringen von Jugendlichen mit regionalen Unternehmen in Form von Praktika, Ferienarbeit oder Tag der offenen Tür,
- Förderung des generationenübergreifenden Zusammenlebens.

Beispiele

Kinder- und Jugendausschuss der Stadt Saalfeld: Seit 2009 erhält der Kinder- und Jugendausschuss die Beschlussvorlagen zu den ihn betreffenden Themen aus Stadtpolitik und Verwaltung, stimmt über diese ab und gibt in der nächsten Stadtratssitzung das Votum bekannt. Dadurch wird die Zusammenarbeit von Politik, Verwaltung und Kindern bzw. Jugendlichen in der Stadt Saalfeld verbindlicher gestaltet.

Jugend im Land 3.0 – Digitale Demokratie- und Engagementförderung im ländlichen Raum (Landkreise Anhalt-Bitterfeld, Stendal und Burgenlandkreis, Sachsen-Anhalt): Durch eine Symbiose aus klassischer politischer Bildung mit Computerspielen, online-basierten Simulationen und sozialen Medien erfolgt die Motivierung Jugendlicher und junger Erwachsener, sich lokal zu engagieren.

Kinderfreundlicher Unstrut-Hainich-Kreis: Neben dem Landkreis und Trägern aus dem Sozial- und Bildungsbereich unterstützen auch Partner aus der Wirtschaft durch Sach- oder Geldspenden die vielfältigen Projekte zur Förderung und Entwicklung der Kinder, Jugendlichen und Familien im Unstrut-Hainich-Kreis.

IV. 5. Kinder- und Jugendhilfe

Generationsübergreifend freundliche Kommune Bad Frankenhausen: Die kinder-, familien- und seniorenfreundliche Kurstadt Bad Frankenhausen dokumentiert ihr Interesse an der jungen Generation u. a. durch die Unterstützung eines Kinder- und Jugendstadtrates.

Schülerwerkstatt (Saale-Holzland-Kreis): Einbeziehung Jugendlicher zur Mitgestaltung des regionalen Leitbildprozesses und Entwicklung von Ideen für die Zukunft des Landkreises in Verbindung mit Holzland€ash – Geldfonds zur Unterstützung von Jugendprojekten in der Saale-Holzland-Region.

Leipziger Kinderbüro – Kinder planen ihre Stadt: Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Stadterneuerung in Richtung „kinderfreundliche Stadt“. Dies steigert zum einen die fachliche und soziale Kompetenz, zum anderen trägt es dazu bei, den Ort bzw. die Stadt für die Kinder und Jugendlichen attraktiv zu gestalten.

Balu und Du: Vermittelt Kindern im Grundschulalter junge Erwachsene zur gemeinsamen Freizeitgestaltung.

Fifty-Fifty-Taxi (Sachsen-Anhalt): Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 16 bis 26 Jahren haben die Möglichkeit, ein sogenanntes „Fifty-Fifty-Ticket“ zu erwerben, mit dem sie nach Veranstaltungen günstig und sicher nach Hause fahren können.

Notinsel – Wo wir sind, bist du sicher: Das Projekt Notinsel hat eine Möglichkeit geschaffen, Kindern in Notsituationen Fluchtpunkte aufzuzeigen, in denen sie Hilfe bekommen. In Geschäften und Einrichtungen, die mit dem Notinsel-Zeichen gekennzeichnet sind, werden auch kleine Probleme und Sorgen ernst genommen.

Thüringer Schülerfreiwilligentag: Schüler werden mit ehrenamtlichem Engagement vertraut gemacht.

Perspektive Feuerwehr 2030 (Bebra-Gilfershausen, Hessen): Spielerisch werden Kinder für den Feuerwehrdienst begeistert.

Deutscher Kinder- und Jugendhilfepreis – Hermine-Albers-Preis: Der Preis soll dazu anregen, neue Konzepte, Modelle und Praxisbeispiele der Kinder- und Jugendhilfe zu entwickeln und umzusetzen.

WEITERE INFORMATIONEN:

- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport
- Landesjugendamt Thüringen
- Landesjugendring Thüringen
- Jugendämter der Landkreise und kreisfreien Städte
- Serviceagentur Demografischer Wandel

IV. 6. Familie

Sich verändernde Formen des Zusammenlebens erfordern ein differenziertes Verständnis für deren Bedürfnisse. Eine Kommune ist sowohl „Heimat“ für eheliche und nichteheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern, als auch für Alleinerziehende, Alleinstehende oder alternative Formen des Zusammenlebens. Die Kommune steht vor der Herausforderung, mit gezielten Maßnahmen das harmonische Miteinander verschiedener Generationen und Interessen zu befördern.

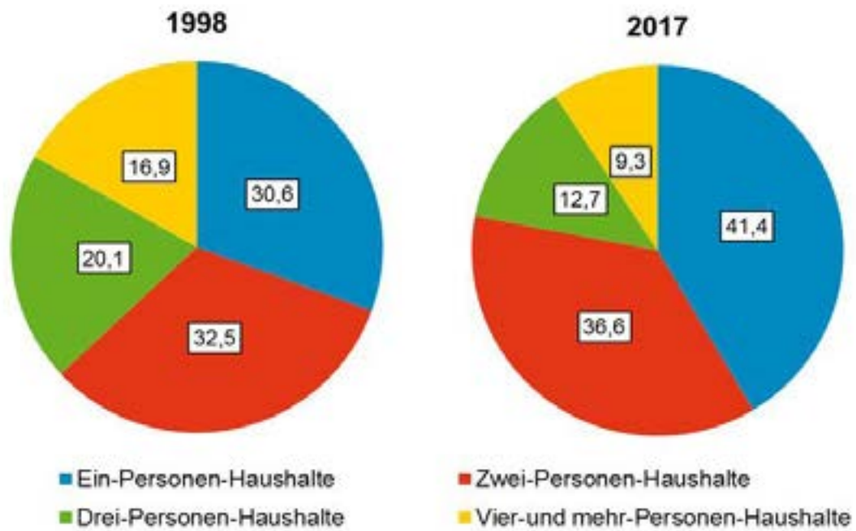
Auswirkungen

Viele Familien stehen vor der Aufgabe, sowohl die Erziehung ihrer Kinder als auch nicht selten die Betreuung ihrer hochbetagten Eltern mit den Erfordernissen der Arbeitswelt in Einklang zu bringen. Die Schaffung eines familienfreundlichen Umfeldes und eines generationenübergreifenden Miteinanders wird für Kommunen daher zu einem wesentlichen Faktor für ihre Zukunftsfähigkeit. Es ist Aufgabe der Politik, Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Lebensqualität in einer Region erhalten und verbessern.

Faktencheck

Im Jahr 2018 lebten die 2,14 Mio. Thüringer in rd. 1,1 Mio. Privathaushalten, was ca. 1,93 Personen je Haushalt entspricht. Hiervon war mehr als jeder dritte Haushalt ein Einpersonenhaushalt (41 %). In 59 % aller Haushalte lebten zwei und mehr Personen. Die Entwicklung der vergangenen Jahre zeigt eine deutliche Entwicklung zugunsten der kleineren Haushalte. So nahm die Zahl der Mehrpersonenhaushalte mit Kindern von 2005 bis 2018 um über ein Viertel ab. Bei Haushalten mit mindestens vier Personen ist ein Rückgang um fast 23 % zu verzeichnen.

Anteil der Haushalte nach Haushaltsgröße in Thüringen 1998 und 2017



Quelle: TLS 2019

THÜRINGER DEMOGRAFIERATGEBER

IV. 6. Familie

Handlungsoptionen

- Entwicklung eines familienfreundlichen Leitbildes und entsprechende Kommunikation,
- Ausbau einer bedarfsgerechten sozialen Infrastruktur für das Zusammenleben der Generationen im Rahmen des Landesprogramms „Familie/ Solidarisches Zusammenleben der Generationen“,
- Schaffung einer integrierten, fachspezifischen Sozialplanung, die an den Bedarfen von Familien ausgerichtet ist,
- Schaffung von Partizipationsmöglichkeiten (z. B. Familiendialog, Beteiligungshaushalte, Bürgergutachten, Stadtteil-/Ortsteilkonferenzen),
- Etablierung bzw. Unterstützung Lokaler Bündnisse für Familie,
- Abschaffung von Barrieren im öffentlichen Raum und Verkehr, z. B. für Kinderwagen,
- Familienfreundliche Maßnahmen zur Unterstützung vor Ort, z. B. bei der Preisgestaltung der kommunalen Infrastruktur oder in Form von Familienpässen mit Vergünstigungen für kulturelle und sportliche Angebote,
- Veranstaltungen und Events für Familien (z. B. Familien- und Straßenfeste, Weihnachtsmarkt, Kirmes, Tag der Vereine usw.),
- Weiterentwicklung von Kindertagesstätten zu Thüringer Eltern-Kind-Zentren durch flexible, bedarfsgerechte Öffnungszeiten, eine neue Qualität der Arbeit mit Eltern und zusätzliche Angebote,
- Entwicklung einer familien- und pflegefreundlichen Arbeitswelt, z. B. durch Koordination einer angepassten Kinderbetreuung gemeinsam mit der regionalen Wirtschaft, kommunale Zeitpolitik, niedrigschwellige Pflegeberatung,
- Weiterentwicklung der verschiedenen Hilfeleistungen und Beratungsangebote für Familien,
- Schaffung von digitalen Informationssystemen und -plattformen für Familien (z. B. Internetportale, Apps),
- Unterstützungsangebote für ältere Menschen (z. B. Seniorenbegleitung, Pflegebegleitung, Nachbarschaftshilfen),
- Bereitstellung kostengünstiger Baugrundstücke oder Angebote der Wohnbauförderung für junge Familien durch die Zusammenarbeit von Kommunen und Partnern der Wohnungswirtschaft,
- Konzeptentwicklung für gemeinschaftsorientierte Wohnformen, Betreutes Wohnen zu Hause, Wohnen für Hilfe,
- Auf- und Ausbau von kommunalen Netzwerken in der Gesundheitsförderung durch die kommunalen Gesundheitsämter.

Beispiele

Jenaer Bündnis für Familie: Erarbeitung des Leitbildes „Jena – familienfreundliche Stadt“.

Mobile Beratung des Familienzentrums (Landkreis Nordhausen): In fünf Gemeinden des Südharzes werden mit dem mobilen Familienzentrum Eltern erreicht, die Unterstützung bei erzieherischen Problemlagen wie trotzende oder verhaltensauffällige Kinder oder Hilfe im Fall von Trennungen/Scheidungen benötigen.

Projekt „Dorfkümmerer“: Die Dorfkümmerer sind Ansprechpartner für die Bürger in allen Fragen des Alltags, z. B. wenn es bei älteren Menschen um Mobilität, Pflege oder den Umgang mit Behörden geht. Sie helfen beim Organisieren von Veranstaltungen und vernetzen die Angebote von Vereinen und Initiativen. Projekte hierzu starteten u. a. in den Landkreisen Kyffhäuserkreis, Altenburger Land und Unstrut-Hainich-Kreis.

Familienhebammen: Familienhebammen unterstützen und begleiten junge Familien bis zum Ende des ersten Lebensjahres des Kindes.

Familienpass (Erfurt): freiwillige Angebote und Gutscheine für Familien mit minderjährigen Kindern sowie Informationen über familienbezogene Unterstützungs- und Kontaktmöglichkeiten.

Familienlotsen (Kyffhäuserkreis): Zu den Aufgaben der Familienlotsen gehört es, individuelle und bedarfsgerechte Angebote für Familien zu entwickeln und vorzuhalten sowie über bestehende Familienfreizeit-, Familienbildungs- und Beratungsangebote der verschiedenen Träger zu informieren und deren Nutzung zu ermöglichen. Momentan sind Familienlotsen u. a. in Sondershausen, Bad Frankenhausen, Artern und Roßleben tätig.

Nationales Zentrum Frühe Hilfen (thüringenweit): Projekte und Maßnahmen zum Schutz von Kindern, z. B. Projekt „Helfende Hände“.

WEITERE INFORMATIONEN:

- Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie
- Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport
- Jugend- und Sozialämter sowie Gesundheitsämter der Landkreise und kreisfreien Städte
- Landesprogramm „Familie/Solidarisches Zusammenleben der Generationen“ (thüringenweit)
- Thüringer Eltern-Kind-Zentren
- Thüringer Initiative für Integration, Nachhaltigkeit, Kooperation und Aktivierung
- Lokale Bündnisse für Familien Thüringen
- Arbeitskreis Thüringer Familienorganisationen
- Thüringer Servicestelle Beruf und Familie der Thüringer Agentur für Fachkräftegewinnung
- Verband der Wirtschaft Thüringens e. V.
- Familienprofis Thüringen
- Familienportal des Bundesfamilienministeriums
- Landesvereinigung für Gesundheitsförderung Thüringen e. V. – AGETHUR
- Serviceagentur Demografischer Wandel

THÜRINGER DEMOGRAFIERATGEBER

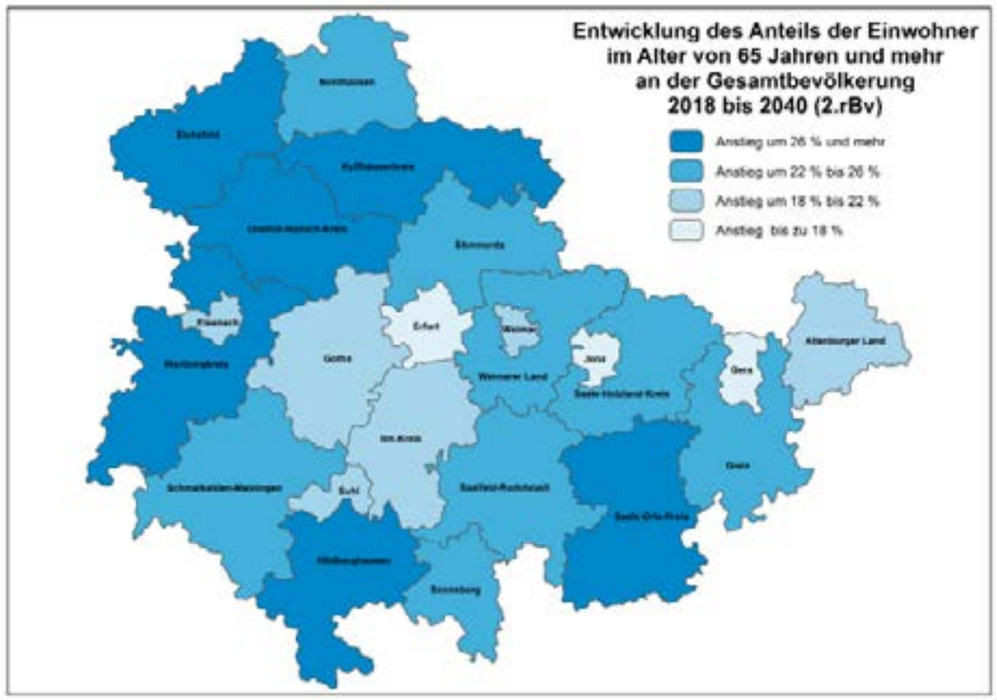
IV. 7. Senioren

Auch wenn nicht alle Kommunen gleichermaßen von zurückgehenden Einwohnerzahlen betroffen sind, so sehen sie sich doch flächendeckend einer veränderten Altersstruktur und damit einer beständig älter werdenden Bevölkerung gegenüber. Gerade in ländlich geprägten Regionen offenbaren sich die Veränderungen der Familienstrukturen in einer zunehmenden Anzahl allein lebender Seniorinnen und Senioren, deren Kinder berufsbedingt weggezogen sind.

Auswirkungen

Eine ältere Bevölkerung stellt andere Anforderungen an die Infrastrukturen vor Ort als eine überwiegend junge: Neben der barrierefreien Gestaltung des Zugangs zu öffentlichen Gebäuden bzw. des öffentlichen Raumes betrifft das auch Wohnungen. Zudem gilt, dass regelmäßig benötigte Einrichtungen auf kurzen Wegen und ohne größere Hindernisse erreichbar sein sollten. Mit der zunehmenden Änderung der Bevölkerungsstruktur insgesamt wird sich auch die Nachfrage nach sozialen und kulturellen Angeboten und Dienstleistungen ändern. Mobilität bedeutet für viele Seniorinnen und Senioren Selbstbestimmtheit. Auch wenn davon auszugehen ist, dass viele ältere Menschen lange selbstständig mobil sein werden, gilt es, öffentliche bzw. öffentlich gestützte und z. T. flexible Mobilitätsangebote bereit zu halten, vor allem dann, wenn der öffentlich bestellte Linienverkehr in starker Abhängigkeit zum Schülerverkehr steht.

Nicht zuletzt trägt die Gemeinschaft vor Ort maßgeblich zur Lebensqualität (nicht nur) der älteren Bevölkerung bei. Möglichkeiten der Mitbestimmung und Mitwirkung sowie ehrenamtlich engagierte Angebote zur Erleichterung des Alltags (z. B. Nachbarschaftshilfen) können hier wertvoll sein.



Quelle: TLS 2019

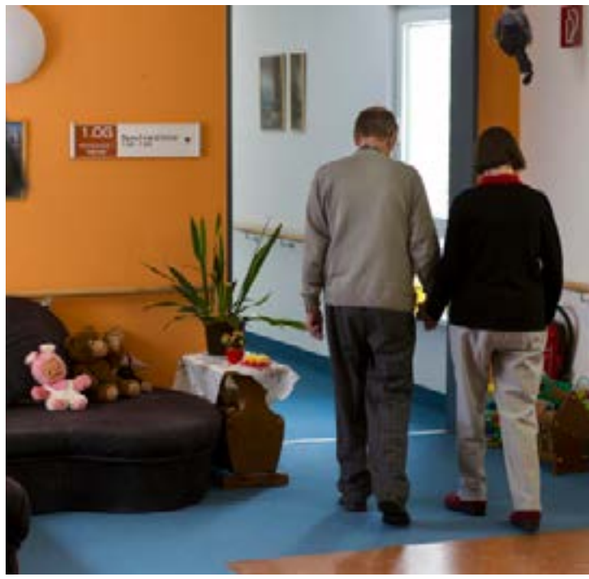
Kommunale Seniorenpolitik hat daher insbesondere folgende Kernaufgaben:

- Reduzierung von Barrieren im öffentlichen Raum zur Sicherung der Erreichbarkeit von Infrastrukturangeboten des täglichen und darüber hinausgehenden Bedarfs (z. B. Nahversorgung, medizinische Versorgung, soziale und kulturelle Einrichtungen),
- Förderung der Selbstbestimmung und des Erhalts der Selbstständigkeit,
- Erhalt von Mobilitätsangeboten,
- Initiierung und Unterstützung ehrenamtlich organisierter Angebote vor Ort.

Handlungsoptionen

- Erarbeitung und Fortschreibung einer seniorenpolitischen Strategie, die konkrete Bedarfe der Senioren vor Ort formuliert und mit den Bedürfnissen anderer Bevölkerungsgruppen sowie den finanziellen und organisatorischen Möglichkeiten der Kommune in Einklang bringt,
- Abbau von Barrieren im öffentlichen Raum,
- Hinwirken auf altersgerechtes Wohnen im öffentlichen und privaten Wohnungsbau,
- Bemühungen zum Erhalt der medizinischen und Nahversorgungsinfrastruktur, ggf. durch die Organisation oder Unterstützung mobiler Dienstleistungen,
- Ermöglichung und Unterstützung alternativer Transportangebote, soweit notwendige Erreichbarkeiten durch den ÖPNV nicht abgesichert werden können,
- Eröffnung von Mitwirkungsmöglichkeiten an der Gestaltung des Lebens in der Gemeinde (z. B. als Gemeinderatsmitglied, durch Generationenbeiräte),
- Entwicklung von Projekten und Maßnahmen der Gesundheitsförderung und der Prävention,
- Unterstützung und Aktivierung ehrenamtlichen Engagements und der Nachbarschaftshilfe,
- Initiierung und Begleitung von freiwilligen Großelterndiensten, bei denen Senioren als Oma- oder Opa-Ersatz tätig werden können.

Je nach Einwohnerzahl der Gemeinde sollte überlegt werden, ob Maßnahmen, deren Wirtschaftlichkeit eines gewissen Bevölkerungspotenzials bedarf, gemeinsam mit anderen Kommunen umgesetzt werden können.



IV. 7. Senioren

Beispiele

Kaufen + Klönen für Senioren (Rüthen, Nordrhein-Westfalen): Ehrenamtlicher Fahrdienst, der Senioren einmal pro Woche zum Supermarkt bringt; im Anschluss besteht bei Kaffee und Kuchen die Möglichkeit, mit anderen Teilnehmerinnen und Teilnehmern ins Gespräch zu kommen.

Mobiles Seniorenbüro (Hirschberg – Gefell – Tanna, Saale-Orla-Kreis): Unterstützung von Senioren und Beratung zu den Themen Gesundheit, Wohn- und Lebenssituation sowie beim Ausfüllen von Formularen.

Generationenbeirat Kleve: Beratung der Politik und Verwaltung über generationsübergreifende kommunale Themen und zugleich Interessenausgleich zwischen Jugendlichen und Senioren.

Projekt „Herbstzeitlose“ (Landkreis Saalfeld-Rudolstadt): Ausbildung und Einsatz in der ehrenamtlichen Seniorenbegleitung.

Mehrgenerationenhaus Radebeul (Sachsen): Im Projekt „Zeitgeschenk(t)“ engagieren sich ehrenamtliche Ältere für Familien oder treffen sich zu den verschiedenen Angeboten der Einrichtung.

App „LENe“ für Senioren (Rhein-Lahn-Kreis): Die auf die Bedürfnisse von Senioren zugeschnittene App soll ältere Menschen in Kontakt bringen, zu Begegnungen animieren und damit neue Netzwerke initiieren. In Form von regelmäßig durchgeführten App-Cafés werden potenzielle Nutzerinnen und Nutzer mit der Bedienung vertraut gemacht.

Seniorennetz Werra-Meissner: Das Seniorennetz bietet Unterstützung bei der Suche nach speziellen Angeboten für Senioren und koordiniert freiwilliges Engagement.

Senioren helfen Senioren (Suhl): Seniorengenossenschaft, bei der Senioren andere Senioren im Alltag, bei Fahrdiensten oder der Auslieferung von Essen unterstützen und dabei ein Guthaben für später ansparen.

Seniorenbüro Wartburgkreis: Anlauf- und Koordinierungsstelle für Angebote und Aktivitäten für Senioren.

Nachbarschaftshilfe „wi helpt di“ (Dötlingen, Niedersachsen): Ehrenamtliche Unterstützung für hilfsbedürftige Mitbürger bei Einkäufen, Arztbesuchen, durch Haushaltshilfe und gemeinschaftliche Aktivitäten.

Vorleseopa, Bürgerbus und Dorfkümmerin – Seniorenpolitik in Thüringen: Berichte aus der Praxis, TMASGFF

WEITERE INFORMATIONEN:

- Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (TMASGFF)
- TMASGFF (2019), Zweiter Thüringer Seniorenbericht
- Sozialämter der Landkreise und kreisfreien Städte
- Landesseniorenrat Thüringen
- Landesvereinigung für Gesundheitsförderung Thüringen e. V. – AGETHUR
- Thüringer Seniorenmitwirkungsgesetz
- Serviceportal „Zuhause im Alter“
- Serviceagentur Demografischer Wandel

IV. 8. Pflege

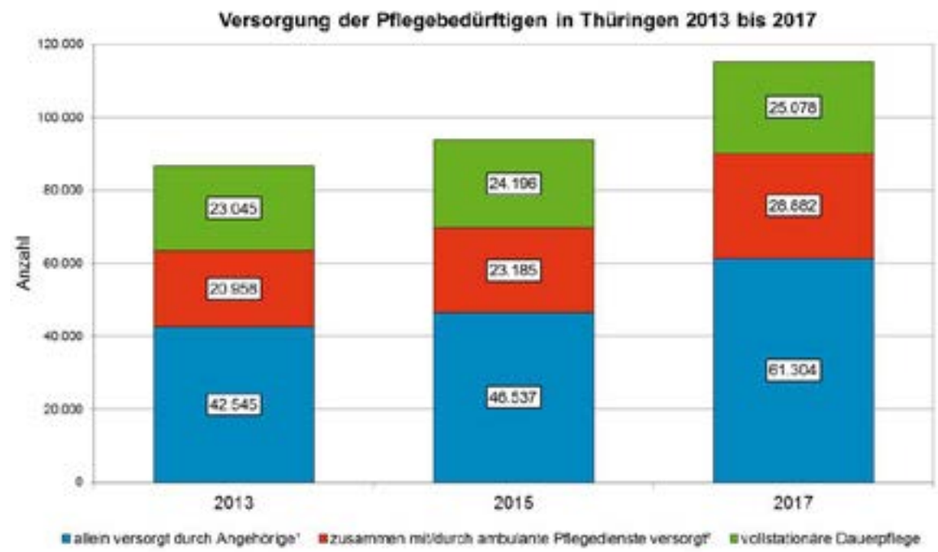
Die Veränderungen in der Altersstruktur der Bevölkerung führen im Zusammenhang mit einer steigenden Lebenserwartung zu einer Erhöhung der Zahl potenziell Pflegebedürftiger. Für Kommunen kommt es darauf an, die Altersstruktur im Blick zu haben und sich so vorausschauend mit der erforderlichen Infrastruktur und Angeboten für Dienstleister ebenso wie für pflegende Angehörige und (potenziell) Pflegebedürftige auseinanderzusetzen.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes nehmen jeden Monat rund 3,4 Millionen Menschen Leistungen der Pflegeversicherung in Anspruch. Fast 2,6 Millionen Leistungsempfänger benötigen ambulante Leistungen für eine Bewältigung ihres Alltags, während ca. 818.000 Menschen auf stationäre Pflege angewiesen sind (Stand: Ende 2017).[2]

Auswirkungen

Insbesondere Menschen, die in ihrer Mobilität oder ihren physischen Fähigkeiten eingeschränkt sind, brauchen mit zunehmendem Alter Unterstützung. Unabhängig vom Grad der Pflegebedürftigkeit ist es von zentraler Bedeutung, Angebote und Dienstleistungen vorzuhalten, die entsprechend unterstützend wirken und somit zugleich ein weitgehend selbstständiges und selbstbestimmtes Leben der Betroffenen ermöglichen. Auch Hilfen für pflegende Angehörige nehmen eine nicht zu unterschätzende Rolle ein. Gerade in ländlich geprägten, peripher gelegenen Regionen sind die Wege zu den erforderlichen Infrastrukturen oftmals überdurchschnittlich weit. Aber gerade ältere Menschen sind besonders standorttreu und werden nur dann umziehen, wenn es keine Alternative mehr gibt.

Aufgrund des Fortzugs vieler jüngerer Thüringerinnen und Thüringer fehlen hilfebedürftigen Eltern oftmals die Angehörigen vor Ort, die sie in ihrem Alltag und bei ihren Wegen unterstützen. Kommunen können diese Aufgabe im Einzelfall nicht übernehmen, aber dafür sorgen, dass entsprechende ehrenamtliche oder pflegerische Initiativen vor Ort entstehen, erhalten bleiben und ausgebaut werden.



¹ Entspricht den Empfängerinnen und Empfängern von ausschließlich Pflegegeld nach § 37 Abs. 1 SGB XI.
² Einschließlich der Empfängerinnen und Empfänger von Kombinationsleistungen nach § 38 Satz 1 SGB XI.
Quelle: Statistisches Bundesamt 2014, 2016, 2018, Pflegestatistik, TLS 2020

[2] Statistisches Bundesamt (2018): Pflegestatistik 2017

THÜRINGER DEMOGRAFIERATGEBER

IV. 8. Pflege

Faktencheck

Die Zahl der Pflegebedürftigen steigt in Thüringen seit Jahren kontinuierlich an. Im Dezember 2017 waren rd. 115.620 Menschen pflegebedürftig. Gemäß der aktuellen Pflegevorausberechnung des TLS wird bis 2040 ein weiterer Anstieg der Zahl der Pflegebedürftigen um 34.000 Personen erwartet.

Handlungsoptionen

- Ausbau der kommunalen Gesundheitsförderung und Prävention,
- Erhebung bzw. Schätzung des zukünftigen Pflegebedarfs in der Kommune,
- Zusammenarbeit mit Sozialpartnern, Unternehmen und Bürgern (z. B. in Bürgerforen),
- Erhebung und Ausbau der bestehenden Unterstützungsstrukturen für Betroffene und deren Angehörige in der Kommune/Region in Kooperation mit Anbietern und Verbänden,
- Sensibilisierung der Arbeitgeber vor Ort für die Bedarfe pflegender Angehöriger,
- Ermöglichung und Unterstützung für alternative, betreute Wohnformen und zur Wohnungsanpassung, um ein altersgerechtes Umfeld zu ermöglichen,
- Initiierung bezahlbarer, haushaltsnaher Dienstleistungen und Zusammenarbeit mit ambulanten Diensten,
- Ausbau von Freiwilligendiensten und Initiierung von ehrenamtlichen Helferkreisen oder Betreuungsgruppen, insbesondere im Bereich der niedrigschwelligen Pflege,
- Sensibilisierung für vermehrte Fachkräfteausbildung, Umschulung und Weiterbildung im Pflegebereich sowie zur Verbesserung des Ansehens der Pflegeberufe,
- Unterstützung pflegender Angehöriger.

Beispiele

Bürgerinitiative Stendal e. V. (Sachsen-Anhalt): Diese Initiative entwickelt ehrenamtlich getragene Angebote für ältere Menschen, darunter auch Angebote zur Kurzzeitpflege und Tagesbetreuung von Menschen mit Pflegebedarf. Daneben bietet sie Unterstützung im täglichen Leben oder bei der Betreuung und Versorgung von Angehörigen.

Qualifizierung zum Betrieblichen Pflegelotsen in Thüringen: Durch eine zweitägige Qualifizierung können sich interessierte Beschäftigte, Personalverantwortliche oder Mitarbeitervertreterinnen und -vertreter von Thüringer Unternehmen und Institutionen zum Betrieblichen Pflegelotsen ausbilden lassen. Mit der erlangten Zusatzqualifikation unterstützt der entsprechende Beschäftigte im Sinne einer Erstberatung Kolleginnen und Kollegen, die mit einer familiären Pflegesituation konfrontiert werden. Er informiert sie bei Fragen zum Themenkomplex Beruf und Pflege. Außerdem werden Wege zu Unterstützungs- und weiterführenden Informationsmöglichkeiten aufgezeigt.

Bielefelder Modell: Konzept der ambulanten Versorgung im Quartier, das in Kooperation mit verschiedenen Wohlfahrtsverbänden entwickelt wurde. Kern des Konzeptes sind ambulante Hauswirtschafts- und Pflegedienste, die direkt in Wohnanlagen integriert sind und dadurch eine Rund-um-die-Uhr-Bereitschaft für Pflegedienstleistungen garantieren.

Verein zur Förderung alternativer Senioren-Wohnprojekte – Zusammen-Wohnen e. V. (Weimar): Individuelles Wohnen mit sozialer, kultureller und bei Bedarf auch pflegerischer Betreuung durch ambulanten Pflegedienst.

Pflegestützpunkt Kyffhäuserkreis: Ratsuchende Bürgerinnen und Bürger können sich im Pflegestützpunkt individuell und umfangreich zu Betreuungs- und Versorgungsangeboten im Kyffhäuserkreis informieren.

Projekt „Dein Nachbar e. V.“ (München, Bayern): Aufbau eines sozialen Unterstützungsnetzwerks mit ehrenamtlich geschulten Helfern aus der Nachbarschaft; zielt vor allem auf ältere, hilfebedürftige Menschen ab, die in ihrer gewohnten Umgebung möglichst lang wohnen bleiben wollen, aber auch auf die Entlastung pflegender Angehöriger.

Lokale Allianzen für Menschen mit Demenz in Thüringen: Demenzerkrankten und ihren Angehörigen werden durch die Angebote der Helferkreise Unterstützungsmöglichkeiten, aber auch verschiedene Freizeitaktivitäten vor Ort aufgezeigt. Gesellschaftliche Aufklärung und Sensibilisierung soll durch die unterschiedlichen Projekte und Angebote vorangetrieben und die Inklusion der Betroffenen im Quartier befördert werden.

Netzwerk Pflegebegleiter in Thüringen: Pflegebegleitung ist ein ergänzendes Angebot zu bestehenden professionellen Unterstützungsleistungen, um pflegende Angehörige in der häuslichen Pflege zu stärken. Dazu stehen speziell qualifizierte Ehrenamtliche pflegenden Angehörigen als Pflegebegleiter zur Seite, die in schwierigen Alltagssituationen durch Anteilnahme, Reflexion und Orientierungshilfen unterstützen.

Wachkoma WG – Selbstbestimmtes Wohnen für Menschen im Wachkoma: CERES e. V. hat seine Arbeit in den letzten Jahren darauf konzentriert, vollständig selbst verantwortete Lebensgemeinschaften auch für Menschen im Wachkoma zu schaffen.

WEITERE INFORMATIONEN:

- Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (TMASGFF)
- Sozialämter der Landkreise und kreisfreien Städte
- Pflegeversicherungen
- Landesvereinigung für Gesundheitsförderung Thüringen e. V. – AGETHUR
- Thüringer Agentur für Fachkräftegewinnung/Thüringer Ehrenamtsstiftung – Qualifizierung zum Betrieblichen Pflegelotsen
- TMASGFF/TMIL (2018): Vereinbarkeit von Sorgearbeit und Beruf als Beitrag zur Sicherung des Fachkräftebedarfs – Familienfreundliches Thüringen
- KompetenzNetzwerk Demenz (Landkreis Bad Kissingen)
- Alzheimer Gesellschaft Thüringen e. V.
- Serviceagentur Demografischer Wandel

THÜRINGER DEMOGRAFIERATGEBER

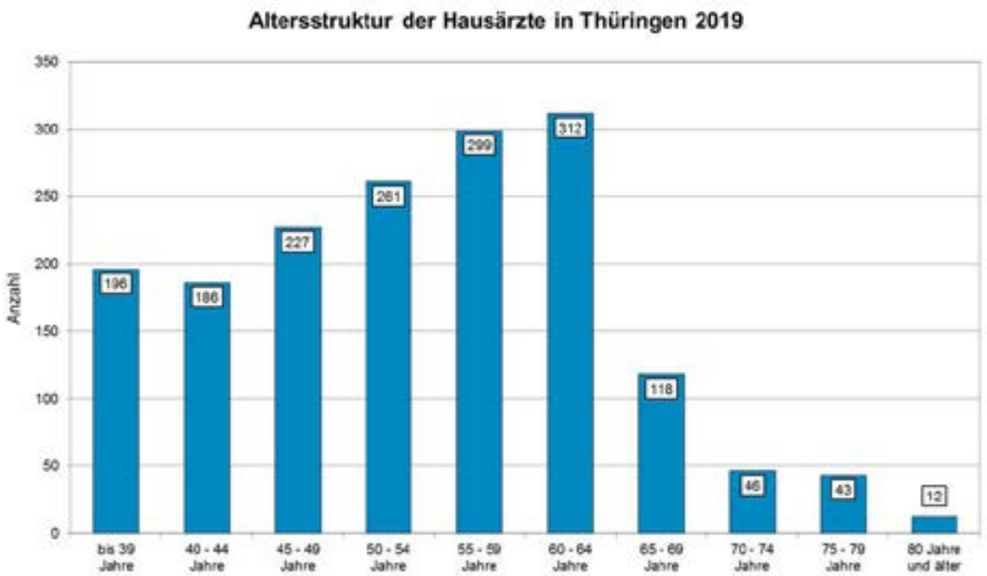
IV. 9. Medizinische Versorgung

Insbesondere die Alterung der Gesellschaft wird zu zahlenmäßig weniger, aber zugleich oftmals mehrfach erkrankten Patienten führen (Multimorbidität). Dies stellt die bestehenden medizinischen Kapazitäten vor große Herausforderungen, zumal es bereits heute in einigen, meist ländlich geprägten Regionen schwierig ist, frei werdende Arztpraxen erneut zu besetzen. Diese Situation wird sich in den kommenden Jahren auch aufgrund der Altersstruktur der Ärzte weiter verschärfen.

Auswirkungen

Untersuchungen der kassenärztlichen Vereinigungen belegen, dass die Anzahl der Arzt-Patienten-Kontakte mit zunehmendem Alter ansteigt. Gerade in jetzt schon dünner besiedelten Regionen wird aber in den nächsten Jahren die Anzahl potenzieller Patienten weiter zurückgehen. Für die Ärzte bedeutet dies ein räumlich wachsendes Versorgungsgebiet, für die Patienten weitere Wege. Längere Wege, höhere Arbeitsbelastung, fehlende berufliche Perspektiven für den Partner und zumindest in einigen Regionen unzureichende Freizeitangebote verhindern oftmals eine Niederlassung junger Ärzte in ländlichen Gebieten. Dort wird eine drohende Unterversorgung mit Haus- und Fachärzten als erstes sichtbar. Die Digitalisierung bietet hierbei für die Patientenversorgung in ländlichen Regionen große Chancen. Mithilfe telemedizinischer Leistungen können insbesondere immobile Patienten unterstützt, aber auch zeitraubende Fahrten für ärztliches Personal vermieden werden. Telemedizin ermöglicht es, eine hohe Qualität der medizinischen Versorgung auch in dünn besiedelten Gebieten sicherzustellen.

Mit der Veränderung der Altersstruktur wird sich auch die Nachfrage nach einzelnen medizinischen Fachrichtungen verschieben. So wird voraussichtlich der medizinische Versorgungsbedarf für alterstypische Erkrankungen (z. B. Diabetes) sowie für Leistungen durch Orthopäden, Augenärzte oder Urologen zunehmen, während möglicherweise weniger Kinderärzte benötigt werden.



Quelle: Kassenärztliche Vereinigung Thüringen, Versorgungsbericht 2019

Handlungsoptionen

- Unterstützung der Kommune bei der Gründung von medizinischen Versorgungszentren, Eigeneinrichtungen der kassenärztlichen Vereinigungen oder mobiler Gesundheitsangebote,
- Ausrichtung des ÖPNV bzw. sich anschließender Mobilitätsketten auf Einrichtungen der medizinischen Versorgung,
- Regionale Bemühungen bei Ärzteanwerbung und -ansiedlung (z. B. in Ärztefachblättern),
- Unterstützung der ansiedlungswilligen Mediziner bei der Wohnungssuche, der Jobsuche des Partners sowie bei der Kinderbetreuung, Bereitstellung kommunaler Vergünstigungen, soweit möglich Unterstützung bei der Einrichtung der Praxisräume,
- Konzentration von Fachärzten in gut erreichbaren zentralen Orten,
- Einrichtung von Apotheken-Briefkästen zur erleichterten Abgabe von Rezepten, Unterstützung von Zweigpraxen (soweit möglich ggf. in kommunalen Räumen),
- Überregionale Beschäftigung von Gemeindeschwestern,
- Anwerbung ausländischer Ärzte und Hilfe bei der Einwanderung mit Niederlassungsbereitschaft,
- Einsatz telemedizinischer Lösungen z. B. bei der Versorgung in Notfällen, der Optimierung der Rettungskette, der Vernetzung von Rettungsleitstellen sowie der Durchführung von Online-Sprechstunden.

Beispiele

TeleArzt in Thüringen: Initiative zur Ausstattung von nichtärztlichen Praxisassistentinnen und -assistenten, die mithilfe eines Telemedizin-Rucksacks Hausbesuche bei Patienten für den Arzt übernehmen und Gesundheitsdaten direkt in die Praxis übermitteln.

Stiftung zur Förderung ambulanter ärztlicher Versorgung im Freistaat Thüringen: Sie hat u. a. den Zweck, durch das Thüringen-Stipendium junge Ärzte an den Freistaat zu binden.

Ärztescout des Universitätsklinikums Jena: Projekt zur Nachwuchsgewinnung in der ambulanten medizinischen Versorgung; Ärztescout dient als zentraler Ansprechpartner zu allen Fragen der ambulanten Medizin und bietet (angehenden) Ärzten Informationen zu Förder- und Unterstützungsmöglichkeiten auf dem Weg in die Niederlassung.

Familienhebammenprojekt: Hebammen begleiten Familien bis zum 1. Geburtstag des Kindes.

Ärztenetz Südbrandenburg: Sicherung der medizinischen Versorgung durch Kooperation und Vernetzung in ländlichen Gebieten.

Medibus Hessen: mobile Hausarztpraxis der Kassenärztlichen Vereinigung Hessen, die nach festgelegtem Fahrplan verschiedene Gemeinden anfährt.

Mobile Zahnarztpraxis von Dr. Kerstin Finger (Uckermark, Brandenburg)

Landambulatorium Börde in Hohenwarsleben (Sachsen-Anhalt): Medizinisches Versorgungszentrum in ländlicher Region mit festen Öffnungszeiten, jedoch wechselnden Fachärzten.

IV. 9. Medizinische Versorgung

Gesundheitszentrum Schladen (Niedersachsen): Um die ärztliche Versorgung in Schladen langfristig zu sichern, gründeten 2008 drei Haus- und sechs Fachärzte aus der nahegelegenen Stadt Wolfenbüttel die Ärztegemeinschaft Schladen. In diesem Filialpraxismodell praktizieren die Ärzte nach einem festgelegten Stundenplan in der Woche.

Landengel e. V. (Region Seltenrain, Unstrut-Hainich-Kreis): Etablierung eines Gesundheits-, Pflege- und Versorgungsnetzwerks – Aufbau eines Landambulatoriums mit wichtigen Dienstleistern unter einem Dach und mehreren dezentralen Gesundheitskiosken.

Büsumer Gemeindepraxis (Schleswig-Holstein): Pilotprojekt der Gemeinde Büsum zur Kommunalisierung der Ärzteversorgung.

Projekt LandRetter (Landkreis Vorpommern-Greifswald, Mecklenburg-Vorpommern): Unter Leitung des Eigenbetriebs Rettungsdienst hat der Landkreis ein aus vier Säulen bestehendes Konzept zur Sicherung der notfallmedizinischen Versorgung in der dünnbesiedelten Region eingeführt.

WEITERE INFORMATIONEN:

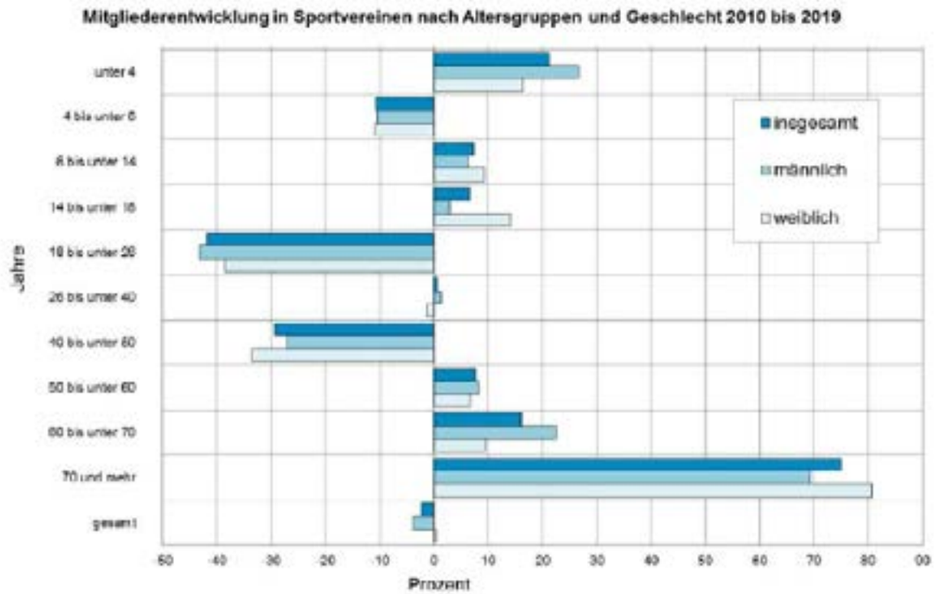
- Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie
- Kassenärztliche Vereinigung Thüringen
- Gesundheitsämter der Landkreise und kreisfreien Städte
- Serviceagentur Demografischer Wandel

IV. 10. Sport

Der demografische Wandel und die Individualisierung des Sporttreibens sind insbesondere bei den Mitgliederzahlen der Sportvereine und der Auslastung kommunaler Sportstätten spürbar. Angesichts der Altersentwicklung der Gesellschaft kommt dem Sport und damit auch den Sportvereinen eine Schlüsselrolle bei der Gesundheitsvorsorge, dem Streben nach Fitness und dem Erhalt der Selbstständigkeit bis ins hohe Alter zu. Weiterhin prägen aktive Vereine die Attraktivität von Kommunen und gestalten das gesellschaftliche Leben maßgeblich mit.
In Folge der sich verändernden Altersstruktur der Sportler wandelt sich auch die Nachfrage. Zuwächse sind besonders bei den Fitness- und Rehabilitationsangeboten, deren Beiträge teilweise durch die Krankenkassen getragen werden, zu verzeichnen.

Auswirkungen auf die Vereine

Die anhaltende Abnahme der Kinderzahl wird perspektivisch zu einem Rückgang der Vereinsmitglieder im Kinder- und Jugendbereich führen. Bei den unter Vierjährigen wurde 2019 ein Zuwachs registriert. Während die Mitgliederzahlen in Vereinen bei den Vier- bis Sechsjährigen rückläufig sind, nahm das organisierte Sportinteresse in den Altersklassen 6 – 18 Jahre zu. Ein starker Rückgang ist in der Altersgruppe 18 – 26 Jahre zu verzeichnen, der demografische und berufliche Gründe hat.
Bei der älteren Bevölkerung bietet sich den Sportvereinen durch die Schaffung geeigneter Angebote hingegen erhebliches Potenzial, neue Mitglieder zu gewinnen. Dieses wurde in den letzten zehn Jahren verstärkt genutzt und führte zu erheblichen Mitgliedersteigerungen in den Altersklassen über 50 Jahre, besonders der agilen Rentner über 70 Jahre. Dabei sind Frauen aktiver als Männer. Oft werden die Sportvereine auch als Kommunikationszentren genutzt.
Durch die demografische Entwicklung werden die Sportvereine somit noch mehr als bisher gefordert, ihre Strukturen den sich wandelnden Bedürfnissen der Bürger anzupassen. Zugleich stehen Vereine jedoch auch vor der Herausforderung, ihre Angebotsvielfalt zu erhalten bzw. zu erweitern. Denn die zunehmende Flexibilität und Mobilität in der modernen Arbeitswelt erschweren die Gewinnung ehrenamtlicher Trainer sowie Betreuer und damit die Gewährleistung eines attraktiven Angebots.



Quelle: Thüringer Online-Sozialstrukturatlas 2019

THÜRINGER DEMOGRAFIERATGEBER

IV. 10. Sport

Handlungsoptionen

- Nachfrageorientierte Angebotsgestaltung: Gesundheit als Zukunftschance, Erarbeitung entsprechender gesundheitsorientierter Angebote,
- Erhöhung der Organisationsgrade und Erschließung weiterer Zielgruppen, z. B. Zugezogene, bildungsferne Schichten oder Menschen mit Migrationshintergrund,
- Sportvereine und -veranstaltungen als generationsübergreifende und multikulturelle Zentren entwickeln, die auch Kommunikationsmöglichkeiten bieten,
- bedarfsgerechte Neuausrichtung und Weiterbildung bzw. Qualifikation des ehrenamtlichen Engagements als tragende Säule im Sport,
- Kooperationen zwischen Sportvereinen und Partnern wie Kommunen, Krankenkassen, Krankenhäusern, Ärzten, sozialen und kirchlichen Einrichtungen usw. zur Ansprache sozial schwacher und älterer Menschen,
- Kooperation mit Schulen: Anpassung des Sportangebots der Vereine im Zuge der zunehmenden Nachmittagsbetreuung, Ansprache von Kindern, Entwicklung gemeinsamer Sportangebote und Vermeidung von Parallelstrukturen,
- Kooperation mit Unternehmen: Entwicklung von Modellen zur betrieblichen Gesundheitsförderung,
- Kooperation zwischen Vereinen: Vereinsübergreifende Zusammenarbeit zur Erhaltung von Mannschaftsstärken, Abstimmung des Kursangebots, Entwicklung neuer Sportangebote, gemeinsames Marketing und Nachwuchsgewinnung.

WEITERE INFORMATIONEN:

- Landessportbund Thüringen e. V.
- Sportverein 2020 – Perspektiven entwickeln. Zukunft sichern. Die einzigartige Initiative für Sportvereine in der Metropolregion Rhein-Neckar zur Bewältigung demografischer Herausforderungen der Zukunft.
- Serviceagentur Demografischer Wandel

Beispiele

„Spirit of Football e. V.“ (Erfurt) begreift den Fußballsport als Mittel, interkulturelle und gesellschaftliche Grenzen zu überwinden. Als Bildungsträger werden mit Hilfe der „Weltsprache Fußball“ Themen des interkulturellen und globalen Lernens an Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene vermittelt.

Spin – Sport interkulturell (Nordrhein-Westfalen) fördert Integrationsprozesse von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in und durch den Sport im Ruhrgebiet.

Auswirkungen auf Sportstätten

Die Mehrzahl der Sportstätten befindet sich in kommunalem Eigentum. Nicht nur der hohe Sanierungsbedarf vieler Sportstätten, sondern auch die Abnahme potenzieller Nutzer und die veränderten Nachfragestrukturen erfordern daher vorausschauende und durchdachte Lösungen seitens der Kommunalplanung. Vor Investitionsentscheidungen sollte stets eine fundierte Analyse der lokalen Strukturen und der bevorstehenden Nachfrageentwicklung erfolgen. Gerade durch die kleinräumig differenzierte Einwohnerentwicklung ergeben sich bisweilen gänzlich neue Bewertungen für Sportstätten. Neben einer vorausschauenden und bedarfsgerechten Angebotsgestaltung bestehen auch in neuen Organisationsstrukturen, Betreiberkonzepten oder Kooperationen gute Ansätze, die kommunale Sportentwicklung nachhaltig an die Zukunft anzupassen.

Handlungsoptionen

- Multifunktionale Gestaltung von Um- und Neubauten im Sportstättenbereich, um die Nutzung der Räumlichkeiten für möglichst viele Gruppen zu ermöglichen,
- Kooperation und Abstimmung mit privaten Anbietern (z. B. Fitnessstudios, Physiotherapien),
- Kooperationen zwischen Vereinen oder mit anderen Institutionen zur Erhöhung der Auslastung einzelner Sportstätten und zur Erleichterung des wirtschaftlichen Betriebs,
- Beteiligung von Vereinen an der Unterhaltung von Sportstätten (z. B. Nutzungsgebühren, Patenschaften für die Pflege der Sportanlagen).

WEITERE INFORMATIONEN:

- Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport – 5. Thüringer Sportbericht
- Landessportbund Thüringen e. V., Beratungsstellen
- Serviceagentur Demografischer Wandel

Beispiele

Förderung des vereinseigenen Sportstättenbaus

Umnutzung/Umwidmung sportfremder Einrichtungen in zentralen Lagen zur Entwicklung von Sportangeboten, die geringere Anforderungen an die Räumlichkeiten stellen; gute Beispiele sind die Sportstätten des TVG Holsterhausen 1893 in Essen.

Umsetzung des novellierten Thüringer Sportfördergesetzes: Erstellung bzw. Fortschreibung von Sportstättenentwicklungsplanungen durch kommunale Akteure (Gemeinden, Landkreise/kreisfreie Städte), um Gesamtbedarf an Sport- und Spielanlagen abzuschätzen und die Strukturen des kommunalen Sportangebots zukunftsfest zu gestalten.

THÜRINGER DEMOGRAFIERATGEBER

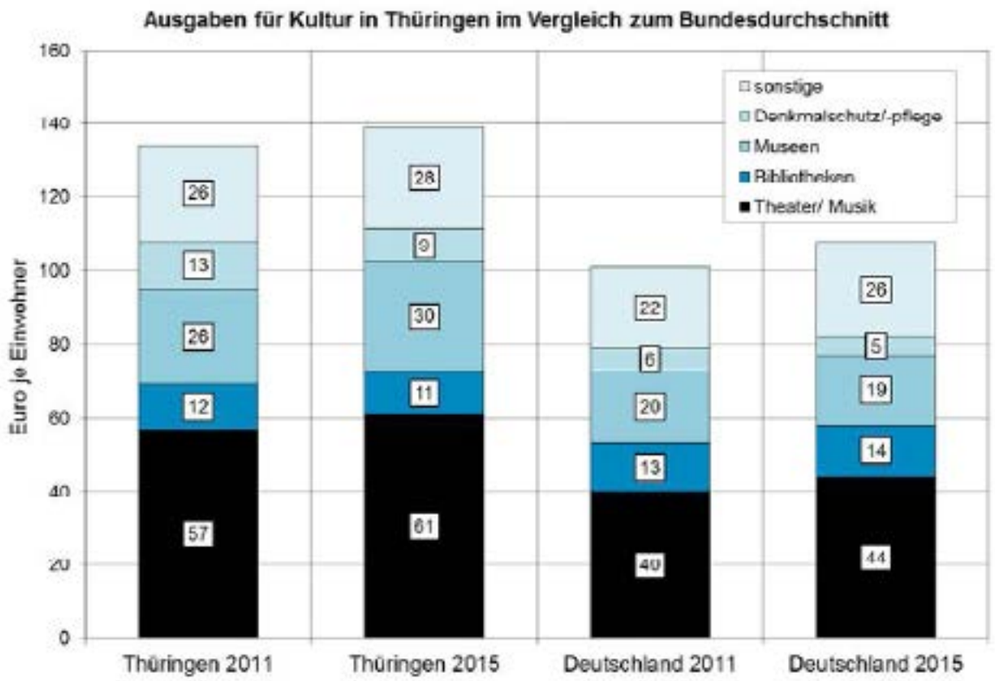
IV. 11. Kultur

Thüringen verfügt historisch bedingt über ein einzigartiges, landesweit dichtes Netz an vielfältigen kulturellen Einrichtungen und Angeboten. Als Gemeinschaftsaufgabe von Kommunen und Land wird die Erhaltung der kulturellen Landschaft Thüringens gesichert und durch das wertvolle bürgerschaftliche Engagement zahlreicher Bürgerinnen und Bürger sowie zunehmend durch privates Sponsoring ergänzt.

Diese Vielfalt hat ihren Preis. Thüringen zählte bundesweit mit knapp 139 Euro je Einwohner und 301 Millionen Euro insgesamt im Jahr 2015 zu den Bundesländern mit den höchsten Kulturausgaben pro Kopf der Bevölkerung. Im Bundesdurchschnitt beliefen sich die Kulturausgaben der Länder (jeweils einschließlich Gemeinden und Zweckverbänden) auf rund 108 Euro je Einwohner. Der mit 133 Millionen Euro größte Anteil davon wurde in Thüringen für Theater und Musik bereitgestellt (61,14 Euro/Einwohner). *(Quelle: Kulturfinanzbericht 2018, Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Dez. 2018).*

Auswirkungen

Eine alternde und insgesamt weniger, jedoch in ihren Lebenslagen differenzierter werdende Bevölkerung hat Folgen für die inhaltliche und quantitative Nachfrage nach kulturellen Angeboten. Die Bevölkerungsentwicklung wirkt dabei doppelt negativ auf die für den Kulturbereich öffentlichen Mittel: Zum einen werden öffentliche Gelder weniger, zugleich droht eine Bevölkerungsabnahme zu sinkenden Besucherzahlen bei den kulturellen Einrichtungen zu führen. Gleichzeitig ändert sich das Nachfrageverhalten. Aus diesen Gründen bedarf es im Freistaat verstärkter Bemühungen, die Anreize für private Kulturfinanzierung zu erhöhen sowie das bürgerschaftliche Engagement und die Selbstorganisation der Einrichtungen zu stärken. Gerade für Unternehmen ist ein attraktives regionales Kulturangebot beispielsweise ein wichtiger „weicher" Standortfaktor im Kontext der Fachkräftegewinnung sowie hinsichtlich des ehrenamtlichen Engagements der Zugezogenen. Ein wichtiges Standbein der Kulturbetriebe ist die Aktivierung älterer, agiler Menschen zum ehrenamtlichen Einsatz in der Kulturszene.



Quelle: Kulturfinanzbericht 2014, 2018

Ein publikumsorientiertes Kulturangebot wird die spezifischen Bedürfnisse der älteren Generation stärker berücksichtigen müssen. Bestehende Angebote stehen vor der Herausforderung, ob und wie sie ihre Leistungen einer sich verändernden Zielgruppe anpassen können. Die Mehrheit der heutigen Senioren ist fitter, engagierter und vielseitiger interessiert als die Generationen vor ihnen. Sie wollen nicht passiv unterhalten werden, sondern aktiv mittun.

Daneben wird aber auch die Zahl der hochbetagten Kulturinteressierten zunehmen, die vermehrt medienvermittelte und mobile Angebote nachfragen werden. Zugleich ist darauf zu achten, die Kulturarbeit und -bildung mit Kindern und Jugendlichen nicht zu vernachlässigen. Dazu kann eine Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Schulen, Kindergärten und kulturellen Einrichtungen oder Künstlern beitragen. Altersübergreifende und interkulturelle Angebote können Generationen verbinden und Migranten die Integration erleichtern. Die Akteure der Kultur stehen somit vor der Herausforderung und Chance, ihre Angebote weg von der Bedarfs- und hin zur Potenzialkultur weiter zu entwickeln.

Handlungsoptionen

- Zielgruppen- und publikumsorientierte Angebotserstellung,
- Überregionale Zusammenarbeit bestehender Kunst- und Kulturangebote, z. B. durch
  - Räumliche Neuorganisation der kulturellen Infrastruktur,
  - Zusammenlegung oder Schließung von Einrichtungen,
  - Aufgabenmodifizierung,
  - Kooperation und Bildung von übergreifenden Finanzierungsverbänden,
  - Bildung von Zusammenschlüssen und Bündnissen,
  - Mehrfachnutzung von spartenübergreifenden Kulturstätten,
- Mobile Angebote, z. B. für Kinder und Jugendliche, die abseits der größeren Städte leben, oder für hochbetagte Kulturinteressierte mit Mobilitätseinschränkungen,
- Ausbau des multikulturellen Angebotes, auch „Mitmach-Veranstaltungen",
- Gezielte Marketing- und Kundenbindungsmaßnahmen, z. B. Abonnements, Theaterbusse,
- Förderung und Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements bei der Angebotserstellung,
- Einbindung von Vereinen und zivilgesellschaftlichen Initiativen,
- Verstärkte Gewinnung privater Förderer und Sponsoren (Mäzenatentum, Kulturförderung von Unternehmen),
- Gemeinsame Finanzierungsmodelle zwischen öffentlichen und privaten Anbietern.

IV. 11. Kultur

Beispiele

Kulturfabrik Apolda: Die Kulturfabrik Apolda gehört zu den Pionieren der kulturellen Umnutzung und Wiederbelebung von ehemaligen Produktionsstätten. In dem für die Firma Karl Köcher Woll- und Strickwaren 1921 gebauten Haus wurden ab 2012 Ateliers und Büros eingerichtet und drei große, helle Hallen für Ausstellungen und Veranstaltungen genutzt.

Musikmobil, Landesmusikakademie Sondershausen: Mobiles Projekt zur Teilhabe an Angeboten der Musikerziehung in ländlichen Gebieten.

Museumsbus Schwalm-Aue (Hessen): Direkter Transport zu geschichtlichen und kulturellen Lernorten.

Ehrenamtliche Gemeindebibliothek Eckstedt (Landkreis Sömmerda)

Zweckverband Musikschule „Johann Nepomuk Hummel e. V.“: Gemeinsam betrieben von der Stadt Weimar und dem Landkreis Weimarer Land.

„Kunsthof Friedrichsrode“ (Kyffhäuserkreis): beherbergt ein Thüringer Schullandheim, ist kulturelle Bildungsstätte und organisiert Kunstveranstaltungen unterschiedlichster Art.

Die MachBar (Schleswig-Holstein) bietet Projekte zum Mitmachen in unterschiedlichen Kunstrichtungen.

Empfehlungen zur Kultur in ländlichen Regionen

WEITERE INFORMATIONEN:

- Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport
- Thüringer Staatskanzlei (TSK), Abteilung Kultur und Kunst
- Kulturstiftung des Bundes
- TSK, Museumsperspektive 2025/Handlungsempfehlungen zur Museumsentwicklung
- TSK, Perspektive 2025 – Sicherung und Fortentwicklung der Thüringer Theaterlandschaft
- Serviceagentur Demografischer Wandel

IV. 12. Nahversorgung

Nahversorgung mit Waren des täglichen Bedarfs sowie Finanzdienstleistungen gehören zur Erfüllung der Grundbedürfnisse eines funktionierenden Gemeinwesens. Diese Aufgaben zählen jedoch nicht zum Kern der öffentlichen Daseinsvorsorge. Ihre Verteilung in der Fläche ist somit nicht gesetzlich verankert, sondern wird durch das Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage geregelt. Dabei ist seit Jahrzehnten zu beobachten, dass sich Versorgungseinrichtungen für Güter und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs aus den ländlichen Gebieten zurückziehen. Während das Bäcker- und Fleischerhandwerk noch in vielen kleinen Kommunen vorhanden ist, konzentriert sich der großflächige Einzelhandel vorwiegend in bzw. um die Zentralen Orte.

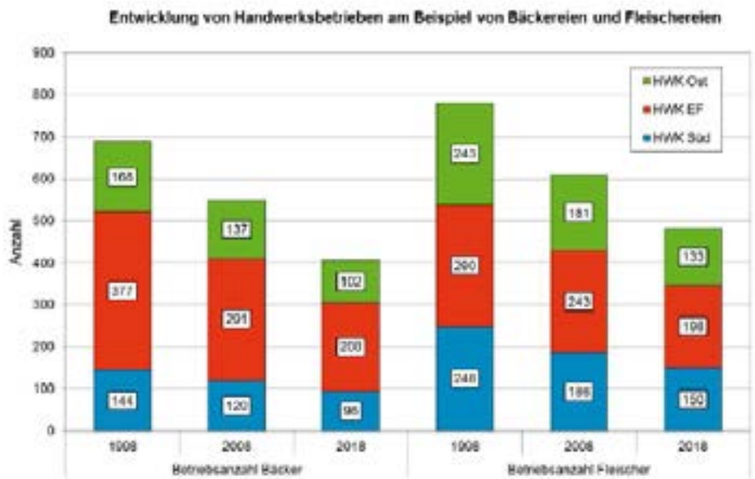
Da nicht in allen Gemeinden derartige Einrichtungen zur Verfügung gestellt werden können, ist eine gute Erreichbarkeit der Grundversorgung mit Lebensmitteln sowie Waren und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs für viele Bürger ein Maß für eine auskömmliche Lebensqualität. Gerade in ländlichen Regionen erfüllen Lebensmittelgeschäfte nicht einfach nur Versorgungsaufgaben, sondern sind zugleich örtliche Treffpunkte und bieten somit Raum für Kommunikation und soziales Miteinander.

Für ihre wirtschaftliche Rentabilität benötigen Nahversorger, aber auch Dienstleister wie Banken, jedoch ein bestimmtes Mindestmaß an Einwohner- und Umsatzpotenzial, das gerade im kleinteilig, ländlich geprägten Thüringen in vielen Gemeinden und Dörfern inzwischen nicht mehr gegeben ist. Insbesondere im Einzelhandel sorgen zudem der anhaltende Konzentrationsprozess, der zunehmende Internethandel sowie gestiegene Ansprüche an Preis und Auswahl als auch eine höhere Mobilität der Verbraucher dafür, dass kleinere Händler im Wettbewerb nicht bestehen können.

Auswirkungen

Mit abnehmender Bevölkerung und Kaufkraft ziehen sich insbesondere filialisierte Händler und Dienstleister aus kleineren Orten zurück. Dort wird die stationäre Grundversorgung heute noch durch lokal verwurzelte Selbstständige oder das Lebensmittelhandwerk aufrechterhalten. Fachkräftemangel und fehlende Auszubildende erschweren die Situation. Spätestens zum Zeitpunkt der altersbedingten Betriebsaufgabe drohen Probleme bei der Nachfolgefindung. So sind derzeit beispielsweise von 15.000 Mitgliedsbetrieben der Handwerkskammer Erfurt mehr als ein Drittel der Inhaber über 55 Jahre alt.

Besonders deutlich ist dies im Bäcker- und Fleischerhandwerk zu spüren, deren Betriebszahlen in den letzten 20 Jahren stark zurückgegangen sind (siehe Abbildung). Für die Gemeinden bedeutet diese Entwicklung spürbare Einbußen an Attraktivität für ihre Bürger, da neben der Versorgungsfunktion auch kommunikative und soziale Funktionen im Ort wegfallen. Besonders betroffen davon ist insbesondere die nicht-automobile Bevölkerung.



Quelle: Handwerkskammer Erfurt 2019

THÜRINGER DEMOGRAFIERATGEBER

IV. 12. Nahversorgung

Handlungsoptionen

- Multifunktionale und dienstleistungsorientierte Nahversorgung zur Erhöhung der Nutzerzahlen und Reduzierung der Wege, etwa durch räumliche Konzentration von Nahversorgung und sozialem Treffpunkt, z. B. bei Dorfgemeinschaftshäusern,
- Öffentlich-private Modelle, z. B. Anschubfinanzierung für Planung und bauliche Maßnahmen durch Kommune mit der Option der Übernahme durch Selbständige (ähnlich wie bei der Einrichtung von Arztpraxen), Bürgerinitiative, Verein oder Sozialträger (Professionalisierung des Betreibers notwendig),
- Genossenschaftliche Modelle (Professionalisierung des Betreibers notwendig),
- Optimierung der Erreichbarkeit (Abstimmung mit ÖPNV, Betrieb von Bürgermobilen),
- Vernetzung und zeitliche Abstimmung mobiler Einzelhändler (rollender Bäcker, rollender Fleischer, rollender Supermarkt), z. B. Organisation kleiner „Markttage“ an zentralen Anlaufstellen wie etwa Dorfgemeinschaftshäusern,
- Ambulanter Handel bis vor die Haustür mit Bestell- und Bringedienst,
- Integrationsmärkte mit „beeinträchtigten Menschen“ (staatliche Förderung),
- Direktvermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse und Hofläden,
- Einkauf im Container,
- Selbstbedienungsautomaten,
- Bürgerschaftliches Engagement, Nachbarschaftshilfe (Fahrgemeinschaften, Übernahme von Einkäufen oder Fahrten für Dritte),
- Mobile Dienstleistungsangebote (z. B. rollende Bankfilialen),
- Internetbasierte Lösungen (E-Commerce, E-Government).

Beispiele

Ballstädt (Landkreis Gotha): Der 2015 in Ballstädt eröffnete Neue Dorfladen – der damals erste dieser Art in Thüringen – verzeichnet eine Erfolgsgeschichte, welche zum Nachahmen einlädt. Geführt wird er von einer Bürgergenossenschaft mit ca. 45 Mitgliedern. Der Neue Konsum vereint den Verkauf von Lebensmitteln und Getränken mit Kaffee- und Imbissangebot sowie Lottoannahme- und Poststelle. Eine kleine Sitzecke lädt zur Kommunikation ein.

CAP-Markt Paffrath (Nordrhein-Westfalen): Caritasverband für den Rheinisch-Bergischen Kreis e. V.
In vielen ländlichen Kommunen, wie z. B. in Paffrath, füllen CAP-Markt-Einzelhandelsunternehmen eine Lücke in der Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs. Durch dieses Projekt, in welchem behinderte mit nicht behinderten Menschen zusammenarbeiten, wurden Versorgungslücken für diejenigen Einwohnerinnen und Einwohner unterschiedlichen Alters, die mangels Führerschein bzw. Auto oder wegen gesundheitlicher Einschränkungen auf eine wohnortnahe Versorgung angewiesen sind, geschlossen. Der CAP-Markt sieht sich gleichzeitig als „Lebensmittel-Punkt“ und als „Lebens-Mittelpunkt“.

Große Emma (Zabeltitz, Landkreis Meißen): Seit 2014 betreibt die Sparkasse Meißen gemeinsam mit Nahversorgern, Getränkemarkt, Friseursalon, Diakonie und Paketshop das Pilotprojekt eines Multifunktionshauses im 1.000 Einwohner zählenden Zabeltitz. Die Räume werden gemeinsam genutzt. Dadurch gestalten sich die Betriebskosten je Nutzer moderat.

Tante Emmas Enkel – Nahversorgung und Begegnung im Werra-Meißner-Kreis (Hessen): Das Modellvorhaben im Wettbewerb „Region schafft Zukunft“ hat das Ziel, die Nahversorgung in ländlichen Gebieten mit wirtschaftlichen Strukturen zu stärken.

Multifunktionaler Marktplatz für Produkte, Dienstleistungen und Informationen – Sicherung der Nahversorgung, Förderung der dörflichen Gemeinschaft und Schaffung von Arbeitsplätzen in Schleswig-Holstein.

Dorfladen Langenfeld (Bayern) – „Gemeinsam statt einsam“: Versorgung im eigenen Ort, die über den Bedarf der Grundversorgung hinausgeht; mit integriertem Hol- und Bringeservice; Projekt aus dem Wettbewerb 2016 „Menschen und Erfolge“.

Das Projekt „Initiierung neuer Nahversorgungsstrukturen“ des Landkreises Würzburg soll zu neuen Wegen auch landkreis- und bundeslandübergreifender Nahversorgungsstrukturen anregen.

Der Dorfladen in Bayern: Leitfaden für Gründung und Betrieb eines Dorfladens zur Sicherung der wohnortnahen Versorgung mit Lebensmitteln und Gütern des täglichen Bedarfs.

Mobile Versorgung mit Lebensmitteln: Lemke’s rollender Supermarkt in Südniedersachsen, Nordthüringen und Nordhessen.

Projekt „Physische und digitale Erreichbarkeit von Finanzdienstleistungen“ bietet alternative Lösungen zum Rückbau. (Prof. Dr. Alexander Conrad, Hochschule für nachhaltige Entwicklung, Eberswalde)

KombiBus (Uckermark, Brandenburg): Kombination des Fahrtenangebots im Linienverkehr mit verschiedenen Serviceleistungen (Post, Kurierdienst, Logistik) zur Versorgung der Bevölkerung und Sicherung der Wirtschaftlichkeit der einzelnen Dienstleistungen.

TZG Ernstroda GmbH (Landkreis Gotha): mobiler Verkaufswagen für Fleisch- und Wurstwaren.

WEITERE INFORMATIONEN:

- Handelsverband Thüringen – Der Einzelhandel e. V.
- Handwerkskammer Erfurt
- Dorfladen-Netzwerk, Bundesvereinigung multifunktionaler Dorfläden
- Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft (2018), Einzelhandelstagung Thüringen 2018 – Veranstaltungsdokumentation
- Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (2018), Langfristige Sicherung von Versorgung und Mobilität in ländlichen Räumen, Sicherung von Versorgung und Mobilität
- GMA (2018), Ergebnisbericht der Bestandserhebung und -analyse der Einzelhandelssituation in Thüringen 2017/2018
- Serviceagentur Demografischer Wandel

THÜRINGER DEMOGRAFIERATGEBER

IV. 13. Siedlungsentwicklung

Der demografische Wandel wird mit all seinen Auswirkungen bundesweit diskutiert und er ist z. B. in der Schließung von Infrastruktureinrichtungen örtlich konkret erfahrbar (z. B. Sparkassenfiliale, Dorfladen und Gastwirtschaft). Wenn Siedlungsentwicklung und Bevölkerungsrückgang aber als zusammenhängend wahrgenommen wurden, dann allenfalls in der vermeintlichen Logik, dass Ausweisung und Erschließung neuer Baugebiete den Bevölkerungsrückgang mildern, stoppen oder sogar umkehren könnten.

Kommunale Entscheidungsträger müssen sich jedoch der Tatsache bewusst sein, dass Neuausweisungen von Wohnbauflächen allenfalls zur Umverteilung vorhandener Bevölkerung durch Umzug und zu Leerstand im vorhandenen Baubestand beitragen. Zu den neuen Herausforderungen an rational handelnde Kommunal- und Regionalpolitik gehört deshalb, die Entwicklung der Siedlungsflächen an die Bevölkerungsentwicklung anzupassen. Dabei kommt es darauf an, realistische Erwartungen und Anreize zu entwickeln, aber unrealistisches Wunschdenken zurückzustellen. Die Bebauung von Lücken und die Nutzung von Leerständen sollten deshalb stärker in den Fokus rücken (vgl. Kap. 14 „Leerstand“).

Auswirkungen

Siedlungsstruktur und -dichte haben unmittelbare Auswirkungen auf Infrastrukturkosten. Geringe Nutzungshäufigkeiten mindern die wirtschaftliche Tragfähigkeit sozialer und technischer Infrastruktureinrichtungen. Dies führt zu höheren Pro-Kopf-Kosten und belastet die kommunalen Haushalte bzw. die Bürgerinnen und Bürger. Dabei sind die Effekte auf technische Infrastrukturen aufgrund der hohen Fixkostenanteile häufig noch stärker als bei sozialen Infrastrukturen.

Für die nachhaltige Stärkung der vorhandenen Siedlungsstruktur sollten Kommunen daher die Infrastrukturen der Daseinsvorsorge räumlich bündeln, dadurch die Nutzungsfrequenz der Infrastrukturen potentiell erhöhen und auch die Erschließung mit öffentlichen Verkehrsmitteln effizienter gestalten. Für die Bevölkerung bietet eine Konzentration den Vorteil kurzer Wege und erleichtert dadurch den Alltag einer älteren, häufig weniger mobilen Bevölkerung.

Neben den Folgen der Flächenneuinanspruchnahme für Natur- und Kulturlandschaft ist die Ausweisung neuer Bebauungsflächen stets mit hohen Investitions- und Folgekosten verbunden. Bei abnehmenden Einwohnerzahlen sollten Neuausweisungen daher stets kritisch auf den tatsächlichen Bedarf und die Wechselwirkungen mit anderen Infrastrukturen und umliegenden Kommunen geprüft werden. Ein Konkurrenzdenken auf Gemeindeebene ist daher für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung nicht zielführend. Empfehlenswert sind vielmehr interkommunale, kooperative Lösungen sowie die Entwicklung des Bestands oder von brachliegenden, insbesondere innerörtlichen Flächen.

Faktencheck

Die Flächenneuinanspruchnahme nahm in Thüringen in den vergangenen Jahren kontinuierlich zu. So hat sich der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der gesamten Landesfläche in Thüringen von 9,8 % im Jahr 2015 auf 11,7 % im Jahr 2018 erhöht.

Handlungsoptionen

- Räumliche Abstimmung und Konzentration von Infrastrukturen zur effizienten Erschließung (bessere Erreichbarkeit) und zur Erhöhung der Nachfrage,
- Planung nach dem Konzept der kurzen Wege,
- Konsequente Strategie der Nachverdichtung und Innenentwicklung (Sanierung, Abriss und Neubau, Flächentausch, Umwidmung),
- Siedlungssteuerung durch Integrierte Städtische Entwicklungskonzepte, Stadt-Umland-Konzepte, Einzelhandelskonzepte, Dorfentwicklungskonzepte oder kommunale Klimaschutzkonzepte,
- Ausschöpfung der formellen Planungsinstrumente (Landesentwicklungsprogramm, Regionalpläne, Flächennutzungspläne, Bebauungspläne),
- Gemeindeübergreifende gemeinsame Flächennutzungspläne (nach § 204 BauGB),
- Umsetzung eines Leerstandsmanagements (Aufbau von Leerstands-, Wohnbau- bzw. Brachflächenkatastern, Identifikation von Entwicklungspotenzialen, Entwicklung und Vermarktung der bestehenden Gebäude und Flächen),
- Interkommunale Kooperation zur Reduzierung der Flächeninanspruchnahme (umfangreiche Kommunikationsaufgaben notwendig),
- Interkommunale Entwicklung von Gewerbegebieten.

Beispiele

Brachflächenkataster der Landesentwicklungsgesellschaft Thüringen mbH: Instrument zur Erfassung und Darstellung von Brachflächen; geeignete Maßnahmen an diesen Standorten können zur Reduzierung und zum Stopp einer weiteren Flächenversiegelung beitragen.

Regionales Flächenmanagement der Initiative Rodachtal

Thüringer Initiative zur Entwicklung innerstädtischer Brachflächen „Genial zentral“: Projektinitiative zur Unterstützung Thüringer Städte bei der attraktiven Gestaltung und Wiedernutzung innerstädtischer Brachflächen.

Baulücken- und Leerstandskataster der Niedersächsischen Landgesellschaft mbH: Mit Hilfe von Baulücken- und Leerstandskatastern (BLK) werden die Altersstruktur der Einwohner und Leerstände sowie Baulücken kartographisch angezeigt und damit nachvollziehbar sichtbar.

Stiftung Landleben – Lebenswert für Generationen: Altersgerechtes Wohnen und Wiederbelebung ländlicher Bausubstanz.

Förderprogramm „Alte Häuser für junge Familien“ (Holzsußra, Kyffhäuserkreis): Förderung von bis zu 1.500 Euro jährlich über 5 Jahre bei Kauf eines Wohnhauses, das älter als 50 Jahre ist.

Weitere relevante Beispiele sind außerdem in Kapitel 14 zu finden.

WEITERE INFORMATIONEN:

- Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume in der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
- Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung 2013, Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen unter Druck – Wie reagieren auf den Demografischen Wandel?
- Thüringer Ministerin für Umwelt, Energie und Naturschutz, Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie 2018
- Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur 2016, Regionalstrategie Daseinsvorsorge – Leitfaden für die Praxis
- Bayerische Verwaltung für Ländliche Entwicklung 2019, Planen mit System – Vitalitäts-Check zur Innenentwicklung für Dörfer und Gemeinden – Leitfaden
- Serviceagentur Demografischer Wandel

THÜRINGER DEMOGRAFIERATGEBER

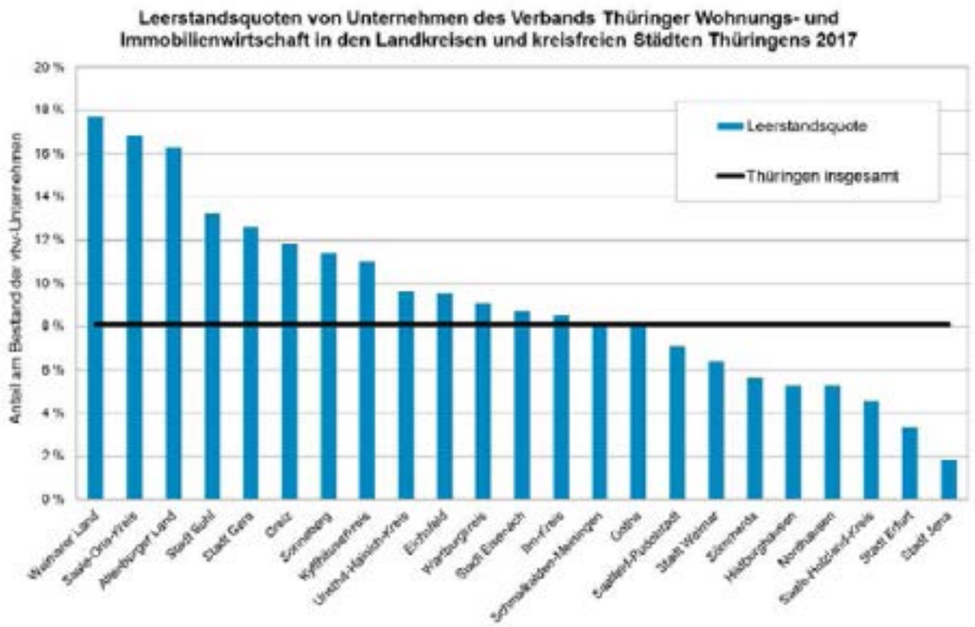
IV. 14. Leerstand

Die Wohnungsmärkte unterliegen einem kontinuierlichen Veränderungsprozess. Im Zuge demografischer, ökonomischer und gesellschaftlicher Entwicklungen verändern sich Haushaltszahlen, Wohnformen und Wohnbedürfnisse. Der Bevölkerungsrückgang und die Änderung von Lebensformen, von dem immer mehr Regionen erfasst werden, verringert, zusammen mit den Alterungsprozessen, die Nachfragedynamik. Veränderungen in der Haushaltsstruktur führen zu Verschiebungen in der Art der Nachfrage. Darüber hinaus wirken wirtschaftliche und kulturelle Entwicklungen auf die Attraktivität von Standorten und Wohnungstypen. In der Summe stehen die Städte und Gemeinden damit ständig vor neuen und komplexen Herausforderungen.

Auswirkungen

Die Auswirkungen des demografischen Wandels fallen schon jetzt in den Ortsbildern von vielen Städten und Gemeinden Thüringens ins Auge. Wohnungen und Häuser stehen leer, viele Gebäude sind durch so genannte „Unternutzungen“ geprägt. Es ist zu erwarten, dass sich Zahl und Umfang der Leerstände in ländlich geprägten Kommunen erhöhen werden. Dies hat gravierende Auswirkungen auf das Ortsbild. Leerstehende Immobilien sind für Kommunen aus verschiedenen Gründen problematisch. Leerstände belasten Kommunen als negative Visitenkarten. Sie mindern die Attraktivität eines Ortes, wirken negativ auf ihr räumliches Umfeld und können ab einem gewissen Punkt eine Abwärtsspirale in Gang setzen. Für Immobilienbesitzer bedeutet dies zudem deutliche Wertverluste ihres Eigentums, da Leerstand in der Regel auch die Nachbarschaft negativ beeinflusst.

Weiterhin verursachen gerade Wohnungsleerstände finanzielle Belastungen für kommunale Wohnungsunternehmen und eine Minderauslastung sozialer und technischer Infrastrukturen. Paradoxerweise existiert parallel dazu in vielen Regionen nach wie vor ein anhaltender Bedarf nach neuem, modernem Wohnraum. Grund dafür ist, dass die leerstehenden Immobilien die Nachfragekriterien vieler Wohnraumsuchender in der Regel nicht erfüllen können.



Quelle: 2. Wohnungsmarktbericht Thüringen 2018

Handlungsoptionen

- Weiterer Abriss bzw. Rückbau leer stehender und nicht mehr vermietbarer Gebäude, bspw. unterstützt durch kommunale Zuschüsse,
- Förderung der Bestandsentwicklung (Gebäudesanierung, Abriss und Neubau), bspw. in Kooperation mit Privaten mittels Stadtumbauverträgen,
- Motivierung der Eigentümer, Investitionen im Gebäudeumfeld,
- Umsetzung eines Leerstandsmanagements (Aufbau eines Leerstandsmonitoring, Identifikation von Entwicklungspotenzialen, Entwicklung und Vermarktung der bestehenden Gebäude und Flächen),
- Offensive Vermarktungsstrategie für leerstehende Immobilien, bspw. im Rahmen des Stadtmarketings,
- Zulassung und Initiierung temporärer Zwischennutzungen, z. B. in Zusammenarbeit mit Künstlern oder Schulen,
- Nutzung vorhandener staatlicher Fördermittel.

Beispiele

Innenstadtinitiative „Gotha lebt“: Die Stadt Gotha verfolgt das Ziel, durch die aktive Vermarktung freier Baugrundstücke und leerstehender Immobilien ihre innerstädtische Attraktivität zu erhalten.

Thüringer Städtebauförderrichtlinie: Mit Hilfe der Städtebauförderung sollen Städte in ihrer Funktion, Struktur und Gestalt erhalten und nachhaltig weiter entwickelt werden.

FLOO-TH: Digitales Flächenmanagement-Tool, Angebot zur Erfassung, Analyse und Aktivierung von Flächenpotenzialen für Städte und Gemeinden in Thüringen.

Gemeinde-Allianz Hofheimer Land (Landkreis Haßberge, Bayern): Kooperation von 7 Kommunen zur Förderung der Innenentwicklung zur Sicherung le-

IV. 14. Leerstand

bensWerter Orts- und Gemeindezentren und zur Revitalisierung von Leerständen.

Quartiere für alle e. V.: Beratung und Unterstützung für Kommunen, aber auch Privatpersonen, zu alternativen Wohnformen, wie z. B. Wohngemeinschaften, Senioren-WGs.

LeerGut-Agenten Thüringen: Die LeerGut-Agenten sind eine Initiative der Internationalen Bauausstellung (IBA) Thüringen und wollen das „StadtLand“ Thüringen bewahren und beleben, indem sie Initiatorinnen und Initiatoren bei der Entwicklung leer stehender Häuser unterstützen – von der Idee bis zum Projekt.

Kommunales Immobilienportal Erfurt: Homepage für den lokalen Immobilienmarkt

Weitere relevante Beispiele sind außerdem in Kapitel 13 zu finden.

WEITERE INFORMATIONEN:

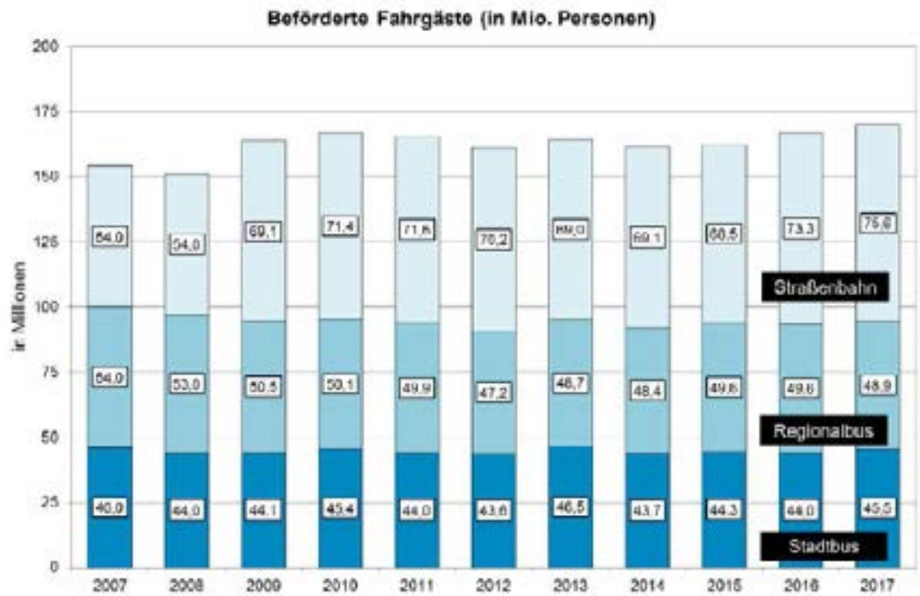
- Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft (2019), 2. Wohnungsmarktbericht Thüringen
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (2017), Umgang mit Leerstand – Lokale Experten berichten aus der Praxis im Stadtumbau
- Thüringer Aufbaubank, Innenstadtstabilisierungsprogramm – ISSP (Thüringer Wohnungsbauförderung)
- Stiftung Schloss Ettersburg (2012), Masterplan zur Erstellung und Laufendhaltung eines kommunalen Leerstandskatasters für städtische und ländliche Siedlungsgebiete in Thüringen
- Serviceagentur Demografischer Wandel

IV. 15. Öffentlicher Verkehr

Mobilität kommt als Schlüssel der Erreichbarkeit und Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe eine besondere Bedeutung bei der Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge zu. Jedoch wird es immer schwieriger, öffentliche Verkehrsangebote in ländlichen, dünnbesiedelten Regionen aufrechtzuerhalten. Viele dieser Regionen sind nicht in ausreichender Weise durch Schienenpersonenverkehr erschlossen und der Busverkehr ist insbesondere in ländlichen Gebieten vorwiegend auf den Schülertransport ausgerichtet. Da auch die Zahl der Schüler langfristig rückläufig ist, wird die Wirtschaftlichkeit des ÖPNV tendenziell weiter abnehmen. Der demografische Wandel verlangt nach einer Optimierung von Mobilitätsangeboten im Sinne einer bedarfsgerechten Dimensionierung zur Gewährleistung einer guten Erreichbarkeit.

Auswirkungen

Einwohnerverluste führen zu einer abnehmenden Bevölkerungsdichte und erschweren den wirtschaftlichen Betrieb der Liniennetze. Hinzu kommen sich verändernde Mobilitätsmuster, da immer mehr Menschen als früher über eigene Fahrzeuge verfügen und diese bis ins hohe Alter nutzen. Durch die Abhängigkeit des ÖPNV vom Schülerverkehr (bis zu 80 %) ist zudem der Gestaltungsspielraum der Aufgabenträger in ländlichen Regionen begrenzt. Zu den Schulanfangs- und -endzeiten ergeben sich zeitlich und mengenmäßig Verkehrsspitzen, die große vorzuhaltende Transportkapazitäten benötigen. Diese sind in nachfrageschwachen Nebenverkehrszeiten wiederum deutlich überdimensioniert. Eine weitere Herausforderung der demografischen Entwicklung ist es, die steigenden Anforderungen einer älter werdenden Gesellschaft an die Fahrzeugflotten und Haltepunkte zu berücksichtigen, z. B. Haltestellen den Bedürfnissen der Nachfragegruppen anpassen (Nähe zu Ärztezentren, Versorgungseinrichtungen, u. a.), barrierearmer Einstieg, ausreichend Stellflächen für Rollstühle oder Gehhilfen, aber auch für Fahrräder. Dazu kommt die Aufgabe, die Informationswege rund um das Angebot von Bus und Bahn stärker auf die Bedürfnisse älterer Menschen auszurichten. Um die Tragfähigkeit des ÖPNV gewährleisten zu können, müssen neue, individuell organisierte Mobilitätsangebote in Mobilitätskonzepte eingebunden werden. Dabei können Digitalisierung und Vernetzung helfen.



Quelle: TMIL 2018

THÜRINGER DEMOGRAFIERATGEBER

IV. 15. Öffentlicher Verkehr

Faktencheck

Die Zahl der beförderten Personen im Straßenpersonennahverkehr (StPNV) ist seit 2007 um 10,4 % gestiegen, war aber zuvor von höherem Niveau stark gesunken.

Handlungsoptionen

- Optimierung und Stärkung des ÖPNV-Angebotes im Kern (Entflechtung, Straffung, Neuordnung; Vermeidung von Parallelverkehren) durch die Aufgabenträger,
- Flexibilisierung und Aufbau von „Mobilitätsketten“: stärkere Vernetzung der einzelnen Verkehrsmittel (Schiene – Bus – Auto – Fahrrad – Leih- und Sharingangebote usw.),
- Zugangshemmnisse zum ÖPNV weiter abbauen (Barrierefreiheit von Fahrzeugen und Infrastruktur, Verbesserung von Fahrgastinformationen),
- Gewinnung neuer ÖPNV-Nutzergruppen (v. a. Senioren),
- Schaffung von Anlaufstellen zur Mobilitätsberatung, sowohl im Internet als auch vor Ort,
- Ersatz von Mobilitätsbedürfnissen (mobile Angebote von Verwaltung, medizinischer Versorgung oder Nahversorgung; räumliche Konzentration von Einrichtungen der Daseinsvorsorge zur Wegeoptimierung),
- Verstärkte Bildung von Verkehrsverbünden, Tarif-/Fahrplanverbünden, Schaffung einheitlicher Buchungssysteme, Abschluss von Kooperationsvereinbarungen,
- Ausweitung des Bedarfsverkehrs (z. B. Rufbusse) und Konzentration des Linienverkehrs auf nachfragestarke Haupttransportachsen,
- Förderung von Konzepten der „selbstorganisierten Mobilität“ und des bürgerschaftlichen Engagements im Rahmen personenbeförderungsrechtlicher Möglichkeiten als Ergänzung von ÖPNV und Transportgewerbe,
- Entwicklung innovativer digitaler Mobilitätsangebote.

Beispiele

KOMBus (Saalfeld): Attraktivitätssteigerungen durch neue Angebote, Effektivitätssteigerungen durch „neue Marke“.

Projekt Mobilfalt – Mobilität im ländlichen Raum (Nordhessen): Modellprojekt zur Integration privater Fahrten in das ÖPNV-System.

ILSE-Bus (Landkreis Vorpommern-Greifswald, Mecklenburg-Vorpommern): Es handelt sich dabei um einen vollflexiblen Rufbus, der werktags 8-18 Uhr ein fahrplanunabhängiges Fahrtangebot mit Haltestellenbedienung bereitstellt, sofern nicht innerhalb von 30 Minuten ohnehin ein Linienbus verkehrt.

Jugendbus Melsungen (Hessen): Fährt Jugendliche freitags und samstags ins benachbarte Kassel zu Freizeitangeboten; Abfahrt und Haltepunkte werden von den Jugendlichen bestimmt, Rückweg bis zur Haustür.

GoFamily!: Mit diesem Projekt des Kreisverwaltungsreferates München können Familien in München umweltfreundliche Alternativen zum Auto nutzen, wie Ausleihe kostenloser Kinderfahrradanhänger, teilweise auch mit Elektrofahrrad, vergünstigtes Carsharing, spezielles Ticket für den ÖPNV.

Meet & Ride – Mobilitätsstationen im ländlichen Raum (SPESSARTregional, Hessen): In Kooperation mit dem Verkehrsträger sollen intermodale Knotenpunkte entwickelt werden, die die Pendlerverkehre mit ÖPNV-Verkehren und dem Radverkehr verknüpfen.

WEITERE INFORMATIONEN:

- Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
- NVS – Nahverkehrsservicegesellschaft Thüringen mbH
- MDO – Verband Mitteldeutscher Omnibusunternehmer e. V.
- VDV – Verband Deutscher Verkehrsunternehmen e. V.
- DVR – Deutscher Verkehrssicherheitsrat
- Bus & Bahn Thüringen e. V.
- Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur 2016, Mobilitäts- und Angebotsstrategien in ländlichen Räumen
- Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung 2012, Mobilitätssicherung in Zeiten des demografischen Wandels
- Serviceagentur Demografischer Wandel

THÜRINGER DEMOGRAFIERATGEBER

IV. 16. Feuerwehrwesen

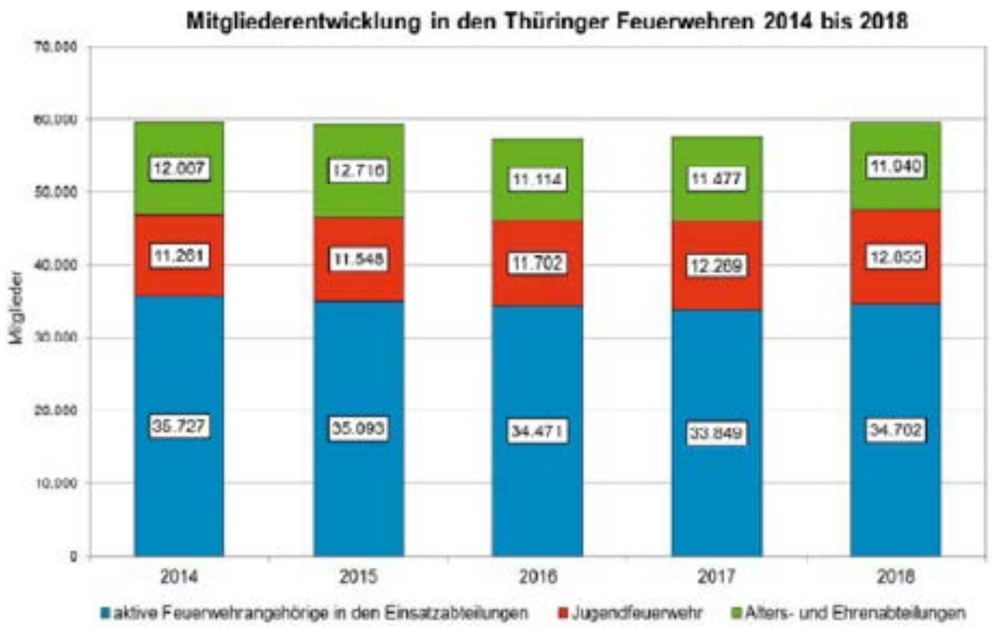
Bevölkerungsabnahme und Alterung bedeuten eine Verringerung des Potenzials derer, die als ehrenamtlich Aktive im Brandschutz zur Verfügung stehen können. Insbesondere in ohnehin dünn besiedelten Regionen führt diese demografische Entwicklung zu erhöhten Schwierigkeiten bei der Sicherstellung des Brandschutzes in der Fläche.

Ohne die freiwillige Mitarbeit der Bürgerinnen und Bürger in den Feuerwehren der Städte und Gemeinden kann ein flächendeckender Brandschutz nicht gewährleistet werden. Zur Beibehaltung der Leistungsfähigkeit und Einsatzbereitschaft der Thüringer Feuerwehren sind deshalb weiterhin umfangreiche Aktivitäten zur Steigerung der Attraktivität des Ehrenamtes sowie zur kontinuierlichen Nachwuchsgewinnung notwendig.

Faktencheck

Ende 2018 waren in 821 Thüringer Gemeinden 1.609 Freiwillige Gemeinde-, Stadtteil- und Ortsteilfeuerwehren registriert. Darüber hinaus kommen in den großen kreisangehörigen Städten Altenburg, Gotha, Nordhausen sowie in den kreisfreien Städten Eisenach, Erfurt, Gera, Jena und Weimar acht Berufsfeuerwehren zum Einsatz.

Im Vergleich zu 2014 hat sich die Zahl an kommunalen Feuerwehrangehörigen insgesamt kaum verändert. Jedoch konnten in diesem Zeitraum in den drei Mitgliederbereichen (s. Abbildung) unterschiedliche Entwicklungen beobachtet werden. So ist die Zahl der aktiven Feuerwehrangehörigen in den Einsatzabteilungen seit 2014 um 2,7 % bzw. knapp 1.000 Personen gesunken. Auch in den Alters- und Ehrenabteilungen engagierten sich 5,7 % bzw. 700 Personen weniger als noch 2014. Stattdessen wuchs die Zahl der Mitglieder der Jugendfeuerwehr zwischen 2014 und 2018 um 14,2 % (+ 1.600 Personen).



Quelle: TMIK 2019, Einsätze im Brandschutz, in der Allgemeinen Hilfe und im Katastrophenschutz im Freistaat Thüringen – Jahresbericht 2018.

Auswirkungen

Als Aufgabenträger für den örtlichen und überörtlichen Brandschutz stehen die Landkreise und Gemeinden vor der Herausforderung, die öffentliche Sicherheit durch eine vorausschauende Organisation des Feuerwehrwesens sicherzustellen.
Vom Thüringer Innenministerium unterstützt, unternehmen die Feuerwehren sowie die Landkreise und Gemeinden kontinuierliche Anstrengungen, um den seit Jahren beobachteten Rückgang der ehrenamtlich Aktiven in den Einsatzabteilungen der Freiwilligen Feuerwehren dauerhaft zu stoppen.

Der Anteil der ehrenamtlichen Einsatzkräfte in Thüringen bleibt unverändert hoch. 2018 erfüllten 97 % (33.780 Personen) der aktiven Feuerwehrangehörigen ihren Dienst ehrenamtlich. Demgegenüber standen 733 Mitglieder der Berufsfeuerwehren hauptamtlich für die Gefahrenabwehr bereit. Insgesamt ist die Zahl der Mitglieder in den drei Mitgliederbereichen im Jahr 2018 erstmals wieder leicht angestiegen. Trotz des sich kleinräumig differenziert vollziehenden Bevölkerungsrückgangs konnte im Freistaat Thüringen bisher sichergestellt werden, dass der Versorgungsbedarf in der Fläche gedeckt werden konnte.

Neben der zunehmend schwieriger werdenden Mitgliedergewinnung gibt es Probleme bei der Tagesverfügbarkeit in den Einsatzabteilungen, da viele ehrenamtliche Feuerwehrleute berufsbedingt Pendler sind und infolge dessen häufig tagsüber nicht für Einsätze am Wohnort zur Verfügung stehen können. Neben der Sicherstellung des Brandschutzes erfüllen Freiwillige Feuerwehren gerade in kleineren Gemeinden wichtige Funktionen für das soziale Zusammenleben und als Anbieter von qualifizierter Jugendarbeit.

IV. 16. Feuerwehrwesen

Handlungsoptionen

- Novellierung der Thüringer Entschädigungsverordnung: Mit einer angemessenen Entschädigung soll ein entscheidender Beitrag zur Attraktivität des Ehrenamtes und zur Motivation der Helfer erbracht werden,
- Mitgliederkampagne des Thüringer Feuerwehr-Verbands: Unterstützt durch eine Ehrenamtskoordinatorin werden das Freiwilligenmanagement sowie zielgerichtete Mitgliedergewinnungskampagnen online und offline intensiviert,
- Anpassung der Organisationsformen der Freiwilligen Feuerwehren, z. B. durch Gemeindefeuerwehren, Stützpunktfeuerwehren bzw. Feuerwehren mit überörtlichen Aufgaben zur Sicherstellung der Flächenversorgung unter Einhaltung der rechtlichen Vorgaben,
- Vermehrte Einbindung der vor Ort verfügbaren Personen, etwa Beschäftigte bei lokalen Arbeitgebern oder Einpendler,
- Gemeinde- und strukturübergreifende Kooperationen zwischen den regional verfügbaren Trägern der Gefahrenabwehr (z. B. Zivilschutz, Rettungsdienste, Werksfeuerwehren, private Hilfsorganisationen) zum Erhalt des Schutzniveaus,
- Intensivierung der Personal- und Nachwuchsgewinnung, z. B. durch Kooperationen mit Schulen (Projekttage, Praktika, Exkursionen oder Wahlpflichtfächer), mit Sportvereinen oder durch Gründung von Jugendfeuerwehren,
- Offensive Mitgliederwerbung und gezielte Ansprache von unterrepräsentierten Bevölkerungsgruppen (z. B. Menschen mit Migrationshintergrund, Frauen, Zugezogene),
- Monetäre und nicht-monetäre Anreize wie etwa Feuerwehrrente, Kostenübernahme für LKW-Führerscheine, erhöhte Aufwandsentschädigungen oder Vergünstigungen (z. B. Ehrenamtskarte) und Anerkennungen,
- Stärkung der Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung durch zielgruppenspezifische Schulungsangebote (z. B. für Kinder und Senioren),
- Einsparungen durch gemeindeübergreifende Kooperationen bei der Beschaffung (z. B. gemeinsamer Einkauf) oder bei der Wartung der feuerwehrtechnischen Ausrüstung,
- Erhöhung der Vor-Ort-Bereitschaft von Feuerwehrleuten durch Werbung für Doppelmitgliedschaften aktiver Feuerwehrmänner und -frauen sowohl am Wohn- als auch am Arbeitsort,
- Sensibilisierung der vor Ort ansässigen öffentlichen und privaten Arbeitgeber für Doppelmitgliedschaften in Feuerwehren unter ihren Angestellten (vermehrte Abwesenheit vom Arbeitsplatz bei erhöhten Einsatzzahlen).

Beispiele

Feuerwehr-Koordinator: Aufbau interkommunaler Managementstrukturen im Brand- und Katastrophenschutz der Oderlandregion

Thüringer Feuerwehrrente

Mitgliederkampagne des Thüringer Feuerwehrverbandes

Thüringer Jugendfeuerwehr

WEITERE INFORMATIONEN:

- Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales
- Thüringer Feuerwehr-Verband e. V.
- Serviceagentur Demografischer Wandel

IV. 17. Verwaltung

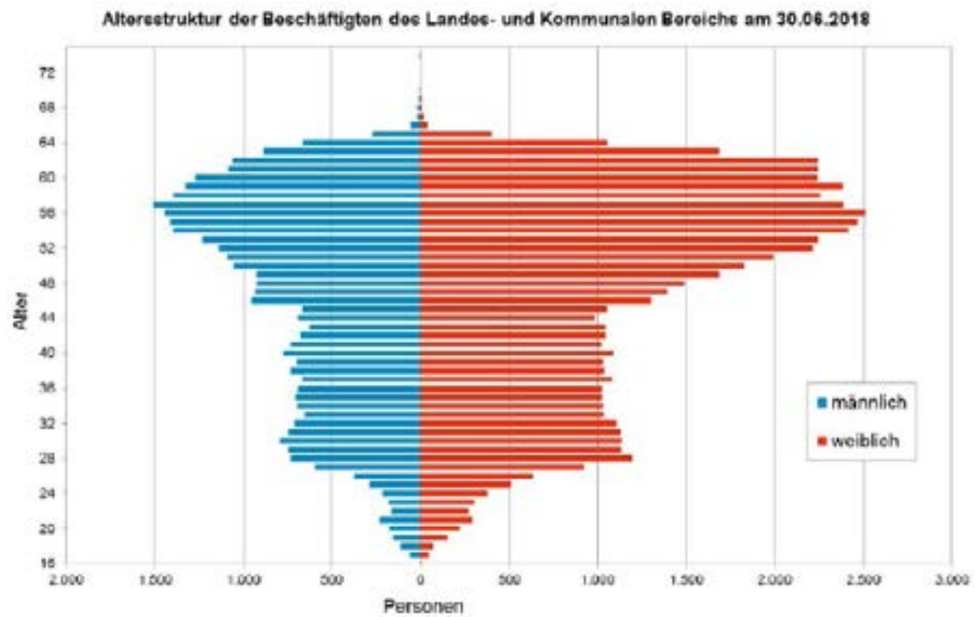
Die Gemeinden des Landes sollen dauerhaft in der Lage sein, die ihnen obliegenden Aufgaben sachgerecht, bürgernah, rechtssicher und eigenverantwortlich wahrzunehmen und ein tragfähiges Fundament für die demokratische Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger zu bilden.

Insbesondere mit Blick auf die demografische Entwicklung ist hierzu vielerorts eine Anpassung der Verwaltung in personeller und organisatorischer Hinsicht erforderlich. Diese Verpflichtung ergibt sich zudem vorrangig aus den haushaltsrechtlichen Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit, der qualitativen und quantitativen Entwicklung der wahrzunehmenden Aufgaben sowie dem rasanten Fortschritt der Informations- und Kommunikationstechnik.

Auswirkungen

Die derzeitige Altersstruktur der öffentlichen Verwaltung birgt die Gefahr, dass durch das Ausscheiden geburtenstarker Jahrgänge aus dem Arbeitsmarkt Erfahrungswissen verloren geht, das nur teilweise durch jüngere Beschäftigte kompensiert werden kann. Darüber hinaus konkurriert der öffentliche Sektor zunehmend mit den Unternehmen der freien Wirtschaft um Fachkräfte zur Besetzung frei werdender Stellen. Gerade deshalb ist für die öffentlichen Verwaltungen ein vorausschauendes Personalmanagement von höchster Bedeutung.

In der kommunalen Verwaltungspraxis ist in vielen Aufgabenbereichen eine zunehmende Komplexität zu verzeichnen, die bereits in der aktuellen Personalstruktur nur schwer und im Hinblick auf die zukünftige Personalausstattung kaum mehr zu bewältigen ist. Darüber hinaus werden bei Kommunen, die vom Einwohnerrückgang betroffen sind, die daraus resultierenden abnehmenden Steuereinnahmen und Schlüsselzuweisungen negative Auswirkungen auf die Haushaltsmittel haben. Zur Sicherstellung und Stärkung der Leistungsfähigkeit einer Verwaltung sind daher sowohl eine konsequente Aufgabenkritik als auch eine Weiterentwicklung der bestehenden kommunalen Verwaltungsstrukturen sowie weitere Formen der Zusammenarbeit – etwa in Form gemeindeübergreifender oder öffentlich-privater Aufgabenerledigung – erforderlich.



Quelle: TLS 2019

THÜRINGER DEMOGRAFIERATGEBER

IV. 17. Verwaltung

Nicht zuletzt aufgrund sich ändernder Gemeindestrukturen besteht seit Jahren der Trend zum Rückzug der Verwaltung und des Bürgerservice aus der Fläche. Vor dem Hintergrund einer gerade in ländlichen Regionen älter werdenden und absehbar weniger mobilen Bevölkerung werden flexible, elektronische oder mobile Verwaltungslösungen an Bedeutung gewinnen.

Handlungsoptionen

- Stärkung der Leistungsfähigkeit der Verwaltung z. B. durch:
  - Kommunale Zusammenarbeit (gemeinsame Aufgabenerledigung durch Zweckverbände, Delegieren von Aufgaben durch öffentlich-rechtliche Vereinbarungen),
  - Kommunale Neugliederungen und/oder Neuorganisation der Kommunalverwaltungen,
  - Öffentlich-Private Zusammenarbeit (Public Private Partnership),
- Demografieorientiertes Personalmanagement z. B. durch:
  - Personalentwicklungsstrategie (Analyse und Darstellung der Altersstruktur nach Hierarchien, Qualifikationen und Aufgaben; Ermittlung des zukünftigen Personalbedarfs),
  - Aktives und öffentlichkeitswirksames Personalmarketing,
  - Förderung der Motivation aller Beschäftigten zum lebenslangen Lernen,
  - Flexible Formen der Arbeitsorganisation für ältere Beschäftigte,
  - Sicherung spezieller Kenntnisse und Erfahrungen (z. B. durch altersgemischte Teams),
  - Betriebliches Gesundheitsmanagement,
- Neue Formen des Zugangs zu Verwaltungsdienstleistungen z. B. durch:
  - E-Government-Dienstleistungen,
  - Interkommunale Bürgerämter oder Dienstleistungszentren,
  - Temporär besetzte Außenstellen in ehemaligen Gemeinderäumen,
  - Mobile Bürgerdienste an lokal bedeutsamen Standorten (z. B. Supermärkte, Bankfilialen).

Beispiele

CariMobil – Mobiles Beratungsangebot: Mit ihrem CariMobil – einem in einem Bus untergebrachten mobilen Beratungsangebot in ländlichen Regionen – bietet die Caritas den Bewohnerinnen und Bewohnern der Oderhaff-Region Informationen über Hilfsangebote und weiterführende Beratungsmöglichkeiten an.

Servicestelle Personal im Kreis Warendorf: Dienstleistungszentrum im Bereich Personalverwaltung zwischen Kommunalverwaltungen und Dritten.

Kommunaler ServiceVerbund Eisenberg: Gemeinde- und bundesländerübergreifende Zusammenarbeit in verschiedenen kommunalen Aufgabenbereichen.

Kooperative Bürgerbüros im Landkreis Ludwigslust-Parchim: Gemeinsame Dienstleistungszentren der Kommunal- und Landkreisverwaltung.

Mobiler Bürgerservice im Rollenden Büro Wittstock (Brandenburg): Durch ein umgebautes früheres Feuerwehrfahrzeug werden im Gemeindegebiet Verwaltungsdienstleistungen angeboten.

WEITERE INFORMATIONEN:

- Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales
- Demografieportal des Bundes und der Länder
- Netzwerk Ländliche Räume
- Robert-Bosch-Stiftung (2009), Demographieorientierte Personalpolitik in der öffentlichen Verwaltung
- Initiative Neue Qualität der Arbeit – Verwaltung der Zukunft – Praxisreport mit Beispielen für eine moderne Personalpolitik
- Serviceagentur Demografischer Wandel

THÜRINGER DEMOGRAFIERATGEBER

IV. 18. Wirtschaftsförderung

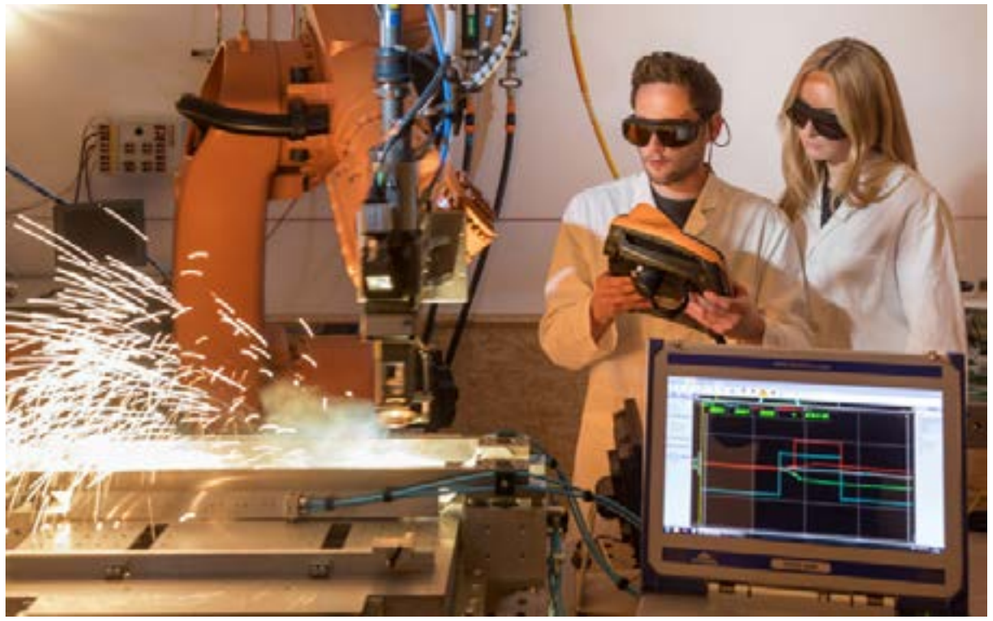
Die Bevölkerungsentwicklung von Städten und Gemeinden hängt maßgeblich von der regionalen Wirtschaftskraft und Arbeitsmarktsituation ab. Kommunen können durch Angebote der Wirtschaftsförderung dazu beitragen, die Standortattraktivität zu erhöhen und damit ein positives Wirtschaftsklima zu erzeugen. Neben der Sicherung des Fachkräfteangebots zählen dabei die Gründungs- und Technologieförderung sowie das Standortmarketing zu den wichtigsten Faktoren, auf die eine kommunale Wirtschaftsförderung auch ohne große Personalausstattung Einfluss nehmen kann.

18.1 FACHKRÄFTE

Die Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte ist für die Standortattraktivität einer Kommune von hoher Bedeutung. Obgleich es keine originäre kommunale Aufgabe ist, kann eine Kommune in Kooperation mit und in Ergänzung zu den Aktivitäten der Arbeitsagenturen und Wirtschaftskammern lokale Akzente zur Arbeitsmarktentwicklung setzen und dadurch insbesondere kleine Betriebe unterstützen. Gerade diesen fehlen häufig die finanziellen und personellen Kapazitäten für eine vorausschauende Personalentwicklung, wie sie in Zeiten des demografischen Wandels erforderlich wären. Darüber hinaus profitieren die Kommunen davon, wenn ihre Bewohner durch Arbeitsplätze vor Ort an die Region gebunden werden.

Handlungsoptionen

- Sensibilisierung insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen für Themen der Fachkräftesicherung, z. B. durch themenbezogene Veranstaltungen oder im Rahmen regelmäßiger Unternehmerstammtische oder -frühstücke,
- Initiierung oder Unterstützung von lokalen oder regionalen Messen und Ausstellungen, auf denen sich die Unternehmen der Region präsentieren können,
- Organisation von Berufsinformationstagen,



- Initiierung und Unterstützung von Kooperationen zwischen Schulen oder Vereinen sowie der ansässigen Wirtschaft,
- Bereitstellung von attraktivem Wohnraum und Betreuungsmöglichkeiten für Kinder,
- Stärkung weicher Standortfaktoren.

Beispiele

Comeback – Jobmesse Thüringen: Thüringens Messe für Pendler & Rückkehrer, die über Karrieremöglichkeiten von Rückkehrern im Freistaat informiert.

WAK – Karriereheimat Wartburgregion: Regionale Initiative des Wartburgkreises und der Stadt Eisenach (aufgrund niedriger Arbeitslosigkeit und hohen Fachkräftebedarfs) zur Anwerbung von Auszubildenden und Fachkräften für die Region.

Projekt „talentWERK – Azubis stärken“ (Werra-Meißner-Kreis, Hessen): Angebot, das parallel zur Ausbildung die sozialen, kommunikativen und überfachlichen Kompetenzen von jungen Menschen in regionalen Unternehmen schult, wodurch die Ausbildungs- und Persönlichkeitsreife der Auszubildenden gestärkt wird.

SCHULEWIRTSCHAFT-Netzwerk Pegnitz-Auerbach (Bayern): Kommunal initiiertes Projekt zur Schaffung von Berufsorientierungs- und Qualifizierungsangeboten für Schülerinnen und Schüler.

Unternehmerfrühstück Pforzheim (Baden-Württemberg): Die Wirtschaftsförderung der Stadt Pforzheim lädt regelmäßig zum Unternehmerfrühstück, um den Kontakt zu den regionalen Unternehmen zu pflegen und aktuelle Themen zu diskutieren.

Ausbildungsnavi (Landkreis Hersfeld-Rotenburg, Hessen): Informationsangebot zur Ausbildungssituation in der Region, das den Schulabgängern des jeweiligen Abschlussjahrgangs in allen Schulen des Landkreises zur Verfügung gestellt wird.

Jugendberufsagentur Schleswig-Flensburg (Schleswig-Holstein): Seit 2016 bietet ein festes Mitarbeiterteam an zwei Berufsschulen im Landkreis Jugendlichen eine gemeinsame Anlaufstelle und berät rechtskreisübergreifend zum Übergang von der Schule in den Beruf.

Industrie Intouch – Thüringens Süden: Industrieunternehmen in Südthüringen öffnen ihre Türen und bieten einen Blick hinter die Kulissen.

WEITERE INFORMATIONEN:

- Thüringer Industrie- und Handelskammern
- Thüringer Handwerkskammern
- Thüringer Agentur für Fachkräftegewinnung
- Förderprogramm „unternehmensWert:Mensch“
- Serviceagentur Demografischer Wandel

IV. 18. Wirtschaftsförderung

18.2 GRÜNDUNGSFÖRDERUNG UND STANDORTMARKETING

Neben der Verfügbarkeit von qualifizierten Fachkräften besteht in der Vermarktung des Standorts eine der wesentlichen Aufgaben der kommunalen Wirtschaftsförderung. Hierbei stehen neben „harten Standortfaktoren“, wie der Infrastruktur, Steuern und Abgaben sowie der Nähe zu Absatzmärkten, verstärkt „weiche Standortfaktoren“, wie Kultur- und Freizeitmöglichkeiten, Bildungsangebote sowie die medizinische Versorgung, im Fokus der Standortwahl. „Überfüllungsprobleme“, wie es sie in den Metropolen der Bundesrepublik in den Bereichen Wohnen, Bildung, Mobilität und Infrastruktur gibt, sind in Thüringen aufgrund der ländlichen Struktur eher selten. Die Ballungszentren Erfurt und Jena gilt es gezielt zu unterstützen. Insgesamt sollte dieser Standortvorteil jedoch stärker herausgestellt werden. Darüber hinaus können spezielle Förderungen für Gründer und Nachfolger die Stärkung des Wirtschaftsstandorts unterstützen.

Handlungsoptionen

- Gründungsförderung sowohl finanziell als auch in Form der Bereitstellung von Flächen, Räumen, Büros,
- Existenzgründungsberatungen vor Ort,
- Bindung der Unternehmen an den Standort fördern (z. B. über direkte Ansprechpartner in der Stadtverwaltung) – „Beziehungsmanagement“,
- Vermarktung des Standorts nach außen – Unterstützung bestehender Unternehmensaktivitäten in diesem Bereich,
- Vernetzung sämtlicher lokaler Akteure („Moderatorenrolle“).

Beispiele

Thüringer ClusterManagement: Unterstützung der Zusammenarbeit von Unternehmen, Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen sowie der strategisch-konzeptionellen Entwicklung von Clustern in Innovationsfeldern.

Thüringer Zentrum für Existenzgründungen und Unternehmertum: Zentrale Anlaufstelle für Gründerinnen und Gründer sowie kleine und mittlere Unternehmen zu allen Fragen rund um das Thema Selbstständigkeit, Unternehmertum und Innovation im Freistaat Thüringen.

Thüringer Hochschulgründernetzwerk: Beratung für gründungsinteressierte Studierende, Wissenschaftler und Absolventen zu Themen des Gründungsprozesses als auch der Einwerbung von Fördermitteln an sechs Hochschulstandorten.

WEITERE INFORMATIONEN:

- Landesentwicklungsgesellschaft Thüringen mbH
- Gesellschaft für Arbeits- und Wirtschaftsförderung des Freistaats Thüringen mbH
- Thüringer Aufbaubank
- Thüringer Zentrum für Existenzgründungen und Unternehmertum
- Serviceagentur Demografischer Wandel

THÜRINGER DEMOGRAFIERATGEBER

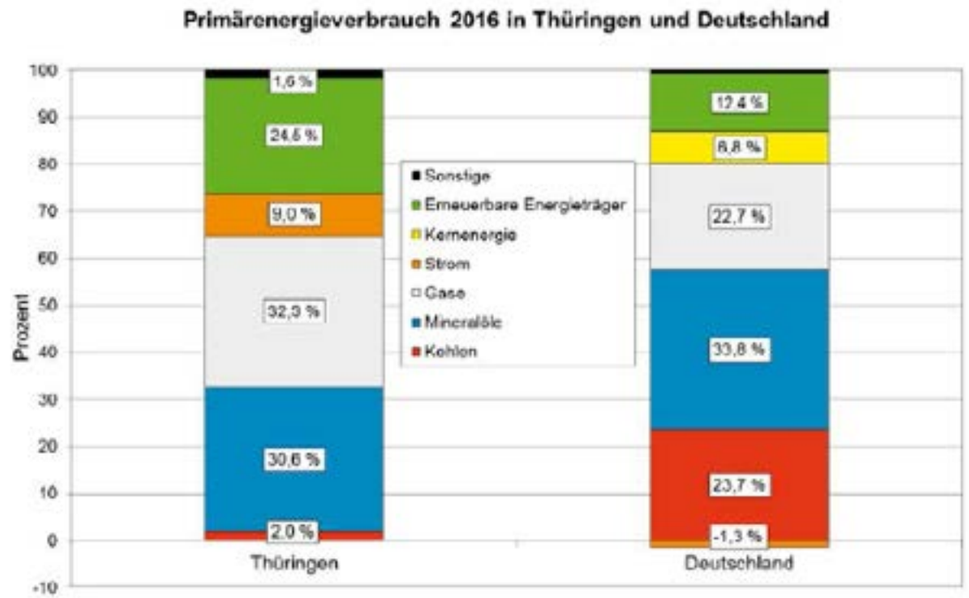
IV. 19. Energieversorgung

Der Freistaat Thüringen verfolgt das Ziel, seine Energieversorgung bis zum Jahr 2040 bilanziell vollständig aus erneuerbaren Energien zu realisieren. Vor Ort bedeutet das in ganz Thüringen den verstärkten Einsatz von erneuerbaren Energien sowie die Steigerung der Energieeffizienz durch Wirtschaft, öffentliche Hand und private Haushalte.

Die Umsetzung der Energiewende wird die besonders vom demografischen Wandel betroffenen ländlichen Gebiete vor große Herausforderungen stellen. Entscheidend ist es deshalb, die Bürgerinnen und Bürger bei konkreten Planungen und deren Umsetzung zu beteiligen und die Wertschöpfung aus den Energieprojekten bei den Menschen in der Region zu halten. Solche Initiativen sind Bürgerenergieanlagen oder sonstige Geschäftsmodelle, in denen möglichst viele Bürger vor Ort vertreten sind. Darüber hinaus ist dafür Sorge zu tragen, dass sich Energieanlagen harmonisch in die Landschaft einfügen.

In Thüringen stehen rund um die Energiewende Angebote der Landesenergieagentur ThEGA zur Verfügung. Mit den Servicestellen für Wind- und Solarenergie können Gemeinden, Bürger und Grundstückseigentümer frühzeitig durch die ThEGA unterstützt werden in Fragen der Planungsprozesse, der Kooperation mit Projektierungsunternehmen und der finanziellen Beteiligung. Mit dem „Solarrechner Thüringen“ lassen sich die Potenziale für die Nutzung der Sonnenenergie auf Dächern und Freiflächen vor Ort abschätzen. Ferner lassen sich erste Aspekte der wirtschaftlichen Ausgestaltung und der bestehenden Fördermöglichkeiten für einzelne Projekte aufzeigen. Unterstützung bei Erweiterung und Neubau von Wärmenetzen auf der Grundlage lokaler Energiequellen wie Biomasse, Erdwärme, solare Wärme oder Abwärme gehören ebenso zum weiteren Angebot der ThEGA wie auch Beratungen zum Thema nachhaltige Mobilität.

Die zweite große Säule für eine erfolgreiche Umsetzung der Energiewende ist der effiziente Einsatz und das Einsparen von Energie. Bürgerinnen und Bürger können die Potenziale in ihrem Umfeld ausschöpfen. Durch eine Kooperation mit der ThEGA können sie auf das Beratungsangebot der Verbraucherzentrale Thüringen kostenfrei zugreifen. Aber auch jede Gemeinde ist selbst Energieverbraucher und muss mit gutem Beispiel vorangehen. Die energetische Optimierung



Quelle: Energiebericht Thüringen 2018

THÜRINGER DEMOGRAFIERATGEBER

IV. 19. Energieversorgung

der eigenen Gebäude bietet die Gelegenheit, Geld und zugleich CO_2-Emissionen einzusparen. Auch die Optimierung der Straßenbeleuchtung ermöglicht Einsparungen. Gemeinden können hierbei Unterstützung durch die ThEGA erhalten. Mehr als 50 kommunale Mitarbeiter wurden bislang von der ThEGA zu kommunalen Energiemanagern ausgebildet. Mit dem „Kom. EMS“ bietet die ThEGA ein Instrument zur Qualitätssicherung des kommunalen Energiemanagements an. Die Einsparungen schaffen finanzielle Freiräume an anderer Stelle und helfen, die gemeindlichen Anlagen und Gebäude fit zu machen für die Zukunft.

In der Gesamtschau bleibt festzuhalten: So vielfältig, anspruchsvoll und herausfordernd die Umsetzung der Energiewende zunächst erscheinen mag, es ergeben sich unter Nutzung der Beratungsangebote in Thüringen gerade in Regionen mit demografischen Herausforderungen neue und vielfältige Perspektiven. Über „Klima Invest“ fördert die Thüringer Aufbaubank u. a. die Erstellung von gemeindlichen Klimaschutzkonzepten, die Umsetzung von Klimaschutz- und Energiemanagement sowie von energetischen Maßnahmen vor Ort. Erneuerbare Energien werden u. a. von der Thüringer Aufbaubank über das Programm „Solar Invest“ gefördert. Energieerzeugung und Energieeffizienz helfen damit, kommunale Leistungen vor Ort zu erhalten oder auszubauen. Eine auf die Zukunft ausgerichtete Energieversorgung trägt darüber hinaus zur Imagebildung von Gemeinden bei, die sich um eine nachhaltige Energieversorgung bemühen.

Auswirkungen

Geringere Nutzerzahlen und eine abnehmende Auslastung der Netze können zu erhöhten Preisen der Energieversorgung führen, etwa wenn anfallende Betriebs- und Investitionskosten auf die verbleibenden Kunden umgelegt werden müssen. Dem können Gemeinden in ländlichen Regionen entgegenwirken, indem sie eine dezentrale Versorgungsinfrastruktur aufbauen. Für sie besteht die Gelegenheit, sich selbst aktiv bei der Energiewende einzubringen. Beispielsweise können durch kommunales Engagement bei der Energieerzeugung kommunale Einrichtungen und Bürger günstig versorgt und zusätzliche Einnahmen generiert werden. Je höher der Eigenversorgungsgrad mit Strom und Wärme auf Basis lokaler Energieträger ist, desto weniger sind Kommunen und Bürger abhängig von importierten Energieträgern. Darüber hinaus können durch Energieeinsparungen Kosten gemindert werden. Auf diese Weise kann die Energieversorgung in Thüringen auch in Zeiten des demografischen Wandels sicher, kostengünstig und umweltverträglich unter Einbeziehung lokaler Ressourcen erfolgen.

Handlungsoptionen

- Ausbau dezentraler Energieerzeugung sowie kommunaler Wärme- und Stromnetze im Interesse der örtlichen Versorgung und zur Schaffung einer kommunalen bzw. regionalen Wertschöpfung sowie zur Unabhängigkeit von Rohstoffimporten und globalen Preisentwicklungen:
  - Engagement von Stadtwerken oder Gemeindewerken,
  - Initiierung von Bürgergenossenschaften,
  - Öffentlich-private Kooperationen, z. B. mit Agrargenossenschaften,
  - Anschluss öffentlicher Einrichtungen, z. B. Kindergärten, Schulen, Bauhof etc.,
  - Interkommunale Kooperation, z. B. durch Zweckverbände,
- Stärkung der regionalen Wirtschaft durch Investitionen in Energieeffizienzmaßnahmen und erneuerbare Energien bei öffentlichen Einrichtungen,
- Nutzung kommunaler Freiflächen für erneuerbare Energien, z. B. Photovoltaikanlagen,
- Verpachtung kommunaler Flächen zur privaten Energieerzeugung,
- Erstellung und konkrete Umsetzung von Klimaschutz- und Energiekonzepten sowie Wärmeplänen zur systematischen Ausschöpfung regionaler Potenziale,
- Bündelung vorhandener Infrastrukturen beim Netzausbau von Energieleitungen,
- Öffentlichkeitsarbeit zugunsten privater Investitionen zur Eigenversorgung mit erneuerbaren Energien sowie zur energetischen Sanierung.

Beispiele

Bioenergiedorf Schlöben: Zentrale Wärmeversorgung für Gemeinde und ihre Einwohner aus erneuerbaren Energiequellen; Schaffung regionaler Wertschöpfung.

Kahla: Zentrale Wärmeversorgung für Gemeinde, Wohnungsgesellschaft und Anwohner aus Abwärme; Schaffung regionaler Wertschöpfung – derzeit in Vorbereitung.

Energiegenossenschaft Ostthüringen eG: Genossenschaft zur Förderung einer zukunftsfähigen, umweltfreundlichen, klimaverträglichen Energieversorgung.

Windpark Uthleben: Ein Projektierungsunternehmen hat in Kooperation mit den Stadtwerken Nordhausen im Jahr 2016 zwei Windräder in Betrieb genommen. Direkte Beteiligung bis zu 49,9 % für Thüringer Bürgerenergiegesellschaften angestrebt. Indirekte Beteiligung von Bürgern über diese Bürgerenergiegesellschaften ab 500 Euro möglich.

Windpark Heldrungen: errichtet im Jahr 2016, drei Anlagen mit einer Leistung von 7,7 MW. Hier konnte in Absprache mit der Gemeinde und partizipierender Bürger ein Mehrwert für Heldrungen geschaffen werden, z. B.:

- Renaturierung des Helderbaches, um Überschwemmungen vorzubeugen,
- Sanierung und Instandhaltung örtlicher Spielplätze für die nächsten 20 Jahre,
- Finanzierung der Ortsbibliothek, nachdem diese bereits geschlossen war,
- Vertrag mit Gemeinde zur Förderung für gemeinnützige Zwecke.

Thüringer Sanierungsbonus-Plus: Thüringer Sanierungsbonus-Plus: Der Thüringer Sanierungsbonus-Plus ist ein Schlüssel für die energetische Modernisierung von Wohngebäuden. Gefördert werden Energieberatungen, z. B. Vor-Ort-Beratungen oder die Erarbeitung individueller Sanierungsfahrpläne.

WEITERE INFORMATIONEN:

- Thüringer Ministerium für Umwelt, Energie und Naturschutz
- Thüringer Energie- und Greentech-Agentur (ThEGA)
  - Netzwerk Energie & Kommune
  - Kommunales Energiemanagement
  - EFRE-Programm Nachhaltige Stadtentwicklung für zentrale Orte
  - Servicestelle Windenergie
  - Servicestelle Solar/Solarrechner Thüringen
  - Bioenergieberatung
  - Thüringer EnergieEffizienzpreis
- Thüringer Aufbaubank
- Verbraucherzentrale Thüringen
- Thüringer Erneuerbare Energien Netzwerk e. V.
- BürgerEnergie Thüringen e. V.
- Agentur für Erneuerbare Energien
- Serviceagentur Demografischer Wandel

THÜRINGER DEMOGRAFIERATGEBER

IV. 20. Wasserversorgung

Viele Kommunen in Thüringen stehen aufgrund des Rückgangs der Bevölkerung bei ihrer technischen Infrastruktur vor dem Dilemma zwischen langfristiger finanzieller Bindung durch die jeweiligen Abschreibungszeiträume und dem zunehmenden Handlungsdruck durch Minderauslastung. Schon heute ist die technische Infrastruktur vielerorts nicht ausgelastet. Die Planung der Wasserversorgung muss auf die Bevölkerungsentwicklung abgestellt werden, um Kostensteigerungen im Rahmen zu halten. Zugleich müssen die Auswirkungen des Klimawandels berücksichtigt und ausreichende Reserven für heiße und trockene Jahre bereitgestellt werden. Einheitliche Lösungen kann es aufgrund der unterschiedlichen regionalen Betroffenheit nicht geben. Die Privathaushalte in Thüringen gehen nach wie vor sparsam mit Trinkwasser um. Nach Angaben des Thüringer Landesamts für Statistik verbrauchte jeder Einwohner im Jahr 2016 durchschnittlich 92,2 Liter pro Tag. Das sind 3,9 Liter mehr als drei Jahre zuvor, aber 12,2 Liter weniger als im Jahr 1991.

Auswirkungen

Auf kleinere Aufgabenträger und Zweckverbände mit einwohnerschwachen Orten kommen aufgrund bundes- und EU-rechtlicher Vorgaben und wegen des technischen Ersatzbedarfs hohe Investitionen zu. Deren Finanzierung wird von immer weniger Anschlussnehmern zu leisten sein. Die Abnahme der Bevölkerung und damit der Verbraucherzahlen führen zu einer Minderauslastung der Anlagen und Leitungen. Hinzu kommen zusätzliche Wartungskosten, die durch das aus hygienischen und technischen Gründen erforderliche Spülen ungenügend beanspruchter Leitungen entstehen. Hohe Fixkostenanteile bedeuten letztlich höhere spezifische Kosten. Saisonale Einflüsse können zusätzliche Auswirkungen auf Auslastung, technische Funktion und Kosten der technischen Infrastruktursysteme haben. Beispielsweise sind in stark touristisch geprägten Regionen hohe Wasserwerks- und Rohrleitungskapazitäten vorzuhalten, die außerhalb der Hauptsaison nicht benötigt werden.

Quelle: Statista 2019

Faktencheck

Der durchschnittliche Pro-Kopf-Verbrauch von Trinkwasser in Deutschland ist seit 1990 um rund 15 % gesunken und betrug im Jahr 2018, einem besonders heißen und trockenen Jahr, rund 127 Liter Wasser. Die seit 1990 rückläufige Entwicklung des privaten und gewerblichen Pro-Kopf-Verbrauchs ist in den letzten Jahren nicht mehr zu beobachten.

Handlungsoptionen

- Modularer Anlagenbau mit der Möglichkeit, bei Bedarf möglichst flexibel bauliche Veränderungen durchzuführen,
- Dimensionierung neuer Anlagen an der Untergrenze technischer Regelwerke,
- Verkleinerung bestehender Anlagen im Zuge von ohnehin erforderlichen Erneuerungsmaßnahmen, z. B. Verlegung kleinerer Rohre (vgl. Beispiel „Rohreinzug“),
- Vernetzung mit benachbarten Versorgungsbereichen,
- Trennung von Trinkwasser- und Brauchwasserversorgung (z. B. Löschwasser) in kleinen Versorgungsgebieten, bspw. durch Brunnen oder Löschwasserspeicher mit der Folge einer deutlich geringeren Dimensionierung des Netzes zur Trinkwasserversorgung,
- Prozessoptimierung bei bestehenden Netzen (z. B. durch Überprüfung der Möglichkeiten der Vermeidung/Verminderung von Stagnationsbereichen durch Umgestaltungen und Umschieberungen im Leitungsnetz),
- Organisatorischer oder technischer Zusammenschluss der Versorger sowie gemeindeübergreifende Zusammenarbeit,
- Nachnutzung innerörtlicher Brachflächen zu Wohn- oder Gewerbezwecken anstatt neuer Flächeninanspruchnahme und dadurch die Erhöhung der Auslastung bestehender Leitungen statt Neuinvestitionserfordernis,
- Frühzeitige Beteiligung und Einbeziehung der Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsunternehmen in städtische oder ländliche Entwicklungsprozesse (z. B. Einbezug bei Stadtumbaumaßnahmen),

- Gezielte Öffentlichkeitsarbeit und realistische Diskussion zum Wassersparen sowie zur Eigenwasserversorgung (z. B. durch Brunnen) für den Solidarverbund der öffentlichen Wasserversorgung.

Beispiele

Projekt Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Siedlungsentwässerung (DEMOWAS)

Benchmarking der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in Thüringen

WEITERE INFORMATIONEN:

- Thüringer Ministerium für Umwelt, Energie und Naturschutz
- Verband kommunaler Unternehmen e. V., Branchenbild der deutschen Wasserwirtschaft 2015
- Thüringer Landesamt für Umwelt, Bergbau und Naturschutz
- Serviceagentur Demografischer Wandel

THÜRINGER DEMOGRAFIERATGEBER

IV. 21. Abwasserentsorgung

Die Aufgabe der Abwasserentsorgung wird von den Gemeinden entweder in Eigenregie oder in für diesen Zweck gegründeten Abwasserzweckverbänden als kommunale Pflichtaufgabe wahrgenommen. Ende 2018 wurden in Thüringen 555 kommunale Kläranlagen mit einer Gesamtkapazität von ca. 3,42 Mio. Einwohnern für die Behandlung kommunaler und industriell-gewerblicher Abwässer betrieben. Seit 1990 haben die kommunalen Aufgabenträger ca. 5,49 Milliarden Euro in den Bereich Abwasser investiert.

Die Planung der Abwasserentsorgung muss auf die Bevölkerungsentwicklung abgestellt werden. Einheitliche Lösungen kann es aufgrund der unterschiedlichen regionalen Betroffenheit nicht geben. Gerade in strukturschwachen ländlichen Gebieten, in denen den Menschen alle kommunalen Infrastrukturkomponenten zur Verfügung gestellt werden müssen, ist eine langfristig orientierte, den sich verändernden Rahmenbedingungen angepasste Investitionsplanung wichtig.

Auswirkungen

Die verminderte Auslastung der Abwasseranlagen durch Bevölkerungsrückgänge und deren kleinräumig ungleichmäßigen Verlauf hat sowohl unter technischen als auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten zum Teil erhebliche Konsequenzen. Daneben ist auch die Zunahme an Starkniederschlägen in Folge des Klimawandels zu beachten, die eine ausreichend dimensionierte Kanalisation zur Ableitung der Wassermengen erfordern.

Technische Folgen

Für den Bereich der Abwasserentsorgung werden folgende wichtige Aspekte als Auswirkungen des demografischen Wandels genannt:

- sinkende Abwassermengen und damit verbundene betriebliche Probleme aufgrund von verstärkten Ablagerungen im Kanalnetz und erhöhter Geruchsbildung,
- geringere mittlere Auslastungen der Anlagen zur Abwasserbehandlung, sodass technische oder betriebliche Anpassungen notwendig werden.

Insgesamt sind die technischen Folgen der demografischen Entwicklung jedoch eher gering und lassen sich relativ gut durch vorausschauende Planung und betriebliche Maßnahmen kompensieren.

Wirtschaftliche Folgen

Die Kostenstruktur der Abwasserentsorgung mit einem Fixkostenanteil von bis zu 85 % sowie die lange Nutzungsdauer der Anlagen führen bei abnehmenden Bevölkerungs- und damit Nutzerzahlen zu höheren spezifischen Kosten. Die Fixkosten müssen durch immer weniger Einwohner getragen werden, was letztlich zu einer Erhöhung der Gebühren für die Einwohner führt.

Die Reaktionsmöglichkeiten des kommunalen Abwasserbeseitigungspflichtigen sind gering, da technische Anpassungen der Abwasseranlagen und insbesondere der starren Leitungsnetze äußerst kostenintensiv sind.

Vielen kleinen Gemeinden und Ortschaften stehen in den nächsten Jahren Investitionen in neue Abwasseranlagen bevor. Bei den anstehenden Entscheidungen sollten im Rahmen des geltenden Abwasserrechts alle verfügbaren technischen Möglichkeiten in Betracht gezogen und jeweils im Zusammenspiel mit ihrer langfristigen finanziellen und wirtschaftlichen Tragfähigkeit sowie Wirksamkeit für den Betreiber wie auch die Bürger gegeneinander abgewogen und bewertet werden, um zur optimalen Lösung vor Ort zu gelangen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich die Investitionen im Abwasserbereich zu ca. 75 % auf Kanalbaukosten und zu ca. 25 % auf Kläranlagenkosten verteilen. Besondere Herausforderungen gerade für kleine Anlagen sind die Klärschlammentsorgung und ein möglichst energieeffizienter Betrieb der Abwasseranlagen. Somit sind neben den Investitionskosten immer auch die dauerhaften Betriebskosten zu bewerten.

Faktencheck

In Thüringen wird derzeit das Abwasser von rund 80 % der Bürger in 555 kommunalen Kläranlagen nach Stand der Technik gereinigt. Auch künftig soll der Anschlussgrad an kommunale Kläranlagen in Umsetzung der rechtlichen Anforderungen, insbesondere die der EG-Kommunalabwasserrichtlinie und der EU-Wasserrahmenrichtlinie, weiter erhöht werden.

Handlungsoptionen

- Priorisierung von Investitionen auf Grundlage einer detaillierten Bestandsanalyse und unter Beachtung der Bevölkerungsentwicklung zur Sicherung einer verträglichen Refinanzierung,
- Einbeziehung der Abwasserinfrastruktur in die Stadtentwicklungsplanung,
- Vermeidung nicht zwingend notwendiger Investitionen für die Regenwasserableitung durch:
  - Weiternutzung des Bestandes und Übergangslösungen,
  - Flächenabkopplung in ländlichen Bereichen mit Alternativen,
  - Verwendung von Grabensystemen (geringe Investitionen, höherer Betriebsaufwand),
- Kostenminimierende Investitionen im Bestand bei der Schmutzwasserableitung, z. B. durch Inlinersanierung oder den Einbau von Druckleitungen (Vermeidung aufwändiger Tiefbauarbeiten); ggf. Kombination verschiedener Entwässerungsverfahren,
- Einsatz von Kleinkläranlagen als Dauerlösung in nicht angeschlossenen Siedlungsgebieten unter 200 Einwohnern (soweit keine wasserwirtschaftlichen Gründe dem entgegenstehen), für die ein Anschluss an eine kommunale Kläranlage nicht wirtschaftlich bzw. nur mit einem unvertretbar hohen Aufwand zu realisieren ist,
- Abwägung zwischen zentralen und dezentralen Modellen unter Aspekten der langfristigen Wirtschaftlichkeit und der demografischen Entwicklung,
- Fusion von Zweckverbänden mit selbstentsorgenden Kommunen sowie verstärkte kommunale Zusammenarbeit der Aufgabenträger der Abwasserentsorgung.

Beispiele

BDZ – Bildungs- und Demonstrationszentrum für dezentrale Abwasserbehandlung e. V.

Interkommunale Zusammenarbeit: Gemeinsamer Abwassermeister Nüdlingen und Münnerstadt (Bayern); zwei Kommunen beschäftigen zusammen (je 50 %) einen Abwassermeister.

Gemeinsames Kommunalunternehmen Oberes Egertal: Kooperation zwischen der Stadt Weißenstadt und der Gemeinde Röslau in den Bereichen Wasser, Abwasser, Strom und Bauhof in Form eines gemeinsamen Kommunalunternehmens.

WEITERE INFORMATIONEN:

- Thüringer Ministerium für Umwelt, Energie und Naturschutz
- Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz (2012), Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf die Abwasserentsorgung
- Umweltbundesamt (2010), Demografischer Wandel als Herausforderung für die Sicherung und Entwicklung einer kosten- und ressourceneffizienten Abwasserinfrastruktur
- Serviceagentur Demografischer Wandel

THÜRINGER DEMOGRAFIERATGEBER

IV. 22. Bürgerschaftliches Engagement

Menschen, die sich aktiv im Gemeinwesen engagieren, gestalten ihre kommunale Umwelt und ihr soziales und kulturelles Umfeld. Sie übernehmen Verantwortung, treffen Entscheidungen und setzen sich für ihre und die Belange anderer ein. Dadurch fördert bürgerschaftliches Engagement neue Formen der gesellschaftlichen Solidarität und bietet u. a. Chancen für ein aktives Altern. Vereine als klassische „Formen“ für ehrenamtliches Engagement haben direkten Einfluss auf die örtliche Entwicklung. Aktives Vereinsleben ist insbesondere in kleinen Gemeinden ein wichtiger Faktor für Lebensqualität, sozialen Zusammenhalt und bindet die Menschen an ihre Heimat.

Das bürgerschaftliche Engagement ist extrem vielfältig und berührt weite Teile der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die Möglichkeiten und die Motivation, das Gemeinwesen tatkräftig zu unterstützen und mitzugestalten, sind nahezu unbegrenzt. Nach Angaben des Deutschen Freiwilligensurveys 2014 sind in Thüringen ca. 850.000 Personen ehrenamtlich tätig und bürgerschaftlich engagiert. Dies entspricht einem Bevölkerungsanteil von 39,3 %. Damit liegt der Anteil Engagierter in Thüringen niedriger als im Bundesdurchschnitt, ist jedoch seit 1999 um mehr als 10 Prozentpunkte gestiegen.

Der Spagat zwischen immer mehr älteren und weniger jungen Menschen gepaart mit der Situation der öffentlichen Haushalte verstärkt den Ruf nach dem ehrenamtlichen Engagement möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger. Bürgerschaftliches Engagement entsteht jedoch zuallererst aus dem Bedürfnis des Einzelnen, einen freiwilligen unentgeltlichen Einsatz für die Gemeinschaft zu leisten. In welchem Bereich dieses Engagement erbracht wird, lässt sich nur in begrenztem Maße steuern.

Durch eine höhere Lebenserwartung gewinnen viele Menschen mehr frei verfügbare Lebenszeit als in früheren Generationen. Er bietet somit Chancen zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements, die es zu nutzen gilt. Allen Thesen vom „Vereinssterben“ zum Trotz heißt es deshalb: Zivilgesellschaft wächst.

Es gibt heute mehr gemeinnützige Organisationen als im Jahr 2012. Aber nicht nur die Anzahl der Vereine steigt, auch ihrer Größe nach zeichnet sich ein Wachstum ab. Nur ein kleiner Teil der Vereine gibt an, dass die Zahlen der Mitglieder und der Engagierten rückläufig sind. Auch die Engagementquoten bei Personen über 50 Jahren sind deutlich gestiegen.

Engagement braucht gute Rahmenbedingungen und gute Strukturen vor Ort, damit die Bürgerinnen und Bürger sich in der Form engagieren können, die sie sich wünschen. Ehrenamtliches Engagement erfordert professionelle Begleitung. Darüber hinaus benötigt bürgerschaftliches Engagement Unterstützungsstrukturen, wie Aufwandsentschädigungen oder Ehrenamtspreise, um es für alle Altersgruppen attraktiv zu gestalten.

Infrastruktureinrichtungen und Vernetzung

Um die Lebensqualität der Menschen in den Städten und Gemeinden, gerade in ländlichen Regionen zu erhalten und zu verbessern, sind neue Wege partnerschaftlicher Zusammenarbeit zu beschreiten. Die Thüringer Ehrenamtsstiftung unterstützt die Etablierung und Qualifizierung regionaler Netzwerkstrukturen sowie den Aufbau ländlicher Strukturen der Engagementförderung (z. B. ländliche Freiwilligenagenturen, lokale Netzwerke, Dorfgespräche). In Thüringen sind derzeit zwölf Freiwilligenagenturen, vorrangig im städtischen Bereich, aktiv.

Die Zusammenarbeit mit bereits vorhandenen neutralen und bürgeroffenen Strukturen, wie u. a. Bürgerstiftungen, Mehrgenerationenhäusern, „Dorfkümmerern“, Beauftragten aus Kommunen und kreisfreien Städten, sieht die Stiftung dabei als grundlegend an. Die Akteure vor Ort – in den Engagementbereichen Sport, Kultur, Soziales, Umweltschutz u. v. m. – zu vernetzen und Synergien zu nutzen oder zu erzeugen, ist Ziel der Anstrengungen.

Faktencheck

Die Vereinsdichte in Thüringen zeugt vom hohen Stellenwert des bürgerschaftlichen Engagements. Laut Ziviz-Survey von 2017 gibt es im Freistaat 8,8 Vereine je 1.000 Einwohner; der Bundesdurchschnitt liegt bei 7,3 Vereinen. In Thüringen sind 19.097 Vereine bei den Amtsgerichten registriert.

Handlungsoptionen

- Beteiligungsstrukturen schaffen, z. B. Bürgerbeteiligungsprozesse wie Bürgerbefragung, Bürgerversammlung oder Runder Tisch, Demografie-Café, Mind Mapping, Fliegende Werkstatt,
- Vereine und Stiftungen als Teil der Zivilgesellschaft besser einbeziehen,
- Konkrete Werbung, Beratung und Vermittlung interessierter Bürgerinnen und Bürger durch:
  - Flächendeckende, bürgernahe Anlaufstellen,
  - Gewinnungskampagnen,
  - Informationsbroschüren und Engagementwegweiser,
- Unterstützung von Qualifizierungsmaßnahmen Freiwilliger,
- Vermittlung sozialer Teilhabe bereits ab Kindergartenalter,
- Hinweis auf Engagementmöglichkeiten an ausscheidende Beschäftigte,
- Schaffung von tragfähigen, langfristig finanziell und personell unterstützten Bürgernetzwerken,
- Unterstützung von Freiwilligenkoordinatoren,
- Entwicklung von Anerkennungsstrukturen und -kulturen für bürgerschaftliches Engagement von Kommunen und Unternehmen,
- Finanzielle und rechtliche Absicherung des Ehrenamts,
- Werbung für das Thüringenjahr und den Bundesfreiwilligendienst durch gezielte Ansprache junger Menschen.

IV. 22. Bürgerschaftliches Engagement

Beispiele

Ehrenamtspreis Erfurt: Förderung ehrenamtlichen Engagements innerhalb der Stadt Erfurt.

Thüringer Rose: Ehrung von Menschen, die sich in uneigennütziger, engagierter Weise für Schwächere einsetzen.

Thüringer Freiwilligentag: Angebot zahlreicher ehrenamtlicher Projekte und Aktionen für freiwillige Helferinnen und Helfer an vielen Standorten in Thüringen.

Lebenswelten gestalten: Projekt der Thüringer Ehrenamtsstiftung, was darauf abzielt, die Ideen der Engagierten zu unterstützen, Impulse für ländliche Regionen zu setzen und das Engagement sowie dessen Beitrag für die lokale Daseinsvorsorge sichtbar zu machen.

Alt – aber trotzdem… Senioren helfen Senioren in Suhl und Zella-Mehlis e. V.: Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger bei der Bewältigung ihrer alltäglichen Aufgaben und Probleme.

Thüringer Engagement-Preis: Würdigt Menschen und Organisationen, die sich ehrenamtlich in besonderem Maße für ihr soziales Umfeld engagieren und Verantwortung für die Gesellschaft übernehmen; der Preis wird in fünf Kategorien verliehen und mit einem Preisgeld von insgesamt 25.000 Euro ausgezeichnet.

Thüringerin/Thüringer des Monats: Ehrung von engagierten Personen, gemeinsam mit dem MDR, die die Vielfalt ehrenamtlichen Engagements verdeutlichen. Aus dem Kreis der zwölf Thüringerinnen und Thüringer des Monats erfolgt die gesonderte Wahl und Würdigung der Thüringerin bzw. des Thüringers des Jahres.

Die Optimisten in Kieselbach e. V.: Ein Verein, der das Dorfleben bunt und lebendig gestalten will. Landessieger im Deutschen Nachbarschaftspreis 2018 und Preisträger beim Thüringer Zukunftspreis 2018.

Qualifizierungsprogramm für Ehrenamtliche in der Innenentwicklung (Daun, Rheinland-Pfalz): Qualifizierungsworkshop für interessierte Bürgerinnen und Bürger, die sich gern in ihrem Dorf für die Innenentwicklung engagieren möchten.

WEITERE INFORMATIONEN:

- Thüringer Ehrenamtsstiftung
- Deutsches Ehrenamt e. V.
- Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (bagfa) e. V. „Wege zum Aufbau einer Freiwilligenagentur“
- AWO Koordinierungsstelle Ehrenamt des Landesverbandes Thüringen e. V.
- Thüringenjahr
- Praxisleitfaden für ein chancenorientiertes Demografie-Management am Beispielprojekt „Lust auf Zukunft im Städtedreieck am Saalebogen“
- Ehrenamtswegweiser der Thüringer Ehrenamtsstiftung
- Serviceagentur Demografischer Wandel

IV. 23. Interkommunale Zusammenarbeit

Der demografische Wandel, die angespannte Lage der öffentlichen Finanzen sowie die Konkurrenz von Regionen stellen die kommunale Ebene vor große Herausforderungen. Die Anpassung und Weiterentwicklung bestehender Strukturen ist unumgänglich. Als Alternative zur eigenen Leistungserfüllung oder dem Outsourcing ist eine kooperative Verantwortungswahrnehmung in Form interkommunaler Zusammenarbeit eine erfolgversprechende Möglichkeit der kommunalen Aufgabenerfüllung.

Die Kommunen werden ihre Aufgaben unter den gegebenen Rahmenbedingungen künftig vor allem dann wirtschaftlich und zweckmäßig wahrnehmen können, wenn sie strukturellen Veränderungen gegenüber aufgeschlossen sind oder in bestimmten Bereichen zusammenarbeiten. Kommunale Zusammenarbeit stärkt und erhält die Leistungsfähigkeit der Kommunen und erlaubt, auf den demografischen Wandel zu reagieren und die Kosten für die Wahrnehmung der Aufgaben zu senken. So können vorhandene Ressourcen effizient genutzt und die öffentlichen Angebote in hoher Qualität aufrechterhalten werden.

Die interkommunale Zusammenarbeit bündelt regionale Potenziale und vermeidet konkurrierende oder redundante Entwicklungen. Durch die Etablierung von kooperativen Organisations- und Trägermodellen wird die Wahrnehmung kommunaler Aufgaben der Daseinsvorsorge sowie eine zukunftsfähige Regionalentwicklung sichergestellt.

Interkommunale Zusammenarbeit wird in unterschiedlichsten Aufgabenbereichen, wie Verwaltung, Abwasserbehandlung, Trinkwasserversorgung, im IT-Bereich oder in der Wirtschafts- und Tourismusförderung schon seit vielen Jahren erfolgreich praktiziert.
Allgemeine Verwaltungsaufgaben (z. B. Standesamt, Fortbildung, Rechnungswesen) oder Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge (z. B. Feuerwehren, Bauhöfe) könnten noch intensiver als bisher durch interkommunale Zusammenarbeit erledigt werden.
Vorhandene regionale Organisations- und Arbeitsstrukturen, wie sie in den verschiedenen Formen bestehender Regional- oder LEADER-Managements thüringenweit vorliegen, sind weitere ideale Ansatzpunkte. Deren langjährige Erfahrungen bei der Herstellung gemeindeübergreifender Entwicklungs- und Abstimmungsprozesse können wichtige Impulse für eine Ausweitung kommunaler Zusammenarbeit liefern.

THÜRINGER DEMOGRAFIERATGEBER

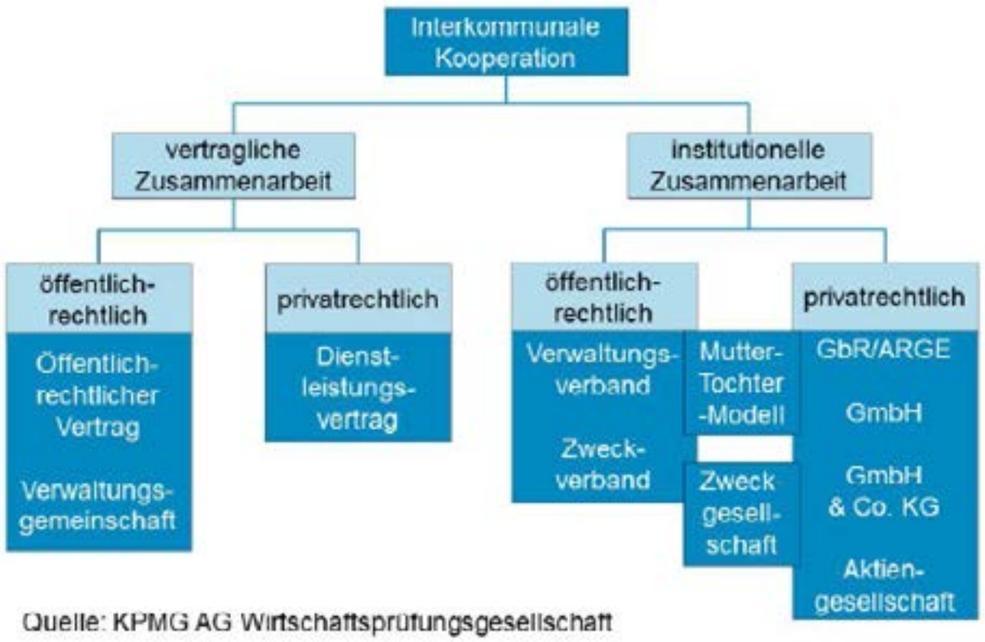
IV. 23. Interkommunale Zusammenarbeit

Kommunaler Kooperation werden im Wesentlichen folgende Wirkungen zugeschrieben:

- Mögliche Kosteneinsparungen durch effizientere Aufgabenerledigung und Personaleinsatz,
- Qualitätsverbesserungen durch geringere Arbeitsbreite bei gleichzeitig größerer Arbeitstiefe und damit einhergehender Spezialisierung der Mitarbeiter,
- Teilhabe am Know-how der Partnerkommunen durch die Möglichkeit, besondere Stärken der Partner kennenzulernen und für die eigene Kommune zu nutzen,
- Entwicklung im Konsens, gemeinsame Profilierung statt Konkurrenz,
- Dauerhafte Sicherung des Dienstleistungsangebots.

Kommunen können sich zur Zusammenarbeit u. a. verschiedener Organisationsformen nach dem Thüringer Gesetz über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (ThürKGG) bedienen.
Die loseste Rechtsform gemeindeübergreifender Zusammenarbeit ist die kommunale Arbeitsgemeinschaft. Häufige Anwendungsbereiche sind im Kulturbereich, im Tourismus oder im Einkauf zu finden. Eine häufig genutzte Form der interkommunalen Kooperation sind öffentlich-rechtliche Zweckvereinbarungen mit unterschiedlicher Bindungswirkung. Sie kommen insbesondere bei der Aufgabenübertragung zur Anwendung und eignen sich, wenn Kommunen mit unterschiedlichen Leistungs- und Verwaltungsstärken zusammenarbeiten.
Der Zweckverband ist die bindungsstärkste Form der interkommunalen Kooperation. Mit ihm wird eine neue Körperschaft des öffentlichen Rechts – mit eigenem Personal – geschaffen, auf welche die dem Verband angehörenden Kommunen eigene Aufgaben und Hoheitsbefugnisse übertragen.

Formen der formellen Zusammenarbeit



Quelle: KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Zweckverbände werden insbesondere auch zur Sicherstellung der öffentlichen Aufgabenerfüllung der Daseinsvorsorge gegründet. Im Bereich der Wasserver- und Abwasserentsorgung sind mehr als 90 % der Gemeinden in Zweckverbänden organisiert.
Interkommunale Zusammenarbeit muss gewollt und der Wille zur Umsetzung auch bei den kommunalen Verwaltungsspitzen vorhanden sein. Vertrauen und Gleichberechtigung unter den Partnern sind Grundvoraussetzung zum Gelingen von kommunalen Kooperationen, insbesondere dann, wenn die Zusammenarbeit zwischen unterschiedlich großen Kommunen oder gar unter Beteiligung eines Landkreises erfolgen soll.
Schlanke Entscheidungs- und Handlungsstrukturen sind notwendig, um eine rasche Entscheidungsfindung und kurze Umsetzungswege zu gewährleisten. Eine gute, d. h. frühzeitige, umfangreiche und offene Kommunikation des Kooperationsprozesses gegenüber Politik, Mitarbeitern und Öffentlichkeit ist deshalb unbedingt empfehlenswert.

Beispiele

Städtenetzwerk SEHN in Nordthüringen: Städteübergreifende Kooperation im kulturellen und touristischen Bereich (z. B. Projekt JugendKunstBiennale).

Zweckverband Musikschule „Johann Nepomuk Hummel“: Gemeinsam betrieben von der Stadt Weimar und dem Landkreis Weimarer Land.

Interkommunaler Gewerbepark Friedberg (Stadt Suhl und Gemeinde St. Kilian)

Zweckverband Tierheim Kyffhäuserkreis (Tierheim Gehofen): Zusammenschluss von Städten und Gemeinden des Kyffhäuserkreises und des Tierschutzvereins Artern als privater Beteiligter und Betreiber des Tierheims.

Welterberegion Wartburg Hainich e. V.: Zusammenarbeit im Bereich Tourismus.

Kommunaler ServiceVerbund Eisenberg (Hessen, Nordrhein-Westfalen): Zusammenarbeit bspw. bei Standesämtern, Feuerwehr, Weiterbildung, Bildung oder bei gemeinsamen Veranstaltungen.

Kooperationen der Städte Neu-Anspach und Usingen (Hessen): Gemeinsame Ausschreibungen, Ausbildungsverbund, Zusammenschluss von Ämtern.

Initiative Rodachtal (Landkreise Hildburghausen und Coburg): Interkommunale Zusammenarbeit Thüringer und Bayerischer Kommunen im Bereich Tourismus, Flächenentwicklung und Kultur.

Dorfbewegung Brandenburg e. V. – Netzwerk Lebendige Dörfer: Zusammenschluss von Praktikern, Organisatoren und Wissenschaftlern im Bereich Ländliche Entwicklung zur Vernetzung und dem Erfahrungsaustausch von Dörfern.

Südniedersachsenprogramm: Zusammenarbeit des Landes Niedersachsen mit Kreisen und kreisfreien Städten in Südniedersachsen in Form einer regionalen Entwicklungsagentur, die Projekte anregt, Projektideen aufgreift und zum Antrag weiterentwickelt.

WEITERE INFORMATIONEN:

- Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales, Kommunale Zusammenarbeit
- Kompetenzzentrum für Interkommunale Zusammenarbeit Hessen
- Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur 2015, Anpassungsstrategien zur regionalen Daseinsvorsorge. In: MORO Praxis Heft 2
- MORO-Netzwerk Daseinsvorsorge
- Serviceagentur Demografischer Wandel

THÜRINGER DEMOGRAFIERATGEBER

IV. 24. Digitalisierung

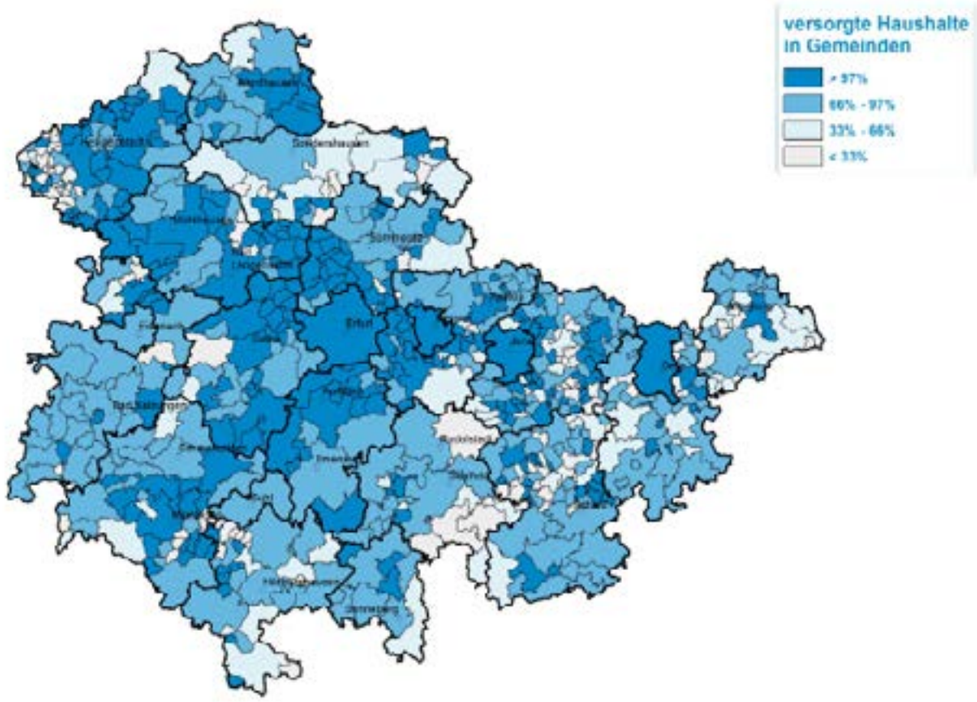
Das Internet hat Einzug in nahezu alle Lebensbereiche gefunden. Egal, ob im Haushalt, am Arbeitsplatz oder unterwegs – die Menschen nutzen die Möglichkeiten des digitalen Netzes zum Einkaufen, für Bankgeschäfte, für die Kommunikation oder die Freizeitgestaltung. Dies alles gelingt jedoch nur, sofern eine ausreichend leistungsfähige Internetverbindung vorhanden ist. Vielerorts ist dies bislang nicht gegeben. Besonders in ländlichen Regionen ist die Internetversorgung häufig noch unzureichend.

Ein leistungsstarker Breitbandanschluss als Zugang zum Internet stellt heutzutage einen elementaren Bestandteil zur Sicherung der Daseinsvorsorge und einen wichtigen Standortfaktor für die Wirtschaft dar. Der Breitbandausbau ist die zentrale Voraussetzung für die Ausschöpfung der Potenziale der Digitalisierung. Die Erwartungen sind hoch, mit digitalen Anwendungen den Herausforderungen des demografischen Wandels zu begegnen und strukturelle Engpässe der ländlichen Gebiete abzubauen.

Auswirkungen

Ortschaften ohne schnelles Internet sind sowohl bei der Standortwahl von Privathaushalten als auch von Unternehmen benachteiligt. Jede Kommune sollte daher möglichst schnell eine flächendeckende Versorgung mit Informations- und Kommunikationsinfrastruktur im Technologie-Mix und unter Nutzung aller verfügbaren Synergien sowie gegebenenfalls durch kommunale Kooperationen erreichen. Alternativ zur kostenintensiven Verlegung von Glasfaserkabeln kommt gerade zur Versorgung von Privathaushalten auch die Nutzung leistungsstarker Mobilfunktechniken (z. B. LTE) in Frage.

Angesichts des demografischen Drucks in den Städten und Ballungsräumen bietet eine gute Breitbandversorgung in ländlichen Regionen die Chance, junge Menschen in diesen Regionen zu halten und sie auch wieder in diese zu locken. Auf Basis alternativer Wohnformen sowie innovativer Arbeitsmodelle kann eine Bewegung entstehen, die mit digitalen Ideen das Leben auf dem Land neu ausrichtet.



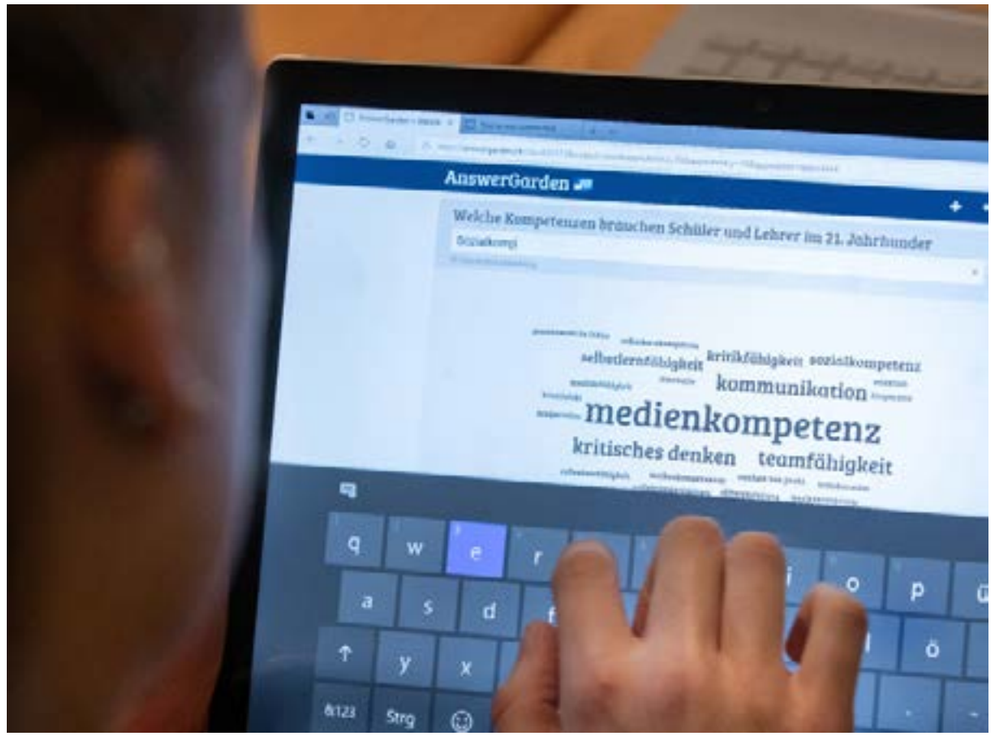
Quelle: Digitalagentur Thüringen 2019, Versorgung der Haushalte mit 50 Mbit/s-Breitbandanschluss

Faktencheck

Ende Juni 2019 waren 89,4 % der Haushalte in Thüringen mit einem 50 Mbit/s-Breitbandanschluss versorgt.

Handlungsoptionen

- Bedarfsabfrage und ggf. Durchführung einer Bedarfsanalyse zum Breitbandausbau,
- Koordination des Breitbandausbaus (Markterkundungsverfahren, Antragstellung),
- Verlegung von Breitbandkabeln/Leerrohren bei Tiefbaumaßnahmen,
- Kooperation mit Mobilfunkanbietern (Durchführung von Informationsveranstaltungen, Identifikation geeigneter bestehender Infrastrukturen für Mobilfunkanlagen),
- Weiterbildung von Mitarbeitern der Gemeinde (z. B. aus dem Bauamt) zu „Digitalen Kümmerern“, die als Schnittstelle zwischen Kommunen, Bürgern und Bauvorhabenträgern für alle digitalen Themen und Belange fungieren,
- Kommunikations- und Netzwerkarbeit in der Bevölkerung, um Verständnis und Nachfrage für Breitbandausbau zu generieren und Bürgerbeteiligung zu stärken; Nutzung der regionalen Wirtschaftsförderung als Multiplikator,
- Interkommunale Kooperation zur Hebung von Synergien.



IV. 24. Digitalisierung

Beispiele

Gemeinde Schlöben: Verlegung von Glasfaserkabeln im Zuge der Wärmenetzerschließung.

Stadt Mühlhausen: Großflächiger Aufbau eines Glasfasernetzes im Rahmen der Breitbandinitiative des Freistaats Thüringen.

Landnetz e. V. (Alterstedt und umliegende Gemeinden, Unstrut-Hainich-Kreis): Netzanbieter in Eigenregie – Bereitstellung von Breitband-Internet.

Zweckverband Breitband Altmark (ZBA): Kommunaler Breitbandzweckverband in Sachsen-Anhalt.

Breitband Nordhessen: Gründung der Infrastrukturgesellschaft „Breitband Nordhessen GmbH“ durch fünf Landkreise.

Luckau Digital (Luckau/Calau, Brandenburg): ergänzender Ausbau bereits vorhandener Mobilfunknetze (LTE-Upgrade) zur Umsetzung des Breitband-Versorgungsziels von ≥ 50 Mbit/s.

„Schnelles Internet für Trauen“ (Trauen, Niedersachsen): Anschluss des Dorfes an Breitbandinternet, in Eigenregie durch die Dorfgemeinschaft verwirklicht.

WEITERE INFORMATIONEN:

- Thüringer Digitalagentur
- Förderprogramm der Thüringer Aufbaubank: Förderung von Breitbandinfrastrukturausbau
- Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2019): Urbane Dörfer – wie digitales Arbeiten Städter aufs Land bringen kann
- Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2019): Digitale Infrastruktur als regionaler Entwicklungsfaktor, MORO Praxis Heft 13
- Serviceagentur Demografischer Wandel

THÜRINGER DEMOGRAFIERATGEBER

V. Weiterführende Informationen

Handlungshilfen

Amt für Regionalentwicklung Leine-Weser 2016, Hausärzte gewinnen – Informationen für Kommunen zur Sicherung der hausärztlichen Versorgung.

Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie 2016, Der Dorfladen in Bayern – Leitfaden für Gründung und Betrieb.

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung 2019, Lage und Zukunft der Kleinstädte in Deutschland: Bestandsaufnahme zur Situation der Kleinstädte in zentralen Lagen. In: BBSR-Online-Publikation, Nr. 15/2019.

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung 2018, Forschungsinitiative Integration vor Ort leben. In: BBSR-Online-Publikation, Nr. 06/2018.

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung 2017, Webbasierte Medien in der Stadtentwicklung: Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement in der digitalen Gesellschaft. In BBSR-Online-Publikation, Nr. 28/2017.

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung 2017, Expertise Kleinstädte: Sammlung von Ideen | Beispielen | Projekten | Szenarien zur Entwicklung zukunftsfähiger Kleinstädte. In BBSR-Online-Publikation, Nr. 19/2017.

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung 2014, ready – vorbereitet für altengerechtes Bauen.

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung 2015, Rastloser Ruhestand, Demografische Forschung, Jahrgang 12 Nr. 1.

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft 2019, Modellvorhaben Land(auf)Schwung.

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft 2014, Ländliche Entwicklung aktiv gestalten.

Bundesministerium für Gesundheit 2019, Ratgeber zur Pflege – Alles, was Sie zum Thema Pflege wissen sollten.

Bundesministerium für Gesundheit 2019, Pflegeleistungshelfer.

Bundesministerium für Gesundheit 2016, Ratgeber zur Prävention und Gesundheitsförderung.

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat 2020, Netzwerk Daseinsvorsorge. In: MORO Informationen Nr. 19/2.

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat 2016, Leitfaden Barrierefreies Bauen.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit 2014, Sicherung der Nahversorgung in ländlichen Räumen – Impulse für die Praxis.

Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur 2018, Sicherung von Versorgung und Mobilität – Strategien und Praxisbeispiele für gleichwertige Lebensverhältnisse in ländlichen Räumen.

Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur 2016, Mobilitäts- und Angebotsstrategien in ländlichen Räumen.

Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur 2015, Familienmobilität im Alltag – Herausforderungen und Handlungsempfehlungen.

Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur 2016, Regionalstrategie Daseinsvorsorge – Leitfaden für die Praxis.

Bundesverband der gemeinnützigen Landgesellschaften 2015, CHANCE! Demografischer Wandel vor Ort: Ideen, Konzepte, Beispiele.

Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume, 2019, LandInForm Heft 2 - Bürger und Kommune: Zusammen geht es besser.

Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume, 2018, LandInForm Heft 1 - Impulse für das neue Dorf.

Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume, 2017, LandInForm Heft 3 - Digitale Lösungen fürs Land.

V. Weiterführende Informationen

Handlungshilfen

Deutsches Jugendinstitut 2016, Jugend im Blick – Regionale Bewältigung demografischer Entwicklungen – Projektergebnisse und Handlungsempfehlungen.

Freistaat Thüringen 2019, Migrantinnen- und Migrantenorganisationen in Thüringen – Brücken des Zusammenlebens.

Initiative Neue Qualität der Arbeit 2014, Verwaltung der Zukunft – Praxisreport mit Beispielen für eine moderne Personalpolitik.

Körber-Stiftung 2018, Engagement und Alter – Warum, wofür und wie? Antworten und gute Praxis.

Körber-Stiftung und Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2019, (Gem)einsame Stadt? Kommunen gegen soziale Isolation im Alter.

Sächsische Staatskanzlei 2014, Dem demografischen Wandel mit Ideen begegnen.

Stiftung Schloss Ettersburg 2014, Bestimmung der Zukunftsfähigkeit ländlicher Siedlungsstrukturen.

Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie, 2019, 2. Thüringer Seniorenbericht.

Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport, 2019, 5. Thüringer Sportbericht.

Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft 2018, Leitlinien zur Hochschulentwicklung in Thüringen bis 2025.

Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz e. V. 2015, Willkommen in Rheinland-Pfalz – Leben und Arbeiten in Vielfalt.

Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz e. V. 2015, Starke Wirtschaft – Starke Regionen, Gute Aussichten für das Land.

THÜRINGER DEMOGRAFIERATGEBER

V. Weiterführende Informationen

Berichte und Konzepte

Akademie für Raumforschung und Landesplanung 2016, Daseinsvorsorge und gleichwertige Lebensverhältnisse neu denken – Perspektiven und Handlungsfelder.

Bertelsmann Stiftung 2015, Internationale Fachkräfterekrutierung in der deutschen Pflegebranche – Chancen und Hemmnisse aus Sicht der Einrichtungen.

Bertelsmann Stiftung 2015, Koproduktion in Deutschland – Studie zur aktuellen Lage und den Potenzialen einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Bürgerinnen und Bürgern.

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2018, Land mit Zukunft: Neue Ideen vom Runden Tisch.

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung 2019, Zukunft Kleinstadt – Potenziale von Kleinstädten in peripheren Lagen.

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft 2019, Ländliche Regionen verstehen: Fakten und Hintergründe zum Leben und Arbeiten in ländlichen Regionen.

Bundesministerium der Finanzen 2016, Demografie und öffentliche Haushalte.

Bundesministerium für Gesundheit 2018, Rahmenplan Ressortforschung des Bundesministeriums für Gesundheit – Handlungsfelder und Schwerpunkte 2019 – 2022.

Bundesministerium des Innern 2015, Jedes Alter zählt – Für mehr Wohlstand und Lebensqualität aller Generationen: Weiterentwicklung der Demografiestrategie der Bundesregierung.

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft und Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2019, Unser Plan für Deutschland – Gleichwertige Lebensverhältnisse überall.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit 2018, Zukunft? Jugend fragen! – Nachhaltigkeit, Politik, Engagement – eine Studie zu Einstellungen und Alltag junger Menschen.

Freistaat Thüringen 2019, Thüringer Zuwanderungs- und Integrationsbericht 2019.

Freistaat Thüringen 2017, Das Thüringer Integrationskonzept – für ein gutes Miteinander!

Freistaat Thüringen 2016, Thüringer Allianz für Berufsbildung und Fachkräfteentwicklung.

Johann Heinrich von Thünen Institut und Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung 2013, Regionale Schrumpfung gestalten – Handlungsspielräume zur langfristigen Sicherung gesellschaftlicher Teilhabe schaffen und nutzen.

Körber-Stiftung 2018, Die Babyboomer gehen in Rente: Was das für die Kommunen bedeutet.

Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg 2015, Kompass Seniorenpolitik Baden-Württemberg – Politik für Seniorinnen und Senioren in Baden-Württemberg.

Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie Rheinland-Pfalz 2015, Gut leben im Alter – den demografischen Wandel gemeinsam gestalten: Der landesweite Beteiligungsprozess in Rheinland-Pfalz.

Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie Rheinland-Pfalz 2015, Zusammenland Rheinland-Pfalz – Gut für Generationen: Den demografischen Wandel gemeinsam gestalten.

Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie 2020, Zweiter Thüringer Sozialstrukturatlas.

Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie 2018, Willkommen in Thüringen – Entwicklung des Fachkräftebedarfs bis 2030 und Strategien der Fachkräftegewinnung.

V. Weiterführende Informationen

Studien

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2019, Urbane Dörfer: Wie digitales Arbeiten Städter aufs Land bringen kann.

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2019, Die demografische Lage der Nation: Wie zukunftsfähig Deutschlands Regionen sind.

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2019, Teilhabeatlas Deutschland: Ungleichwertige Lebensverhältnisse und wie die Menschen sie wahrnehmen.

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2015, Von Hürden und Helden: Wie sich das Leben auf dem Land neu erfinden lässt.

Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung 2014, Nutzungschancen des Breitbandinternets für ländliche Räume – Innovative Anwendungen, neue Ideen, gute Beispiele.

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung 2015, Aktuelle und zukünftige Entwicklung von Wohnungsleerständen in den Teilräumen Deutschlands – Datengrundlagen, Erfassungsmethoden und Abschätzungen.

Bundesinstitut für Bau-, Stadt-, und Raumforschung 2014, Potenzialanalyse altersgerechte Wohnungsanpassung.

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung 2017, (Un-) Ruhestände in Deutschland: Übergänge, Potenziale und Lebenspläne älterer Menschen im Wandel.

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat 2019, Digitale Infrastruktur als regionaler Entwicklungsfaktor. In: MORO Praxis Heft 13.

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung 2013, Nahversorgung in ländlichen Räumen. In: BMVBS-Online-Publikation Nr. 02/2013.

Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur 2018, Mobilität in Deutschland (MiD).

Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur 2015, Sicherung des Fachkräfteangebotes im ländlichen Raum. In: MORO Praxis Heft 1.

Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur 2014, Erfolgreiche bzw. Erfolg versprechende Investitionsprojekte in Hochleistungsnetze in suburbanen und ländlichen Gebieten.

Johann Heinrich von Thünen-Institut 2019, Trends der Nahversorgung in ländlichen Räumen, Thünen Working Paper, Nr. 126.

Thüringer Landesamt für Statistik 2019, Energiebericht Thüringen.

Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie und Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft 2018, Vereinbarkeit von Sorgearbeit und Beruf als Beitrag zur Sicherung des Fachkräftebedarfs – Familienfreundliches Thüringen.

Umweltbundesamt 2017, Leitfaden – Auswirkungen des demografischen Wandels auf die kommunale Abfallwirtschaft.

Impressum

Herausgeber:
Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft – Serviceagentur Demografischer Wandel

Werner-Seelenbinder-Straße 8
99096 Erfurt
www.serviceagentur-demografie.de

Redaktion:
Serviceagentur Demografischer Wandel,
Dr. Sebastian Köllner
Regionale Planungsstelle Nordthüringen,
Marion Kaps

Redaktionsschluss:
März 2020

Kartengrundlage:
Geobasisdaten des Thüringer Landesamtes für Bodenmanagement und Geoinformation

Datengrundlage:
vgl. Quellenverweise zu Tabellen, Grafiken und Karten

Fotos:
ari Fotografie Michael Reichel

Layout/Herstellung:
Löwe Werbung, Erfurt

Hinweis:
Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Thüringer Landesregierung herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist besonders die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne einen zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte. Die genannten Beschränkungen gelten unabhängig davon, wann, auf welchem Wege und in welcher Anzahl das Dokument dem Empfänger zugegangen ist. Den Parteien ist es jedoch gestattet, das Dokument zur Unterrichtung ihrer Mitglieder zu verwenden.